

HASIF

Handlungsorientierte Sicherheitsforschung
im Wohn- und Lebensraum



SIND SIE
SICHER?

Erkenntnisse aus einem
Siedlungsbetreuungsprojekt
in der Stadt Graz


friedensbüro **GRAZ**
Wielandgasse 7, 8010 Graz
www.friedensbuero-graz.at

GEMEINWESENARBEIT UND SICHERHEITSWAHRNEHMUNG

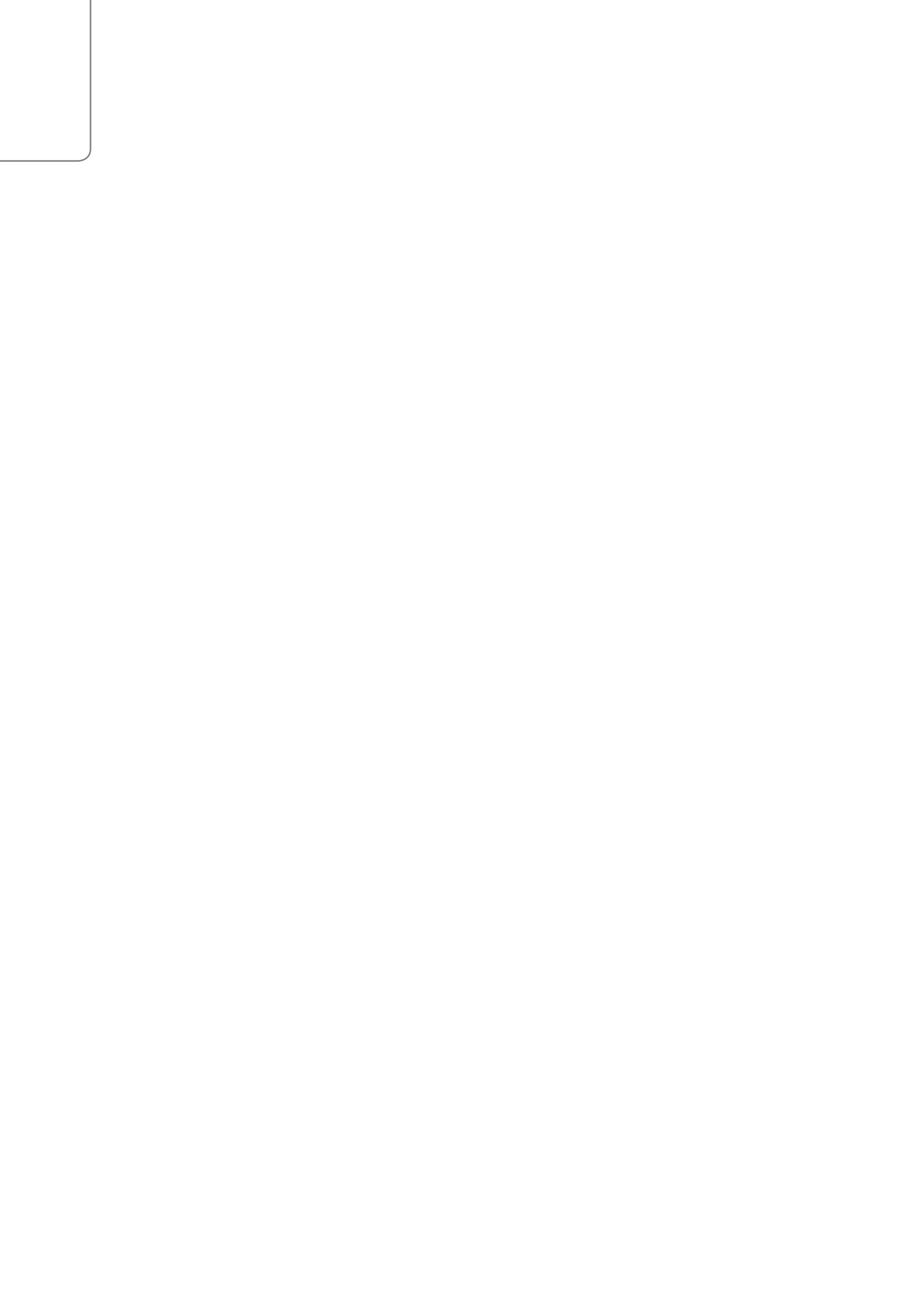
ERKENNTNISSE AUS EINEM SIEDLUNGSBETREUUNGSPROJEKT IN DER STADT GRAZ

Projekt HASIF - KIRAS - Sicherheitsforschung

Ein Handbuch zum Projekt „HASIF“

**AutorInnen: Peter Stoppacher, Max Saurug, Katrin Maierhofer,
Ursula Hauszer-Ortner, Jutta Dier, Uli Taberhofer
Petra Lex, Niko Reinberg, Paul Friedrich**

Graz, April 2012



INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	5
1 Einleitung: Sicherheit und Lebensqualität	6
1.1 Sicherheit im räumlichen Kontext	6
2 Dimensionen der Sicherheitswahrnehmung	8
2.1 Entstehungs- und Wirkungszusammenhänge	8
2.2 Sicherheitswahrnehmung in Österreich bzw. Graz	10
3 Sicherheitswahrnehmung und Lebenslagen in den drei Untersuchungsgebieten im Vergleich	11
3.1 Räumliche und soziale Determinanten der Sicherheitswahrnehmung	14
4 Die Neue Heimat-Siedlung als Zielgebiet	15
4.1 Siedlungscharakteristika	16
4.2 Lebensqualität – Stärken und Schwächen in der Siedlung	18
4.3 Sicherheitsempfindung in der Siedlung	20
4.4 Verbesserungsbedarf und Anregungen	21
5 Aktivitäten in der Neuen Heimat-Siedlung	23
5.1 Leitende Prinzipien der Arbeit	23
5.2 Rahmenbedingungen	25
5.3 Phase 1 „Ihre Meinung“ (Kontakte knüpfen, Sicherheitsempfinden erheben)	26
5.4 Phase 2 „Das Fest“ (Aktionstag zum Thema Sicherheit)	28
5.5 Phase 3 „Was tun?“ (Beteiligungszentrierte Erarbeitung von Maßnahmen)	28
5.6 Phase 4 „Los geht’s“ (Umsetzung von Maßnahmen)	29
5.6.1 Aktivitäten mit Jugendlichen	29
5.6.2 Ältere BewohnerInnen der Siedlung	31
5.6.3 Mütter mit (kleinen) Kindern	33
5.6.4 Themenbereich Spielplatz	34
5.6.5 Themenbereich öffentliche Räume in der Siedlung	36

5.6.6	Themenbereich Müll	37
5.6.7	Themenbereich Nachbarschaft	39
5.7	Phase 5 „Wie schaut´s aus?“	42
6	Erfolge und Effekte	44
6.1	Zufriedenheit der BewohnerInnen	44
6.2	Die Sicht der Wohnbaugenossenschaft	47
6.2.1	Fluktuation und Leerstände	50
6.2.2	Konfliktfelder, Beschwerden und Problemmanagement	52
6.2.3	Betriebskosten - Kosten für Vandalismus	54
6.3	Die Sicht weiterer Beteiligter	55
7	Ableitungen	56
7.1	Handlungsforschungsansatz	56
7.2	Strategische Ableitungen	57
7.2.1	Erfolge	58
7.2.2	Bewährte und hinderliche Faktoren	60
7.2.3	Gemeinwesenarbeit und Sicherheitswahrnehmung	61
7.2.4	Ableitungen für ähnliche Strategien	63
8	Literaturverzeichnis	64

VORWORT

Das Thema „Sicherheit“ ist in den vergangenen Jahren zunehmend zum Gegenstand öffentlichen, medialen und politischen Interesses geworden. Der Anspruch an Sicherheit und sicherheitsfördernde Maßnahmen der Wohnbevölkerung orientiert sich vermehrt am subjektiven Sicherheitsempfinden und ist in seiner geforderten Bandbreite von klassischen Sicherheitsorganisationen kaum noch bzw. gar nicht zu erfüllen. Aus diesem Grund ist es notwendig, alternative Möglichkeiten zu suchen, die das subjektive Sicherheitsgefühl im Wohnumfeld erhöhen. Im Unterschied zu Wien oder anderen Städten im deutschsprachigen Raum, gibt es in Graz keine etablierte Struktur für Gemeinwesenarbeit oder Siedlungsbetreuung. Auch eine begleitende wissenschaftliche Untersuchung des Zusammenhangs von aktivierender Bürgerarbeit und einer daraus resultierenden Steigerung des subjektiven Sicherheitsempfindens und der objektiven Sicherheitssituation in Wohn- und Lebensräumen existiert bis dato in Österreich nicht. D.h. es gibt zwar Forschungsergebnisse zu den Faktoren, die das Sicherheitsempfinden von Menschen ausmachen, aber nicht zur Wirksamkeit von Maßnahmen, die zur Steigerung desselben eingesetzt werden können. Propagiert wurden Einzelmaßnahmen wie die Installierung von mehr Überwachungskameras oder die Konzentration auf sogenannte „soziale Brennpunkte“ in der Stadt. Dadurch wurde die Diskussion zum Thema Sicherheit sehr eng geführt und der gesamtgesellschaftliche Kontext nicht genügend in die Betrachtung einbezogen. Zusammenhänge zwischen Sicherheitsbedürfnis, Lebenslagen und Lebensqualität in Wohngebieten wurden ebenso wenig analysiert, wie auch Vorschläge für Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheitssituation, die auf einem weiteren Sicherheitsbegriff basieren, nahezu gänzlich fehlten.

Ziel des gegenständlichen Projekts war es, ein wissenschaftlich fundiertes bewohnerinnen- und gemeinwesenorientiertes, übertragbares Vorgehensmodell zu entwickeln und zu erproben, das zur Steigerung des subjektiven Sicherheitsempfindens durch Präventionsmaßnahmen im kommunalen Wohn- und Lebensraum beiträgt. Alle gesetzten Maßnahmen sollten auf einem erweiterten Sicherheitsbegriff basieren.

Das Handlungs- und Aktionsforschungsprojekt HASIF wurde aus Mitteln des österreichischen Sicherheitsforschungsprogramms KIRAS finanziert und zählt zu den eher unkonventionellen Projekten, die im Rahmen dieses Programms gefördert werden. So war es explizites Anliegen dieses Projektes, gemeinsam mit Bewohnenden der Siedlung jene Themen zu bearbeiten, die von diesen selbst als prioritär genannt wurden. Das Projekt wurde in Kooperation zwischen IFA – Institut für Arbeitsmarktforschung, GEFAS – Akademie für Generationen und dem Grazer Büro für Frieden und Entwicklung durchgeführt.

Im Zuge der zweijährigen Arbeit in einer Grazer Siedlung wurde praktisch erprobt, dass sich Menschen in ihrer Wohnumgebung vor allem dann sicherer fühlen, wenn sie aktiv an der Gestaltung des Umfeldes und der Beziehungen untereinander beteiligt sind. Die Ergebnisse dieser Arbeit bzw. Schlussfolgerungen für ähnlich gelagerte Projekte im kommunalen Wohnumfeld sind im vorliegenden Bericht nachzulesen.

Wir bedanken uns bei Auftraggeber und PartnerInnen für die beflügelnde und produktive Zusammenarbeit.

Mag. Jutta Dier, Ursula Hauszer-Ortner



Ausgangspunkt des handlungsorientierten Sicherheitsforschungsprojektes HASIF war die Annahme, dass subjektive Lebenslagen und Lebenswelten im räumlichen Kontext in einem hohen Ausmaß Vorstellungen von Sicherheit prägen und darüberhinaus auch stark auf die empfundene Lebensqualität wirken. Ein umfassender Sicherheitsbegriff reicht von der sozialen und wirtschaftlichen Sicherheit und jener im öffentlichen Raum über die Gewährung bürgerlicher und politischer Rechte, den Schutz vor Diskriminierung aufgrund ethnischer, religiöser, weltanschaulicher Gründe, Geschlecht, Alter, Behinderung oder sexueller Orientierung bis hin zum Schutz vor Umweltbelastungen oder Kriegen. Sicherheit umfasst infrastrukturelle Aspekte im Umfeld (ÄrztInnen, Nahversorger, Kindergärten, Spielplätze, Erholungsräume), den Schutz bei unvorhergesehenen Ereignissen (Kranken-, Arbeitslosen-, Pensionsversicherung, Sozialhilfe und Deckung der Grundbedürfnisse) ebenso wie den Schutz vor Angriffen gegen das Leben und Eigentum sowie die erreichbare Hilfe im Bedarfsfall durch Nachbarn oder Polizei.

Sicherheit ist in vielen aktuellen Debatten ein wichtiges und komplexes Thema. „Ohne Sicherheit“ – so die Chefredakteurin eines österreichischen Periodikums¹ – *„trauen wir uns nicht auf die Straße. Ohne Sicherheit können wir nicht planen, nicht vorausdenken, nicht vertrauen.“* Allgemeiner Konsens besteht darüber, dass viele Überschneidungen zwischen objektivem und subjektivem Sicherheitsempfinden existieren und dass ein Bedrohungsgefühl auch eine Frage der Lebensgewohnheiten ist. Oft werden Ängste durch mediale Inszenierungen geschürt, die nicht auf empirische Fakten gestützt sind. Die Sicherheitswahrnehmung ist auch im räumlichen Kontext ein vielschichtiges Konstrukt, das vielerlei Einflüssen ausgesetzt ist. Sicherheit als Voraussetzung für Planung, Zuversicht und Handlungsfähigkeit besitzt einen psychologischen Aspekt, der in Analogie zur Psychologie der Märkte, die oft auf geringste „Anzeichen“ reagieren, auch als Funktion der Kommunikation und der vermittelten Bilder oder Images eines Gebiets zu sehen ist. Ebenso wie Märkte, Zinsen und Bewertungen (Ratings) auf einzelne Äußerungen, Willenskundgebungen, Absichtserklärungen etc. reagieren, haben sicherheitsrelevante Befunde und Ereignisse Einfluss auf viele individuelle und allgemein gesellschaftliche Entscheidungen. So zum Beispiel werden die Abfederung von wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sozialen Risiken in Wohlfahrtsstaaten, die Lebensbedingungen (für Führungskräfte), das Bildungsniveau oder die Streikhäufigkeit immer wieder als wichtiger Standortfaktor angeführt.

1.1 Sicherheit im räumlichen Kontext

Auch im kommunalen Kontext besteht ein starker Zusammenhang zwischen der Sicherheitswahrnehmung und sozialen Gegebenheiten.² In Gebieten, in denen sich soziale Risiken und Benachteiligungen häufen und Ressourcen für stadtteilbezogene und sozialpolitische Aktivitäten fehlen, führt dies oft zum Verlust von Lebensqualität, zum Rückzug

1 Liga. Das Magazin der Österreichischen Liga für Menschenrechte. Heft 3/2010, S. 3.

2 Siehe dazu: Peter Stoppacher unter Mitarbeit von Manfred Saurug und Katrin Maierhofer: Sicherheitswahrnehmung in der Stadt Graz am Beispiel zweier ausgewählter Wohngebiete. Eine Studie im Rahmen des Projektes HASIF – Handlungsorientierte Sicherheitsforschung. Kiras – Sicherheitsforschung. Graz: IFA Steiermark Februar 2011; S. 11 ff.

aus öffentlichen Räumen als Vermeidungsstrategie und damit zur Reduktion der sozialintegrativen Funktion öffentlicher Räume. Wechselwirkungen zwischen sozialer Lage (z.B. Einkommen und Erwerbsarbeit, Bildungsniveau, Wohnversorgung und Gesundheit) und territorialen Strukturen führen zu sogenannten **Raumeffekten**: Gebiete, in denen sich benachteiligte Gruppen konzentrieren, können ihrerseits wieder benachteiligend wirken, zu nennen wären **soziale Effekte** (z.B. Milieueffekte, Entstehen von Subgruppen), **materielle Effekte** (Vernachlässigung der sozialen Infrastruktur, Verwahrlosung des Wohnumfeldes, städtebauliche Vernachlässigung) oder **symbolische Effekte** (negative oder positive Etikettierungen). Plakatives Beispiel dafür sind Ghettoisierungstendenzen oder sogenannte „Glasscherbenviertel“, die als Wohn- und Wirtschaftsgebiet unattraktiv sind und in Folge durch öffentliche Vernachlässigung immer weiter in eine Abwärtsspirale zu kommen drohen.

Das hatte auch zur Folge, dass die Sicherheitswahrnehmung bzw. die Kriminalitätsfurcht in der Bevölkerung zunehmend Eingang in kriminalpolitischen Diskussionen fanden, dementsprechend rückten in der kommunalen und städtebaulichen Kriminalprävention die für die Bevölkerung maßgeblichen Gefahrenaspekte in den Mittelpunkt. In den deutschsprachigen Ländern ist dieser Paradigmenwechsel als neue Perspektive in der Kriminalpolitik seit den 1980er Jahren zu beobachten.³ Kriminalpräventive Strategien richteten sich vermehrt an den subjektiven Bedürfnissen der Bevölkerung aus. Ein Ausdruck dessen ist auch das Bemühen der Polizei als der staatlich für Sicherheit zuständigen Instanz um mehr BürgerInnennähe. Ihre Aktivitäten sollen sich nicht nur nach der objektiven Sicherheitslage ausrichten, sondern anlassunabhängig auch am Sicherheitsgefühl der Bevölkerung. Auch in Österreich begannen vor ca. 20 Jahren die Bemühungen um eine an der Sicherheitswahrnehmung orientierte Kriminalitätsprävention.

Das Thema „Sicherheit“ ist in den letzten Jahren auch in Graz häufig zum Gegenstand öffentlichen, medialen und politischen Interesses geworden, wobei zumeist punktuelle Einzelmaßnahmen wie z. B. die Installierung von mehr Überwachungskameras oder die Konzentration auf sogenannte „soziale Brennpunkte“ in der Stadt propagiert wurden. In Bezug auf daran geknüpfte Erwartungen und Versprechungen ist Skepsis angebracht, beispielsweise hat der verstärkte Einsatz von Kontrollen in Parks, in denen Drogen gehandelt werden, aus Sicht der Polizei weniger zur Verringerung des Drogenproblems, sondern lediglich zu einer Verlagerung des Handels in andere Gebiete geführt.

3 Vgl. dazu und im Folgenden vor allem die aufschlussreiche Studie: Individuelle und sozialräumliche Determinanten der Kriminalitätsfurcht. Sekundäranalyse der Allgemeinen Bürgerbefragungen der Polizei in Nordrhein-Westfalen. 2006. Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen. Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle. Forschungsberichte Nr.4, 2006. www.lka.nrw.de.

2.1 Entstehungs- und Wirkungszusammenhänge

Die Messung der Kriminalitätsfurcht bzw. der Sicherheitswahrnehmung dient dazu, die öffentliche Sicherheit aus der subjektiven Sicht der Bevölkerung zu eruieren, Bedingungen zu erfahren, die Unsicherheit begünstigen, und Erkenntnisse für präventive Strategien zu nutzen. Die Verbindung zu raumbezogenen sozialen und städtebaulichen Strukturen in diesem Kontext ist naheliegend, erhöhte Unsicherheit hat - ebenso wie tatsächliche Kriminalität - oft räumliche und soziale Bezüge und zeitigt über die unmittelbare individuelle Bedrohung hinausgehend Wirkungen. Eine erhöhte Unsicherheitswahrnehmung kann bestimmte Verhaltensweisen - beispielsweise außerhäusliche Aktivitäten - einschränken oder unterbinden und somit die Lebensqualität verringern. Zudem können die für den Schutz vor Bedrohung aufgewendete Energien, Zeit und auch das dafür notwendige Geld (z.B. für Sicherheitstüren) dazu führen, dass diese Ressourcen für andere Aktivitäten nicht zur Verfügung stehen - etwa für Bemühungen um eine funktionierende Nachbarschaft, dem laut eines österreichischen Präventionsexperten „*besten Schutz*“ vor Einbrüchen. Resultat der Summe derartiger individueller Verhaltensweisen kann der Verlust der sozialintegrativen Funktion öffentlicher Räume sein, wenn sie gemieden werden. Es schwinden die Möglichkeiten der Begegnung und des Austausches mit Folgen in Hinsicht auf die informelle „Sozialkontrolle“, die Anziehungskraft des Gebietes für Bevölkerung, Wohnungssuchende und Investoren.⁴

In Hinsicht auf Unsicherheitswahrnehmung und Kriminalitätsfurcht werden unterschiedliche Dimensionen und Einflüsse konstatiert. Grundsätzlich wird eine **soziale und eine personale Komponente** unterschieden. Erstere bezieht sich auf die Einschätzung der Bedeutung, des Ausmaßes und der Entwicklung der Kriminalität und der Sicherheit als soziales Problem einer Gesellschaft, das oft in vielfachen Überschneidungen neben anderen sozialen Problemen wie Arbeitslosigkeit, schwindenden wirtschaftlichen Zukunftsperspektiven, Umweltbelastungen etc. besteht.⁵ Die personale Komponente hingegen richtet sich auf die Einschätzung der eigenen Gefährdung durch Kriminalität, wobei hier besonders Lebensbedingungen und Wohnsituationen, aber auch mediale Inszenierungen zu berücksichtigen sind. Bestimmte - mit dem Fachausdruck „vulnerabel“ versehene - Personengruppen, z.B. Frauen oder ältere Menschen, empfinden bestimmte Situationen als besonders unsicher, auch steht die personale Kriminalitätsfurcht oft in sehr engem Bezug zu spezifischen Gewaltdelikten.

Weiters wird bei der Kriminalitätsfurcht bzw. Unsicherheitswahrnehmung eine **affektive (emotionale)**, eine **kognitive** und eine **konative Verhaltenskomponente** unterschieden. Die **affektive Dimension** enthält Gefühle der Angst und Unsicherheit, die **kognitive Dimension** die Risikoeinschätzung, selbst Opfer werden zu können. Beide Dimensionen stehen in sehr engem, oft kausalem Zusammenhang. Die **konative Dimension** umfasst Verhaltensweisen, die dem Schutz vor Kriminalität dienen sollen, wie z.B. die Vermeidung bestimmter Situationen, Personen oder Orte.

4 Derartige Effekte werden oft als „indirekte Kosten der Kriminalität“ genannt.

5 So zum Beispiel werden sonstige Ängste auch auf die Furcht vor Kriminalität übertragen, die Kriminalitätsfurcht wird unter Umständen dadurch als eine Projektion allgemeinerer Ängste weit überschätzt.

Für das Verständnis der Kriminalitätsfurcht oder der Unsicherheitswahrnehmung sind vor allem drei Erklärungsansätze bestimmend, nämlich die **Viktimisierungsperspektive**, die **Soziale-Probleme-Perspektive** und die **Soziale-Kontrolle-Perspektive**.

Die **Viktimisierungsperspektive** geht von sozialen und psychologischen Eigenschaften von Personen aus, insbesondere von direkten oder indirekten Opfererfahrungen bzw. Viktimisierungen. Neben eigenen Erfahrungen hat auch die Kenntnis von persönlich bekannten Opfern oder von Taten im unmittelbaren sozialen und räumlichen Umfeld, in noch weiterem Sinne auch die mediale Darstellung von Straftaten eine Bedeutung. Hier ist auch die erhöhte Vulnerabilität (Verletzbarkeit) verschiedener Personengruppen zu berücksichtigen, die mit subjektiven Wahrnehmungen und Vorstellungen, unterschiedlichen deliktspezifischen Risiken, aber auch unterschiedlich gravierenden Opfererfahrungen, vor allem bei Sexualdelikten, zu tun haben.⁶ Wichtig für die emotionale Reaktion in bedrohlich eingeschätzten Situationen ist auch die Sichtweise der eigenen Ressourcen und Möglichkeiten, mit Situationen umzugehen oder sich solchen zu entziehen.⁷

Die **Soziale-Probleme-Perspektive** stellt die Kriminalitätsfurcht in Zusammenhang mit medial vermittelten sozialen Problemen. Eine detaillierte Beschreibung von Gewalthandlungen im lokalen Kontext⁸ kann zum Beispiel dazu führen, dass die eigene Gefährdung höher eingeschätzt wird.

Die **Soziale-Kontrolle-Perspektive** schließlich stellt die Kriminalitätsfurcht in den Kontext sozialräumlicher Bedingungen der konkreten Wohn- und Lebensumgebung. Höhere Kriminalitätsraten in bestimmten Gebieten mit schlechtem baulichen Zustand, viele sozial schwache Haushalte mit instabilen Familienstrukturen, ethnische Heterogenität, hohe Fluktuation und Anonymität, fehlende soziale Netzwerke und geringer Zusammenhalt in der Nachbarschaft, öffentlich sichtbare Verfallserscheinungen von Bauwerken, leerstehende Häuser, Vandalismus, Verwahrlosung öffentlicher Anlagen, sichtbare soziale Probleme (Obdachlose, Süchtige etc.) führen zur Verunsicherung von BewohnerInnen.⁹ Allerdings wirken sich fehlende informelle Netze und Strukturen oder die Sichtbarkeit sozialer Unordnung nicht gleichartig auf eine höhere Kriminalitätsfurcht aus, sondern hängen mit der Größe von Wohnsiedlungen, individuellen Eigenschaften, subjektiver Vulnerabilität, Opfererfahrungen, spezifischer Sensibilität und Aufmerksamkeit zusammen. In Gebieten mit erhöhter Kriminalität stellt diese oft ein Problem neben anderen, etwa Arbeitslosigkeit dar, während sie in „Mittelschichtvierteln“ oft als einziges Problem gesehen und daher eventuell als übersteigerte Bedrohung empfunden wird. Anknüpfungspunkte für eine kommunale Kriminalitätsprävention bieten demnach die Stärkung sozialen Zusammenhalts oder die Verbesserung städtebaulicher, siedlungsbezogener und architektonischer Gegebenheiten (Übersichtlichkeit und Beleuchtung, Außenräume etc.).

6 Daraus lässt sich auch das sogenannte „Kriminalitätsfurcht-Paradox“ erklären, dass Gruppen mit den objektiv (erfassten) niedrigsten Opferraten – Frauen und ältere Menschen beiderlei Geschlechts – die häufigste Kriminalitätsfurcht aufweisen. Siehe: Individuelle und sozialräumliche Determinanten der Kriminalitätsfurcht, S.5 f.

7 Solche stresstheoretischen Annahmen entstammen dem sogenannten interaktiven Verständnismodell.

8 Vgl. dazu etwa den Einfluss des „Reality TV“ in Amerika auf weit verbreitete Angstzustände und privaten Waffenbesitz, wie sie in Filmen von Michael Moore thematisiert wurden.

9 Hier setzt auch der sogenannte „broken-windows-Ansatz“ an, demzufolge Verfallserscheinungen (Incivility) und Störungen der öffentlichen Ordnung (Disorder) auch fehlende soziale Strukturen (soziale Desorganisation) und den Verfall der öffentlichen Ordnung signalisieren.

2.2 Sicherheitswahrnehmung in Österreich bzw. Graz

In Österreich liegen bislang nur wenige regionale Sicherheitsanalysen vor, die Daten über die Sozialstruktur, Kriminalität und subjektives Sicherheitsempfinden verbinden.¹⁰ Im European Social Survey¹¹ sind einige wenige Fragen zur Sicherheit enthalten, die aber keine regionalen Rückschlüsse erlauben. Österreich hebt sich nach dem European Social Survey im Vergleich zu anderen Ländern durch ein verhältnismäßig hohes Sicherheitsgefühl und eine verhältnismäßig niedrige Kriminalitätsfurcht ab. Allerdings stieg der Anteil derer, die sich unsicher bis sehr unsicher fühlen, in den letzten Jahren auch in Österreich. Betrug ihr Anteil in Österreich in der Befragungsrunde 2002/03 noch 9%, waren es im Jahr 2006/07 bereits 21%.¹² Als Basis der Vergleiche zur Kriminalitätsfurcht wird der sogenannte Standardindikator mit der zugrunde liegenden Fragestellung, „Wie sicher fühlen Sie sich in Ihrer Wohngegend, wenn Sie bei Dunkelheit allein auf der Straße gehen oder gehen würden?“, verwendet.¹³

Aus soziologischer Perspektive wird steigende Kriminalitätsfurcht mit gesellschaftlichen Entwicklungen der „Postmoderne“ von der „Gemeinsamkeit der Not“ zur „Gemeinsamkeit der Angst“ oder mit dem „postmodernen Unbehagen in Gestalt mangelnder Sicherheit“¹⁴ in Zusammenhang gebracht. Die Kriminalitätsfurcht als Manifestation allgemeiner Unsicherheitsempfindung inkludiert z.B. auch Ängste wie vor Terror, wirtschaftlichen Krisen etc. Zusammenhänge zwischen einem gering entwickelten Wohlfahrtsstaat, unzureichender institutioneller Absicherung von „Modernisierungsrisiken“, Grad der Urbanisierung und geringen Investitionen in Bildung, Familienförderung auf der Makroebene sind ebenso empirisch belegt wie jene zwischen hoher Kriminalitätsfurcht und ungleicher Belastung des Wohnumfeldes mit Zeichen sozialer Unordnung und sozialen Zerfalls, Viktimisierung oder situativer Bewältigungsfähigkeit auf der Mikroebene.

Graz gehört nach allen verfügbaren Daten zu den relativ verbrechens- und gewaltarmen Städten.¹⁵

10 Eine Ausnahme stellt Linz dar, die als „erste Stadt Österreichs“ eine umfassende kriminologische Sicherheitsanalyse, durchgeführt von Johann Bacher und Alois Birklbauer von der Universität Linz, vorgelegt hat. Dabei wurden große Differenzen zwischen dem Sicherheitsempfinden und der belegbaren Kriminalität augenscheinlich. Vgl. Lebendiges Linz. Stadtmagazin. Hrsg. von der Stadt Linz, S.8 ff. Eine Übersicht über jüngere Forschungen bietet: Gerhard Hanka, Veronika Hofinger: Dokumentation und Kommentierung polizeirelevanter Forschung in Österreich 2004–2007. Wien: Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie 2008.

11 Vgl. dazu: European Social Survey. Exploring public attitudes, informing public policy. Selected findings from the first three rounds. www.europeansocialsurvey.org

12 Vgl. dazu und im Folgenden: Helmut Hirtenlehner, Johann Bacher: Prävention kriminalitätsbezogener Unsicherheitsgefühle durch Sozialpolitik. Vortrag Linz April 2009. Die höchste Verbrechensfurcht findet sich zumeist in den postkommunistischen osteuropäischen Ländern, Großbritannien und manchen südeuropäischen Staaten, die geringste in den skandinavischen sowie mitteleuropäischen Ländern wie der Schweiz, Niederlande, Belgien, Deutschland

13 Kritik an diesem Indikator betrifft den fehlenden expliziten Bezug zur Kriminalität, die Fixierung auf die Wohnumgebung und die implizite Einschränkung auf Gewaltdelikte in einer spezifischen Situation.

14 Vgl. Hirtenlehner, Bacher, a.a.O., S.5.

15 Vgl. dazu: Menschenrechtsbericht der Stadt Graz 2009. Hrsg. vom Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz. Graz: September 2009, S.24 ff. Der Bericht verweist u.a. auf den Verfassungsschutzbericht, Kriminalstatistiken des Innenministeriums und eine Stellungnahme der Bundespolizeidirektion Graz, die von einer stabilen Sicherheitslage und einem entsprechend guten Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung ausgeht, auch wenn Pressemitteilungen über „Hochburgen der Kriminalität“ die Unsicherheit immer wieder schürten.

Laut der Lebensqualitätsindikatorenbefragung¹⁶ sind immerhin (oder nur) 66% der befragten BürgerInnen mit der Sicherheit im öffentlichen Raum bei Tageslicht zufrieden. In der Nacht allerdings fühlen sich nur mehr 36% auf öffentlichen Straßen und Plätzen sicher. 70% der Befragten sind mit dem Vertrauensverhältnis in der Nachbarschaft zufrieden.¹⁷ Allgemein lag die Zufriedenheit mit der Sicherheitssituation in Graz bei 2,4 im Schulnotensystem. Die Sicherheit ist gemäß der breit angelegten Erhebung der „Lebensqualitätsindikatoren“ in der Stadt Graz der wichtigste Faktor für die Lebensqualität, dies noch vor der Umweltsituation.

3 SICHERHEITSWAHRNEHMUNG UND LEBENSLAGEN IN DEN DREI UNTERSUCHUNGSGEBIETEN IM VERGLEICH

Die Analyse der Sicherheitswahrnehmung in drei Grazer Stadtgebieten¹⁸ belegte starke Zusammenhänge zwischen der Sicherheitswahrnehmung, konkreten Lebenslagen und der Lebensqualität in den Wohngebieten. Die Erhebungen in den beiden Siedlungen in Graz, bei denen die Gemeinde das Zuweisungsrecht besitzt bzw. in einer besser situierten Vergleichssiedlung, manifestierten die große Bedeutung sozialräumlicher Gegebenheiten für die Sicherheitswahrnehmung.¹⁹ Die Vergleichssiedlung liegt nicht weit entfernt von einem der beiden Übertragungswohnbauten, die Siedlungsumgebung ist nahezu ident, was die Aussagekraft der Ergebnisse zusätzlich verstärkt.

Die beiden Übertragungswohnbauten können stellvertretend für die Situation im sozialen Wohnbau stehen. Kennzeichnend für beide Siedlungen sind vermehrte soziale Probleme, viele sozialarbeiterisch betreute Familien, SozialhilfebezieherInnen und Armutsgefährdete, eine hohe Fluktuation und damit eine ausgeprägte Anonymität sowie seit der Öffnung der Gemeindebauten für MigrantInnen ein rasch steigender Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund. Hingegen ist in der Vergleichssiedlung mit Miet- und Eigentumswohnungen die Fluktuation gering und die Nachbarschaft noch weitgehend intakt. Die Qualität der Wohnungen und die Lage und Erreichbarkeit gelten in allen drei Siedlungen als großes Plus.

Wesentliche Ursachen für die Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen und die hohe Verunsicherung in den beiden Übertragungswohnbauten stellen Brüche im Zusammenleben dar, die zwischen alteingesessenen und neuen BewohnerInnen, zwischen Haushalten

16 Vgl.: Stadt Graz – Präsidiatamt: LQI Befragung 2009. Ergebnisse Graz, Oktober 2009. Nach Bezirken ergab sich der größte Handlungsbedarf – errechnet aus der Differenz zwischen den Werten für die Wichtigkeit des jeweiligen Indikators und der Zufriedenheit mit der diesbezüglich aktuellen Situation - in Hinsicht auf die Sicherheit während der Dunkelheit im Bezirk Puntigam. In den sogenannten „Brennpunktbezirken“ Lend, Gries und Jakomini zeigte sich ein vergleichsweise geringerer Handlungsbedarf.

17 Sonstige Indikatoren im Bereich Sicherheit waren (in Klammer jeweils die Werte zur Zufriedenheit): Nähe von Einsatzkräften (59%), Qualität der Straßenbeleuchtung (59%), Sicherheit für FußgängerInnen (51%) und RadfahrerInnen (43%).

18 Siehe Darstellung der Vorgangsweise, Methoden und die genauen Ergebnisse in: Sicherheitswahrnehmung in der Stadt Graz am Beispiel zweier ausgewählter Wohngebiete, a.a.O. Handlungsorientiert ging es vor allem darum, Möglichkeiten aufzuspüren und Maßnahmen zu entwickeln, wie das Sicherheitsgefühl und die Lebensqualität verbessert werden können.

19 Ursachen für gegenläufige Resultate, dass z.B. in objektiv wenig durch Kriminalität belastenden Gegenden oft eine höhere Kriminalitätsfurcht vorhanden ist, liegen in Eingewöhnungseffekten und verringerter Aufmerksamkeit gegenüber Vorfällen, die in besser situierten Gegenden unter Umständen viel drastischer wahrgenommen werden.

mit Kindern und ohne Kinder, zwischen Jugendlichen und Älteren und zwischen „Einheimischen“ und MigrantInnen bestehen, wobei vor allem ÖsterreicherInnen das Zusammenleben negativ beurteilen. In den Jahren seit der Öffnung der Gemeindewohnungen für MigrantInnen ist der Anteil an ausländischen bzw. eingebürgerten MitbewohnerInnen in diesen Siedlungen auf 30-50% gestiegen. Mit den neu zugewiesenen zumeist kinderreichen (migrantischen) Familien ist auch die Zahl der Kinder und Jugendlichen massiv angewachsen. Vor allem viele „alteingesessene“ BewohnerInnen sind mit dieser raschen Veränderung bzw. den neuen Nachbarn überfordert. Ein Indiz für die geringe Attraktivität der Stadtteile, in denen die untersuchten Siedlungen liegen, liefert auch die bereits erwähnte Erhebung der Lebensqualitätsindikatoren: Überdurchschnittlich viele Befragte leben „eher ungerne“ in ihrem Stadtteil, beurteilen die Lebensqualität im Vergleich zu anderen Stadtteilen viel schlechter und möchten in den nächsten Jahren ihren Wohnsitz ändern.

Wie die erhobenen Bedrohungsszenarios verdeutlichen, stehen die hohe Kriminalitätsfurcht und Verunsicherung in den Siedlungen in deutlichem Zusammenhang mit der Bevölkerungszusammensetzung und Anzeichen sozialer Unordnung bzw. Verwahrlosung. Als häufigste unsicherheitsauslösende Risikofaktoren im Sinne einer „risk perception“ wurden „Kriminalität“ und „zu viele ausländische MitbürgerInnen“ vor „Umweltbelastungen“ genannt. In der „Vergleichssiedlung“ mit ihrer eher homogenen Bewohnerschaft wurden vor allem allgemeine Faktoren, die das individuelle Leben bzw. den erreichten Lebensstandard gefährden wie Umweltbelastungen, Krankheiten oder auch eine ungewisse wirtschaftliche Zukunft hervorgehoben. Der Zustand der öffentlichen Räume und Anzeichen von Verwahrlosung tragen in den beiden Übertragungsbauten zum Gefühl einer hohen Sicherheitsgefährdung bei, vor allem Vandalismus, „wild“ entsorgter Sperrmüll, beschädigte Anlagen und verschmutzte öffentliche Räume, reparaturbedürftige Spielgeräte sowie (einzelne) Alkoholisierte, Gruppen von (ausländischen) Jugendlichen oder (unbeaufsichtigten) Kindern. Diese unsicherheitsverstärkenden Umstände, die in der Vergleichssiedlung kaum präsent sind, tragen wiederum zu einem schlechten „Ruf“ der Wohngebiete bei. Aus Sicht der BewohnerInnen handelt es sich bei den beiden Übertragungswohnbausiedlungen um Gebiete, die von Ghettoisierung und Unsicherheit bedroht sind. In den beiden Übertragungswohnbauten haben etwas mehr als jeweils ein Drittel aus Angst davor, Opfer einer Straftat zu werden, ihre Freizeitaktivitäten in der Form eingeschränkt, dass sie bestimmte Gegenden nicht mehr aufsuchen oder abends nicht mehr alleine ausgehen. In der Vergleichssiedlung tut dies nur ca. ein Fünftel, tendenziell ist das vor allem bei älteren BewohnerInnen der Fall. Aus den (Anzeige-) Statistiken der Polizei allerdings lässt sich in den beiden Gebieten bzw. im Umfeld keine tatsächlich schlechtere Sicherheitslage bzw. objektiv höhere Gefährdung nachvollziehen, sieht man von polizeilichen Einsätzen ab, wo die Polizei gerufen, aber nicht zuständig ist (z.B. bei Lärmstörungen). Auch der Anteil von ca. einem Fünftel an Personen mit direkten bzw. indirekten Opfererfahrungen unterscheidet sich nach den Siedlungen nur geringfügig. Erwartungsgemäß ist bei ihnen die Unsicherheit am höchsten.

Weitere Gruppen mit einem vermehrten Unsicherheitsempfinden sind die mit ihrer Lebensqualität in der Wohnumgebung unzufriedenen Menschen sowie solche, die anderen (ihren Nachbarn) wenig Vertrauen entgegen bringen, Personen mit niedrigeren Bil-

dungsabschlüssen, Frauen und ältere Personen als besonders verletzbare Gruppen mit einer geringen situativen Bewältigungsfähigkeit, ferner jene, die „nur schwer“ bzw. „sehr schwer“ mit ihrem Haushaltseinkommen zurechtkommen.

Das Unsicherheitsgefühl in der Wohnumgebung allein in der Nacht im Vergleich der drei Siedlungen verdeutlicht die Wichtigkeit sozialer Aspekte für die Sicherheitswahrnehmung. Wie in anderen sozial benachteiligten Vierteln mit hoher Bevölkerungsdichte und unabhängig von der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung ist auch in den beiden Übertragungswohnbauten der Anteil derjenigen, die sich nach Einbruch der Dunkelheit in der Wohnumgebung alleine unsicher fühlen, mit ca. 70% etwas höher als im Grazer Schnitt, in der Vergleichssiedlung mit 40% deutlich geringer. Die BewohnerInnen in den Übertragungswohnbauten fühlen sich in etwa gleich unsicher in der Wohnumgebung und in der Siedlung als dem unmittelbarsten Lebensumfeld. In der Vergleichssiedlung mit den wenigsten Konflikten und einer relativ gut funktionierenden Nachbarschaft tendiert die Unsicherheitsempfindung gegen Null. Nur fünf Prozent der BewohnerInnen fühlen sich in der Siedlung unsicher, aber fast 60% in der Stadt insgesamt, was den Einfluss von Vertrautheit und Fremdheit deutlich signalisiert.

Die Kluft zwischen objektiver Gefährdung und subjektiver Verunsicherung ist kennzeichnend für gesellschaftliche Veränderungsprozesse, die vor allem im sozialen Wohnbau bzw. in benachteiligten Stadtteilen noch bedrohlicher wahrgenommen werden. Die skizzierten Strukturen lokaler Verunsicherung stehen in Zusammenhang mit allgemeinen gesellschaftlichen Prozessen wie Migration, zunehmender Armutgefährdung und sozialem Ausschluss, die das Lokale übersteigen, sich dort aber konzentriert zeigen. In sozialen Brennpunkten wie den beiden Übertragungsbauten sind vertraute Strukturen bzw. die Nachbarschaft häufig soweit dezimiert, dass damit auch eine notwendige Basis für ein Sicherheitsgefühl im Schwinden ist.

Objektiv wahrnehmbare Gegebenheiten in der unmittelbaren Lebenswelt als einem der drei relevanten Kontexte für eine Sicherheitsforschung²⁰ mit Auswirkungen auf die Sicherheitswahrnehmung, sind die Straßenbeleuchtung, die Sauberkeit von Straßen, Plätzen und Anlagen, die öffentliche Ordnung bzw. die damit signalisierte öffentliche Verantwortung (schützenswertes versus verwahrlostes Umfeld), bauliche Gegebenheiten von Siedlungen und Wohnbauten (Beleuchtung, Einsehbarkeit) oder Anzeichen von Verwahrlosung und Zerfall der gemeinschaftlichen Ordnung.

Schließlich ist der Einfluss des Kontexts „Konstruktionen“, der die Sicherheitswahrnehmung auch als konstruiertes Produkt in Zusammenhang mit öffentlichen Diskursen begreift, in den drei Siedlungen differenziert wahrzunehmen. Wirkungszusammenhänge dürften darin bestehen, dass der immer wieder breit diskutierte Zusammenhang zwischen Migration und Kriminalität bzw. Gefährdung des eigenen Lebensstandards vor allem dort auf fruchtbaren Boden fällt, wo das tägliche Zusammenleben zwischen den Gruppen nicht friktionsfrei ist. Verstärkt wird die Unsicherheitswahrnehmung durch das Weitertragen diverser Geschichten im informellen Diskurs der Siedlungen. In vielen (beinahe gleichlau-

²⁰ Vgl.: Baldo Blinkert: Sozialwissenschaftliche Sicherheitsforschung: Dimensionen und Kontexte. Rahmen für Forschungsprojekte am Max Plank Institut. Typoskript Jänner 2009.

tenden) Erzählungen werden mit Bezug auf erlebte oder gehörte Vorfälle immer wieder beispielhafte Gefährdungen wie Anpöbelungen, Bedrohungen, Störungen der Hausordnung u.a.m., zumeist mit Verweis auf die ethnische Zugehörigkeit der (vermeintlichen) Störenfriede, tradiert. Oft allerdings basieren die Beschuldigungen nur auf Annahmen, konkrete Beweise sind selten vorhanden.

In Bezug auf Vorstellungen eines adäquaten Sicherheitsmanagements bzw. sicherheitsfördernder Strategien ist es auffallend, dass dort, wo es Probleme im täglichen Zusammenleben gibt, auch vermehrt kommunikative Aspekte betont werden – neben dem Ruf nach mehr Polizei, dem Einsatz von Sicherheitstechnologien und allgemeinen sicherheitsfördernden infrastrukturellen Verbesserungen (Beleuchtung, Zugänge) sowie der Einhaltung der Hausordnung und ihrer Kontrolle durch die Hausverwaltung bzw. mit mehr Kompetenzen ausgestatteten HausbesorgerInnen.

3.1 Räumliche und soziale Determinanten der Sicherheitswahrnehmung

Die Bedeutung lokaler Strukturen für die Sicherheitswahrnehmung manifestiert sich durch Unterschiede in Zusammenhang mit ausgewählten Faktoren, die als räumliche und soziale Determinanten anzusehen sind. Das sind zum einen das Ausmaß des Vertrauens, das generell Menschen entgegengebracht wird und das sich vor allem auf die Nachbarn bezieht, die Zufriedenheit mit der Lebensqualität in der Wohnumgebung sowie die „Opfererfahrung“²¹, die in allen drei Siedlungen in ungefähr gleich hohem Ausmaß vorhanden ist. Besonders die mit ihrer Lebensqualität in der Wohnumgebung (sehr) unzufriedenen Menschen sowie solche, die anderen (ihren Nachbarn) wenig Vertrauen entgegenbringen, fühlen sich an öffentlichen Orten in der Dunkelheit überproportional unsicher.

Grafik 1: Standardindikator Unsicherheit nach lokalen Faktoren



Quelle: Sicherheitsfragebogenerhebung 2010, IFA Steiermark

21 Die Opfererfahrung als kognitive Dimension der Kriminalitätsfurcht betrifft vor allem die erhöhte Angst, erneut Opfer einer Straftat zu werden.

Nach persönlichen Merkmalen fühlen sich Frauen und ältere Personen in Bezug auf die durch den Standardindikator erfasste Kriminalitätsfurcht überproportional unsicher – entgegen ihrer oft nur geringen tatsächlichen Bedrohung. Aus stresstheoretischer Perspektive stufen sie ihre eigenen Ressourcen zur Bewältigung von als bedrohlich bewerteten Situationen öfter unzureichend ein. Ihre erhöhte Kriminalitätsfurcht hat aber auch mit deliktspezifisch gravierenden psychischen und physischen Folgen, z.B. von Sexualdelikten bei Frauen, oder mit dem höheren Risiko schwerer physischer Schäden bei älteren Gewaltopfern zu tun.²² Eine überproportionale Unsicherheit steht auch mit eher niedrigeren Bildungsabschlüssen (Pflichtschul- oder Lehrabschluss), dem Vorhandensein von Kindern im Haushalt sowie mit der Zufriedenheit mit der Einkommenssituation im Haushalt im Zusammenhang, wobei zu den Zufriedenen jene subsumiert wurden, die nach subjektiver Einstufung mit dem gegenwärtigen Einkommen „bequem leben“ bzw. „zurechtkommen“, zu den „Unzufriedenen“ jene, die „nur schwer“ bzw. „sehr schwer zurecht kommen.“

Grafik 2: Standardindikator Unsicherheit nach persönlichen Merkmalen



4 DIE NEUE HEIMAT-SIEDLUNG ALS ZIELGEBIET

Auf Basis der Ersterhebungen wurde die Neue-Heimat-Siedlung als jenes Gebiet ausgewählt, in dem versucht wurde, nach gemeinwesenarbeitsorientierten Prinzipien gemeinsam mit den BewohnerInnen und sonstigen AkteurInnen die Lebensqualität und auch die Sicherheitswahrnehmung zu verbessern (siehe Kapitel 5). Zum besseren Verständnis wird hier ein kurzer Überblick über die Gegebenheiten vor Ort wiedergegeben.²³

²² Vgl. Individuelle und sozialräumliche Determinanten der Kriminalitätsfurcht, a.a.O., S.6.

²³ Detaillierte Ergebnisse siehe: Sicherheitswahrnehmung in der Stadt Graz am Beispiel zweier ausgewählter Wohngebiete, a.a.O., S. 35 ff.

Die Siedlung liegt am Rande des Bezirkes Lend. In der Nähe befinden sich weitere Gemeindewohnungen, die Übergangswohnungen der Stadt Graz für delogierte Personen, Einrichtungen der Vinzenzgemeinschaft und industrielle und gewerbliche Nutzflächen. Sie besteht aus vier Hochhäusern mit bis zu 10 Stockwerken zwischen der Laudon- und der Starhemberggasse parallel zur Alten Poststraße, der Grenze zwischen den Bezirken Eggenberg und Lend. Die Übergangswohnungen der Stadt, in denen – so ein Politiker – „*viele vom Schicksal hart gebeutelte Menschen*“ leben, die für viele Probleme in der Nachbarschaft sorgen, sind durch einen massiven Metallzaun von der Wohnanlage der Neuen Heimat abgetrennt.

Nach der Wohnanlage der Neuen Heimat schließen östlich in Richtung Bahnhof weitere Wohnhäuser an, die ebenfalls durch – allerdings nicht so massive – Zäune abgetrennt sind. Davor liegt ein kleiner, eher heruntergekommenen Spielplatz, der sowohl von Kindern als auch von Jugendlichen genutzt wird. Zwischen den Häusern und der Grünfläche sind die Parkplätze der BewohnerInnen. Durch die Nähe zum Spielplatz sind parkende Autos dadurch ständig der Gefahr einer Beschädigung durch spielende Kinder und Jugendliche ausgesetzt.

Nach Auskunft der Wohnungsgenossenschaft sind die 127 Wohnungen zumeist belegt, die Fluktuation ist allerdings hoch. Vor einigen Jahren wurde eine umfangreiche thermische Sanierung vorgenommen, was eine Mietpreiserhöhung zur Folge hatte. In der Siedlung gibt es zahlreiche große Wohnungen (4 Zimmer mit 100 m² und Balkon), in die seit der Öffnung der Gemeindebauten vor allem hilfsbedürftige Großfamilien zumeist mit Migrationshintergrund zugewiesen werden, „*wir haben nicht viele große Wohnungen und daher kaum eine Auswahl*“, so ein Vertreter des Wohnungsamtes.

Durch den Zuzug vieler MigrantInnen und – im Gegensatz zu früheren Jahrzehnten – der strengeren Beachtung sozialer Notlagen als Voraussetzung für Gemeindewohnungen hat sich in den letzten Jahren die Bewohnerschaft stark geändert. Viele der „*UreinwohnerInnen*“ sind mit der Siedlung gealtert, die Kinder sind längst ausgezogen.

Ende Juli 2010 wohnten in den vier Häusern insgesamt 453 Personen, das sind durchschnittlich 3,6 Personen pro Wohnung. Auffallend und durch die Zuweisung von Familien mit vielen Kindern bedingt war der hohe Anteil von 33% Kindern und Jugendlichen im Alter von bis zu 15 Jahren. Weitere 14% Personen waren zwischen 16 und 25 Jahren. Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene stellten fast die Hälfte der BewohnerInnen. Ihnen standen in der Siedlung kaum Grünflächen und nur ein winziger Spielplatz zur Verfügung. 10% waren über 60 Jahre alt (15% bei den Frauen, 5% bei den Männern), vor allem sie, die oft schon sehr lange in der Siedlung lebten, hatten mit den Veränderungen in der Zusammensetzung der Bewohnerschaft die größten Probleme.

Etwas über zwei Drittel (68%) hatten die österreichische Staatsbürgerschaft, 32% waren ausländische StaatsbürgerInnen. Am häufigsten waren Staatsangehörige aus Afghanistan, gefolgt von solchen aus der Türkei (darunter viele KurdInnen) und aus Russland (darunter viele aus Tschetschenien). Häufig sind auch Staatsangehörige aus den Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien – Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Serbien,

Montenegro, Slowenien, Kosovo. Insgesamt waren 19 Nationalitäten in der Siedlung vertreten. Zu den Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft kamen auch viele bereits eingebürgerte MigrantInnen, der Großteil mit einem Geburtsort in den jugoslawischen Nachfolgestaaten, vereinzelt aus der Türkei, Ägypten etc. Das betraf 16% der Wohnbevölkerung. Insgesamt wies damit ungefähr die Hälfte der BewohnerInnen einen Migrationshintergrund²⁴ auf, was die rasche Veränderung der Wohnbevölkerung seit der Öffnung der Gemeindebauten verdeutlicht.

Die Hausverwaltung und PolitikerInnen sind mit vielfachen Problemen konfrontiert. Häufig sind es Generationenkonflikte, überlagert durch das Migrationsthema. Konfliktpotential liegt vor allem bei den „Spielregeln“, die entweder nicht eingehalten werden oder auch zu eng für Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen sind – ein Gang durch die Siedlung zeigt die zahlreichen Verbote. Die Hausverwaltung verteilt in der Regel bei der Schlüsselübergabe die Hausordnung in unterschiedlichen Sprachen (und kann dabei auf ein Muster, das von der Stadt erstellt wurde und seit Ende 2005 in acht Sprachen zur Verfügung steht, zurückgreifen), sofern die Herkunft und Muttersprache der Zugewiesenen bekannt sind. Eine Einführung, Begleitung und Hilfestellung für neue BewohnerInnen zum Beispiel in Bezug auf die Mülltrennung, die Waschküche, die Zusammensetzung der Kosten, AnsprechpartnerInnen, Hilfe bei Problemen etc. – wie in einem Nachbarhaus mit Erfolg von einem Haussprecher praktiziert – war damals noch nicht realisiert.

Für Spannung und Konflikte sorgte vor allem die Tatsache, dass Jugendliche keine Freiräume haben und am Spielplatz keine Trennung zwischen Kindern und Jugendlichen mit unterschiedlichen Bedürfnissen möglich war. Eine sinnvolle Freizeitgestaltung scheiterte allein an den räumlichen Gegebenheiten. Vor allem für Jugendliche gab es kaum geeignete Räumlichkeiten und Treffpunkte. Weitere erwähnte Probleme waren hygienische Missstände, Ruhestörung, fehlende Mülltrennung, Lausbubenstreiche bzw. Sabotageakte, herumstehende nicht funktionsfähige Fahrzeuge etc. Ein häufiges Thema war auch das fehlende Grün. Die Missstände wurden vorwiegend an MigrantInnen festgemacht, aber auch Menschen mit Migrationshintergrund stießen sich daran.

Auch für die Politik war die Siedlung ein „*heißes Pflaster mit vielen Untergriffen*“. Die BewohnerInnen hätten oft das Gefühl, so ein Bezirkspolitiker, dass viele Probleme der Betroffenen nicht wahrgenommen würden. Umgekehrt würden sachliche Argumente und Begründungen in dieser Atmosphäre kaum durchdringen.

Kommunikationsbarrieren, unterschiedliche Lebensweisen, die Angst vor Fremden beeinflussten auch das Sicherheitsgefühl negativ. Aus Sicht der Polizei war die Siedlung bzw. die Umgebung – mit Ausnahme der Übergangswohnungen, wo in Zusammenhang mit beengtem Wohnraum, Arbeitslosigkeit und fehlenden Perspektiven erhöhtes Konfliktpotential bestehe - kein „*auffälliges Krisengebiet*“, es gäbe weder mehr Sachbeschädigungen noch vermehrt sonstige angezeigte Delikte als anderswo. Die Anonymität und der fehlende Zusammenhalt in der Siedlung begünstigten nach Auffassung der Polizei aber undefinierte Unsicherheitsgefühle.

²⁴ In Bezug auf den Migrationshintergrund wurde ein Annäherungsverfahren verwendet - bei österreichischer Staatsbürgerschaft und einem Geburtsort außerhalb Österreichs wurde ein solcher angenommen.

4.2 Lebensqualität – Stärken und Schwächen in der Siedlung

Die Lebensqualität in der Wohnumgebung wurde insgesamt sehr ambivalent beurteilt. Ein Teil bewertete die Lebensqualität sehr positiv, ein anderer zeigte sich sehr unzufrieden. Die Trennlinien zwischen den Extremgruppen verliefen entlang des Alters und der Wohndauer in der Siedlung. Sehr Unzufriedene waren vor allem ältere Personen, die oft schon Jahrzehnte in der Siedlung wohnen, zumeist schon pensioniert sind und mit der Veränderung in der Bewohnerschaft am meisten Probleme haben. Viele vertraute „gute“ Nachbarn seien weggezogen und durch neue ersetzt worden, mit denen die Verständigung nicht so einfach ist und die zusätzlich viele Kinder und Jugendliche mitbringen, die auf Vorhaltungen zeitweise nicht wie gewünscht reagieren.

Bei den Zufriedenen handelte es sich hingegen um NeumieterInnen und jüngere BewohnerInnen mit Kindern, die mit der neuen Wohnung nach eigenen Angaben eindeutig mehr Lebens- bzw. Wohnqualität gewonnen haben. Sie bemerkten Anfeindungen eher nur am Rande und waren froh, ehemals viel schlechteren Wohnbedingungen entkommen zu sein. Viele davon waren Menschen mit Migrationshintergrund in großen Familien.

Als Stärken der Wohnumgebung wurden vor allem die Qualität und Größe der Wohnungen, ihre West-Ost-Ausrichtung, die Zimmereinteilung und die Balkone, die zentrale Lage und Erreichbarkeit der Siedlung, die teilweise Ruhe, die gute Infrastruktur (Straßenbahn-anbindung, Geschäfte, Ärzte, Banken, Schulen, gebührenfreie Parkplätze) sowie auch die teilweise noch vorhandene gute Nachbarschaft erwähnt. Besonders MigrantInnen betonten gute Kontakte zu österreichischen Nachbarn und ihre Hilfsbereitschaft. Eingesessene BewohnerInnen hoben vor allem die „*restlichen österreichischen Nachbarn*“ und den Zusammenhalt unter ihnen, aber auch hilfsbereite ausländische Nachbarn, die sofort auf Kritik und Wünsche reagieren, hervor. Für Jugendliche waren vor allem Spielplätze und Sportmöglichkeiten in der Nähe positive Faktoren.

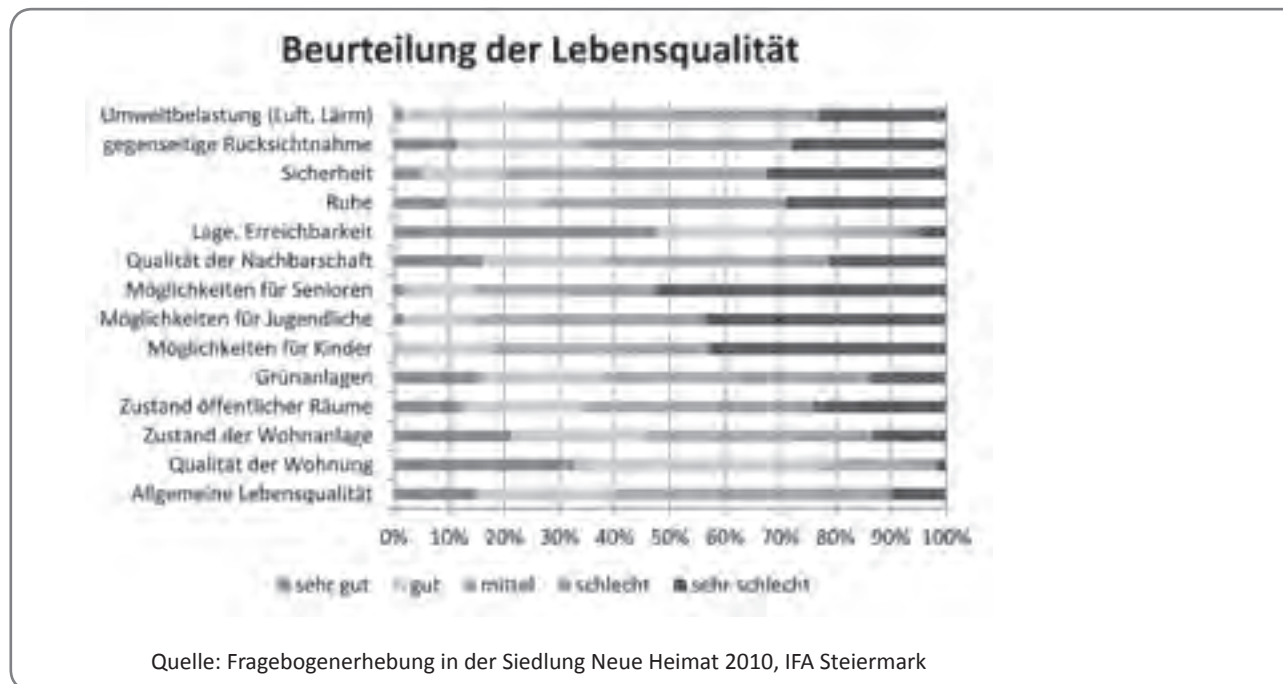
Als störende Faktoren für die Lebens- und Wohnqualität wurden überwiegend Aspekte der Kommunikation auf der Ebene des Miteinander und der Nachbarschaft erwähnt. Diesbezüglich wurden die Probleme auf „*zu viele AusländerInnen*“ in der Siedlung zurückgeführt. Aber auch die BewohnerInnen der Übergangswohnungen wurden als Ursache vieler Störungen bezeichnet. Vor allem die Unzufriedenen brachten die gestörte Nachbarschaft und die Nichteinhaltung der Hausordnung vermehrt mit dem massiven Neuzugang „*nicht-österreichischer*“ BewohnerInnen und ihren „*fehlenden Anpassungswillen*“ in Verbindung. Die neu Zugezogenen nahmen die „*gestörte Nachbarschaft*“ weniger wahr, vereinzelt aber erwähnten auch sie eine „*feindliche Stimmung*“. Vor allem manche BewohnerInnen würden nur schimpfend mit ihnen kommunizieren und Respekt bzw. Wertschätzung vermissen lassen.

Die Ambivalenz zeigte sich auch in der Bewertung des sozialen Klimas. Ein beträchtlicher Teil bezeichnete dieses als weitgehend gut und durchaus vertrauensvoll. Berichtet wurde von „*normal guten Kontakten*“ zu „*netten, lieben*“ Nachbarn und von einer durchaus gegebenen Hilfsbereitschaft bzw. einem Entgegenkommen bei Problemen. Ausländische Nachbarn wurden davon größtenteils nicht ausgenommen, sondern manchmal besonders hervorgehoben: „*Wir haben ganz liebe Schwarze im 4. Stock*“ oder „*Man kommt mit Aus-*

ländern einfacher ins Gespräch.“ KritikerInnen hingegen beklagten die sich verschlechternde Atmosphäre und stuften das soziale Klima eher negativ ein. Sie wiesen auf wenig Kontakte zu Nachbarn, viele Streitereien, (vereinzelte) Bedrohungen und geringes Vertrauen zu den MitbewohnerInnen hin. Folgeerscheinungen sind Frustration, Resignation und vermehrte Abkapselung. Es gäbe „kein Miteinander“ und niemand „kümmert sich um andere, es wird keine Hilfe angeboten.“ Verstärkt wurde die Anonymität auch durch den Mangel an Gemeinschaftsräumen und gemeinsamen Aktivitäten.

Die Beurteilung unterschiedlicher Aspekte der Lebensqualität in der Wohnsiedlung bzw. der Wohnumgebung²⁵ ergab eine überwiegende Unzufriedenheit in sechs von vierzehn abgefragten Bereichen. In absteigender Reihenfolge betraf das die Möglichkeiten für Jugendliche bzw. SeniorInnen (jeweils ca. 70%), gefolgt von der Sicherheit, der Ruhe und der gegenseitigen Rücksichtnahme (jeweils ca. 60%). Auch die Möglichkeiten für Kinder beurteilte über die Hälfte als (sehr) schlecht. Der viel zu kleine Spielplatz für die zahlreichen Kinder sei eine „Ruine“ mit beschädigten Spielgeräten, die Fußballwiese ein „staubiges Fleckerl“, der „Grünstreifen hinter dem Haus abgesperrt, so dass Kinder vorne bei den Parkplätzen spielen müssen.“ Nur zwei Bereiche – die Lage und Erreichbarkeit sowie die Qualität der Wohnungen – wurden überwiegend (sehr) gut bewertet. Eine große Mehrheit von knapp 80% ist damit (sehr) zufrieden.

Grafik 3: Bewertung ausgewählter Aspekte der Lebensqualität Neue Heimat, N = 62



Die Zufriedenheit mit den unterschiedlichen Aspekten der Lebensqualität in der Wohnumgebung stand in Zusammenhang mit den jeweiligen Lebensphasen und Bedürfnissen. Zu den (eher) Zufriedenen²⁶ gehörten tendenziell Frauen, Jüngere und Menschen, die

²⁵ Die Befragten konnten auf einer Skala zwischen 1 (sehr gut) und 5 (sehr schlecht) antworten. Die Werte 1 und 2 sind zur Kategorie „zufrieden“ (in der Grafik die Grüntöne), 4 und 5 zur Kategorie „unzufrieden“ (in der Grafik die Rottöne) zusammengefasst.

²⁶ Dazu wurde ein Summenindex über alle 14 Lebensqualitätsbereiche gebildet. Die höchste Zufriedenheit liegt vor, wenn alle Bereiche mit 1 bewertet werden (insgesamt 14 Punkte), die größte Unzufriedenheit, wenn überall eine 5 vergeben wurde (insgesamt 70 Punkte). Summenwerte von bis zu 42 Punkten wurden

sich selbst generell als vertrauensvoll gegenüber Mitmenschen bezeichnen. Unzufrieden waren vor allem Ältere, Männer und Menschen mit allgemein wenig Vertrauen gegenüber ihren Mitmenschen. Frauen, die öfter nicht erwerbstätig sind und vor allem bei der Kinderbetreuung stärker in der Siedlung gebunden sind, beurteilten die Möglichkeiten für Kinder, Jugendliche und Senioren bzw. die Ruhe deutlich schlechter, im Gegensatz aber die Qualität der Nachbarschaft besser als öfters „abwesende“ Männer. Männer waren im Gegensatz zu den Frauen eher mit ihrer allgemeinen Lebensqualität sowie mit den Grünanlagen in der Siedlung zufrieden. In Zusammenhang mit dem Alter zeigt sich eine tendenziell schlechte bis sehr schlechte Bewertung bei Älteren²⁷, die vor allem in Hinsicht auf die erwünschte Ruhe oder eine gegenseitige Rücksichtnahme unzufrieden sind, während die jüngste Altersgruppe (15-25 Jahre) oder beispielsweise Erwachsene, die mit Kindern im Haushalt leben, mit den Möglichkeiten für Kinder und Jugendliche unzufriedener waren. Für Eltern mit Kindern im Haushalt waren auch die Aspekte Ruhe, Sicherheit, gegenseitige Rücksichtnahme sowie Umweltbelastung deutlich wichtiger.

4.3 Sicherheitsempfindung in der Siedlung

Charakteristisch für die Sicherheitswahrnehmung als wichtige Voraussetzung für die Lebens- und Wohnqualität sind folgende Aussagen von BewohnerInnen: *„Das Wohngebiet ist zwar nicht ohne Kriminalität, aber doch ganz sicher“* oder *„Es gab bislang keine größeren Probleme hier, es ist noch nichts vorgekommen. Dadurch, dass viel los ist, ist auch immer jemand da, der helfen könnte.“* Zur Sicherheit im Weitesten gehört es nach Einschätzung der Befragten, *„keine Angst vor Zerstörung von Eigentum zu haben“*, *„sich geschützt zu fühlen und keine Angst ums Kind zu haben“*, *„jederzeit ohne Bedenken auf die Straße gehen zu können“* oder auch eine *„soziale Grundversorgung, Bildung und Arbeit.“*

Einen besonderen Stellenwert für eine vergleichende Einstufung der Unsicherheitsempfindung hat die Frage des subjektiven Unsicherheitsgefühls in der Wohnumgebung während der Dunkelheit. Von den BewohnerInnen fühlten sich 74% in der Nacht in der Siedlung, 71% in der näheren Umgebung der Siedlung unsicher, im überdurchschnittlichen Ausmaß vulnerable Bevölkerungsgruppen wie Ältere und Frauen, aber auch Personen mit Opfererfahrungen. Auch eine Einschränkung der Aktivitäten im öffentlichen Raum, wie bestimmte Orte nicht aufzusuchen oder abends nicht alleine unterwegs zu sein, als eine Schutzstrategie von Personen mit erhöhter Unsicherheitswahrnehmung lässt sich klar nachvollziehen: Unsichere Personen haben fast zur Hälfte ihre Aktivitäten eingeschränkt, hingegen nur ein knappes Fünftel derer, die sich eher sicher fühlen.

Häufigste unsicherheitsfördernde Faktoren in der Siedlung waren „viele ausländische MitbürgerInnen“ und „Kriminalität“ (jeweils knapp über 70%), danach folgten Umweltbelastungen (knapp 66%) sowie mit etlichem Abstand Krankheit, die wirtschaftliche Zukunft, ein potentieller Arbeitsplatzverlust und familiäre Probleme. Frauen sorgten sich überproportional wegen Krankheit, der wirtschaftlichen Zukunft und „vieler ausländischer MitbürgerInnen“. Ältere ängstigten überproportional „zu viele ausländische MitbürgerInnen“,

in der Folge als (eher) zufrieden kategorisiert, Werte darüber als (eher) unzufrieden.

27 Es wurden vier Alterskategorien gebildet: 15-25 Jahre, 26-45 Jahre, 46-65 Jahre und über 65 Jahre.

Kriminalität und die allgemeine wirtschaftliche Zukunft. Eltern mit Kindern im Haushalt hatten häufiger Angst vor Kriminalität. „Weniger ängstliche“ Personen²⁸ waren tendenziell Männer, Jüngere, Personen, die anderen Menschen Vertrauen entgegenbringen, und solche mit höherer Formalqualifikation. Ältere Personen und Frauen gehörten überproportional zu den besonders „ängstlichen“ Gruppen.

Am häufigsten wurden vor allem Erscheinungen sozialer Verwahrlosung wie Sachbeschädigung/Vandalismus und Anpöbelungen als angstausslösende konkrete Bedrohung genannt. Diebstahl, Wohnungseinbruch und Raub oder gar körperliche Übergriffe (Körperverletzung, sexuelle Belästigung oder Vergewaltigung) wurden in geringerem Ausmaß als konkrete Bedrohung wahrgenommen. Ängste vor sexueller Belästigung oder Vergewaltigung waren bei knapp einem Viertel der Befragten vorhanden.

Der Einfluss sichtbarer Unordnung auf das Sicherheitsgefühl wurde auch bei der Reihung besonders problematischer Örtlichkeiten und Zustände in der Wohnumgebung deutlich. Für ca. 80% waren dies „beschädigte, beschmierte Anlagen und öffentliche Räume“ sowie „Verunreinigungen und Müll“. Kellerräume und „Gruppen von Jugendlichen“ und „alkoholisierte Personen“ folgten mit ca. 70% vor öffentlichen Räumen in der Dunkelheit und Konflikten in der Siedlung mit ca. 60%. Geschlechtsspezifisch deutlich höher war das Unbehagen von Frauen in Zusammenhang mit alkoholisierten Menschen sowie größeren Gruppen von Jugendlichen, öffentlichen Räumen in der Dunkelheit, Kellerräumen sowie beschädigten Anlagen und Häusern. Ältere verbanden tendenziell mit Kellerräumen, Verunreinigungen und Müll, beschädigten Anlagen und Häusern oder öffentlichen Räumen in der Dunkelheit größeres Unbehagen, während Ängste vor Gruppen von Jugendlichen oder alkoholisierten Menschen eher bei Jüngeren gegeben sind.

Für Eltern stellten vor allem ein „falschen Umgang“ sowie Umweltbelastungen, Drogen und Körperverletzungen/Raufereien besonders gefährliche Aspekte für Kinder in der Wohnumgebung dar. Frauen waren durchwegs besorgter, vor allem in Bezug auf Drogen, falschen Umgang sowie Umweltbelastungen.

4.4 Verbesserungsbedarf und Anregungen

Hinsichtlich eines Verbesserungsbedarfs wurden am häufigsten die Mülltrennung (über 40%) vor der Einhaltung der Hausordnung und der Verbesserung der Spielmöglichkeiten genannt. Danach folgten mit knapp unter 30%, die von einer (sehr) hohen Verbesserungsnotwendigkeit ausgehen, das „Zusammenleben der verschiedenen Gruppen“, die Grünanlagen sowie der Zustand der öffentlichen Räume. Auch in Hinsicht auf Verbesserungsnotwendigkeiten wurden unterschiedliche Bedürfnisse verschiedener Gruppen deutlich: Jene Personen, die vermehrt ihre Zeit in der Siedlung verbringen und deswegen auch mehr auf die Gegebenheiten vor Ort angewiesen sind, äußerten häufiger Verbesserungsbedarf. Für Frauen (und teilweise Ältere) war die Verbesserung der Spielplätze, der Mülltrennung oder der Einhaltung der Hausordnung wichtiger als für Männer. Jugendliche

²⁸ Auch hier wurde wieder ein Summenwert über die sieben Aspekte, die Angst und Unsicherheit auslösen, gebildet. Die Summe kann zwischen 7 und 28 Punkten betragen. Summenwerte von bis zu 17 Punkten wurden als „wenig ängstlich“, ab 18 als „eher ängstlich“ kategorisiert.

bzw. Eltern mit Kindern im Haushalt fanden, dass beim Spielplatz bei weitem nicht der „optimale Zustand“ erreicht sei, während Ältere recht zufrieden mit der jetzigen Situation waren. Vom Ausbau des Spielplatzes und der Verbesserung der Möglichkeiten für Jugendliche und Kinder wurde eine Verringerung des Kinderlärms (am Abend) und auch von Sachbeschädigungen erwartet. Auch betreute Möglichkeiten in eigenen Begegnungszentren (z.B. in den „Hallen“ im Parterre) könnten den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen entgegenkommen. Als zuständiger Ansprechpartner wurde vor allem die Hausverwaltung genannt, etliche Parteien erklärten sich auch zur Mitwirkung an Verbesserungsmaßnahmen bereit.

Im Bereich Sauberkeit/Mülltrennung wurde am häufigsten angeregt, die öffentlichen Bereiche sauberer zu halten sowie die Mülltrennung über eine Neugestaltung der Sammelplätze und gezielte Informationsarbeit zu verbessern. Als verantwortlich dafür galten am häufigsten die Hausparteien selbst sowie die beiden Hausbesorgerinnen, auch eine recht hohe Bereitschaft zur Mitwirkung wurde signalisiert.

Eine aktivere Hausverwaltung war eine zentrale Anregung im Bereich der Hausordnung bzw. Spielregeln. Neben einer mehrsprachigen Aufklärung über Rechte und Pflichten (wozu auch Beaufsichtigungspflichten gezählt werden) wurden auch vermehrte Kompetenzen für die Hausbesorgung angeregt. Als zuständig für die Einhaltung der Hausordnung sowie mehr Kontrolle wurden die Hausverwaltung, die Hausbesorgerinnen sowie die Hausparteien selbst bezeichnet.

Als zuständig für Sicherheitsfragen wurden neben der Polizei und Politik Einrichtungen der öffentlichen Hand (Feuerwehr, Umwelt- und Wohnungsamt) bezeichnet. Aber auch der Eigenverantwortung der BewohnerInnen selbst schrieben viele Befragte eine wichtige Rolle zu. Die Verbesserungsanregungen zur Erhöhung der Sicherheit bezogen sich häufig auch auf die Kommunikation und die Pflege der Nachbarschaft, die der drohenden Auflösung der Gemeinschaft und dem Wegfall der gegenseitigen Unterstützung in der Siedlung entgegenwirken sollte. Diesbezüglich wurden unterschiedliche integrative Maßnahmen wie Feste und Veranstaltungen mit der Gelegenheit, Kontakte zu intensivieren und sich kennenzulernen, oder Hausversammlungen angeregt. Neben Impulsen durch die Hausverwaltung wurde dazu in hohem Ausmaß auch die Bereitschaft der Hausparteien als Voraussetzung genannt. Die Hausverwaltung und alle Hausparteien sollten auch vermehrt auf den Zustand der gesamten Anlage achten, mit weniger Anzeichen von sichtbarer Verwahrlosung und der Verringerung von angsterzeugenden Situationen durch eine bessere Beleuchtung oder einem erschwerten Zugang zu öffentlichen Räumen wurde eine Erhöhung des Sicherheitsgefühls verbunden.

Daneben wurden aber auch „klassische“ sicherheitsstrategische Maßnahmen wie erhöhte Kontroll- und Streifentätigkeiten durch die Polizei sowie ein vermehrter Einsatz moderner Sicherheitstechnologie – im Wesentlichen von Videoüberwachung mancher öffentlichen Räume (Lift, Keller) und Absperrsystemen – als Lösung vorgeschlagen.

5.1 Leitende Prinzipien der Arbeit

Die Arbeit des Projektteams in der Siedlung basierte auf den Prinzipien der Gemeinwesenarbeit (GWA) und wurde im Projektfolder wie folgt beschrieben: *„Wir sind der Überzeugung, dass die Menschen vor Ort kompetente ExpertInnen für die Gestaltung ihres Lebensumfeldes sind. Die MitarbeiterInnen des Grazer Friedensbüros sind AnsprechpartnerInnen vor Ort, aktivieren und unterstützen. Wir arbeiten mit den Stärken, Ressourcen und Möglichkeiten der SiedlungsbewohnerInnen und orientieren uns an den Bedürfnissen der Bevölkerung. Mit unserer Arbeit versuchen wir, Problemlösungen auf der lokalen Ebene des Wohngebiets zu begleiten und bleibende Veränderungen in der Siedlung zu ermöglichen. Die Vernetzung mit Akteuren und Organisationen, die das Zusammenleben mitgestalten, ist uns wichtig.“*

Durch die Orientierung an den Bedürfnissen und Interessen der in der Siedlung lebenden Menschen sollten sie aktiviert, ermutigt und unterstützt werden, sich mit ihrem Lebensumfeld auseinanderzusetzen und für ihre Interessen einzutreten, wodurch die Selbstorganisation der BewohnerInnen initiiert bzw. gestärkt werden sollte (**Empowerment**).

Die zu Grunde liegenden methodischen Konzepte waren prozessorientiert und zielten darauf ab, aktive **Partizipation** der BewohnerInnen zu ermöglichen bzw. einzufordern („wir arbeiten MIT euch, nicht FÜR euch“). Die Prozesse wurden je nach Themenbereich entweder zielgruppenübergreifend oder auch zielgruppenspezifisch organisiert.

Zusätzlich war die **intermediäre Funktion** des GWA-Teams ein weiteres Leitprinzip. Das Team sollte einerseits als Unterstützer in Aushandlungsprozessen zwischen den unterschiedlichen BewohnerInnengruppen agieren und andererseits auch die Bewohnenden im Dialog mit Politik und Verwaltung begleiten.

Ein weiteres wichtiges Arbeitsprinzip war die **Vernetzung und Kooperation** mit anderen Akteuren (Organisationen, Institutionen, Verwaltung, Politik), die im Stadtteil tätig sind, um die vorhandenen Ressourcen bestmöglich im Sinne der Bewohnenden zu nutzen.

Ziel der GWA im Allgemeinen ist die Verbesserung der Lebensqualität benachteiligter Menschen und Gruppen, die Bearbeitung sozialer Konflikte im Stadtteil und die Beteiligung



der Menschen und Gruppen an Prozessen im Stadtteil. Es liegt dabei auf der Hand, dass die Ergebnisse der Arbeit auch die Sicherheitswahrnehmung der Menschen beeinflussen sollten.

Das Ziel des Projekts HASIF war es, ein wissenschaftlich fundiertes, gemeinwesenorientiertes und übertragbares Vorgehensmodell zur Steigerung des subjektiven Sicherheitsempfindens durch Präventionsmaßnahmen im kommunalen Wohn- und Lebensraum, die auf einem weiten Sicherheitsbegriff basieren, zu entwickeln und zu erproben.

Vergleichbare Projekte im deutschsprachigen Raum sind kaum vorhanden, wohl aber Initiativen und Aktivitäten, die Veränderungen in der Sicherheitswahrnehmung zwar nicht als explizites Ziel anführen, mit ihren Aktivitäten dennoch dazu beitragen, dass sich die Menschen in ihrem Lebensumfeld wohler fühlen oder dass sicherheitsrelevante Themen gemeinsam bearbeitet werden. Stellvertretend seien hier zwei Projekte erwähnt: so sind z.B. erklärte Ziele des Stadtteilzentrums „Bassena“²⁹, die Lebensqualität der BewohnerInnen im Gemeinwesen zu erhalten und zu verbessern, den sozialen Frieden zu fördern und für soziale Gerechtigkeit einzutreten. Die Leiterin der Bassena beschreibt im YouTube-Interview die Situation wie folgt: *„Wenn wir heute das Schöpfwerk genauer unter die Lupe nehmen, so zählen zu den Erfolgen dieses Stadtteils, dass die Kriminalität gesunken ist und viele ExpertInnen das Schöpfwerk besuchen, um sich diese Gemeinwesenarbeit anzuschauen oder wissenschaftliche Arbeiten darüber zu schreiben.“*³⁰

Das Projekt „Tarantula“³¹ der GWA St. Pauli nahm sich des Themas Gewalt gegen Frauen und Mädchen an und zielte darauf ab, soziale Netze und nachbarschaftliche Einmischungsbereitschaft zu Gunsten der betroffenen Frauen zu stärken. Mit dem Projekt sollte ein „Klimawechsel“ im Stadtteil herbeigeführt werden, so dass die Gewalt nicht länger ignoriert und toleriert wird. Dieser Klimawechsel war eine Zeitlang ansatzweise spürbar, dennoch konnte das Projekt aufgrund fehlender Ressourcen nicht langfristig betrieben werden.

Der Zusammenhang zwischen Gemeinwesenarbeit und Auswirkungen auf die Sicherheitswahrnehmung ist in GWA Projekten selten ein explizites Thema, bekommt aber international zunehmend mehr Beachtung. So stand z.B. die 7. Fachtagung der Netzwerke Gemeinwesenarbeit Deutschschweiz im Dezember 2011 unter dem Titel „Sicherheit durch Gemeinwesenarbeit“³².

29 <http://www.bassena.at>

30 Renate Schnee, Projektleiterin, im YouTube-Interview.

31 <http://www.stadtteilarbeit.de/theorie-gwa/grundlagen-gwa/119-stadtteilemachenmobil.html>

32 Im Rahmen der eintägigen Veranstaltung wurde in Workshops und Referaten erörtert, wie mit gemeinwesenorientierten Interventionen und sozialen Prozessen die Sicherheit und Lebensqualität erhöht werden kann.

5.2 Rahmenbedingungen

Für die Arbeit in der Siedlung standen 65 Wochenstunden, aufgeteilt auf ein vierköpfiges, interdisziplinäres Team zur Verfügung. Diese großzügige Ausstattung des Projektes mit **Personalressourcen** hat es ermöglicht, intensive Kontaktarbeit pflegen zu können, und dazu beigetragen, dass unterschiedlichste BewohnerInnengruppen gut in den Prozess integriert werden konnten. Zusätzlich stand ein relativ kleines Sachbudget zur Verfügung. Nachdem für die Arbeit genügend Personal vorhanden war, erwies sich das kleine Sachbudget als sekundär. Dieser Ressourcenmangel war sogar eher beteiligungsfördernd, da die BewohnerInnen nicht wegen der guten Buffets zu den Treffen kamen, sondern aus Interesse an den Themen bzw. oft selbst Kleinigkeiten mitbrachten, die geteilt wurden.

Zum Zeitpunkt der Projektplanung war vorgesehen, dass von Seiten der Genossenschaft **Räumlichkeiten** für Treffen und Veranstaltungen zur Verfügung gestellt werden sollten. Jedoch waren in der Siedlung keine Räumlichkeiten vorhanden, einige Zeit lang war im Gespräch, eine eventuell frei werdende Wohnung als Treffpunkt zu verwenden. In den Sommermonaten war das Fehlen eines geeigneten Raumes weniger problematisch, da sich die Aktivitäten größtenteils im öffentlichen Raum abspielten. Schlechter wurde die Situation im Spätherbst, da Treffen im Freien auf Grund der Witterung nicht mehr möglich waren. Dadurch verlagerte das Team seine Aktivitäten auf Türgespräche und direkte Kontakte mit einzelnen BewohnerInnen. Erst im November 2010 wurde dem Projekt ein unbeheiztes „Kammerl“ ohne Wasseranschluss zur Verfügung gestellt, das ursprünglich als Lagerraum genutzt worden war. Dieser kleine Raum wurde schlussendlich im Dezember 2011 auf Initiative des neu gegründeten MieterInnenbeirates mit einer Stromversorgung ausgestattet, sodass eine Heizung mit Radiatoren möglich wurde. Einen Wasseranschluss bzw. eine Toilette gab es bis Projektende nicht. Ab Februar 2011 wurde von der Pfarre St. Vinzenz eine Wohnung in der Nachbarsiedlung zur Verfügung gestellt, die aber aufgrund der vorhandenen Barrieren zu dieser Siedlung nicht von den Bewohnenden als Treffpunkt angenommen wurde. So schwierig diese Situation für das Projektteam war, hatte sie auch ihre positiven Seiten: das Nichtvorhandensein eines adäquaten Raumes führte zu zahlreichen spontanen Einladungen bzw. zu vielfältiger Unterstützung von Seiten der BewohnerInnen. Dennoch: das Vorhandensein eines adäquaten Raumes für Treffen, Begegnungen und Besprechungen in der Siedlung ist für diese Arbeit essentiell und sollte von Beginn an gegeben sein.

Eine weitere wichtige Rahmenbedingung für das Gelingen der Arbeit war eine intensive **Vernetzung und Koordination** mit in der Siedlungsumgebung tätigen Organisationen und Institutionen, hier vor allem mit dem Sozialraumträger Pflegeelternverein, dem Jugendzentrum „Vinzi Youth Point“, dem Familienzentrum WOHIN und der Pfarre St. Vinzenz, wobei das Projektteam in



die regelmäßigen Sozialraumvernetzungstreffen eingebunden war. Auch mit thematisch relevanten Organisationen – vom Mädchenjugendzentrum über MigrantInnenorganisationen, Organisationen der Jugendwohlfahrt und dem Österreichischen Integrationsfonds bis zur Polizei wurde kooperiert. Weiters gab es regelmäßige Kontakte und Koordination mit einigen Abteilungen des Magistrat Graz – Jugendamt, Umweltamt, Abteilung Grünraum und Gewässer, Wohnungsamt bzw. mit der Holding Graz. Mit der Hausverwaltung fand ein intensiver Austausch statt. Bezirks- und GemeindepolitikerInnen wurden über das Projekt informiert bzw. zu Veranstaltungen eingeladen und waren vor allem bei Siedlungsfesten aber auch bei Versammlungen anwesend. Zusätzlich war das Projektteam mit anderen GWA- bzw. Stadtteilprojekten in Graz im Austausch, z.B. wurden auf Anregung von HASIF im Mai 2011 rund um den „European Neighbours Day“ in Graz zahlreiche Siedlungsfeste veranstaltet.

5.3 Phase 1 „Ihre Meinung“ (Kontakte knüpfen, Sicherheitsempfinden erheben)

Im Rahmen einer Regionalanalyse, die von einem breiten Sicherheitsbegriff ausging und Maßnahmen abseits verstärkter polizeilicher Präsenz und Angeboten der „Sicherheitsindustrie“ einbezog, wurden vorhandene Daten aufbereitet. So wurden grundlegende Strukturen in den Zielgebieten (Bevölkerung und Infrastrukturen, Beschäftigung, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfe) auf Basis der „Lebensqualitätsindikatoren“ des Magistrats beschrieben, eine kriminologische Übersicht (Anzeigen, Straftaten, Problembereiche, Volumina von Schadensfällen etc.) in Kooperation mit den zuständigen Polizeiinspektionen erstellt. Weiters wurden pro Zielgebiet VertreterInnen relevanter Organisationen und Institutionen interviewt, um Charakteristika der Gebiete, Vorteile und Nachteile, besondere Brennpunkte, geplante Vorhaben, Mitwirkungsbereitschaft und mögliche AnsprechpartnerInnen etc. zu eruieren.

In der parallel zur Regionalanalyse erfolgten explorativen Annäherung wurden im Rahmen von Siedlungsbegehungen und Straßeninterviews BewohnerInnen zu ihrer Einschätzung der Lebensqualität und der Sicherheitswahrnehmung sowie über Stärken, Schwächen und Verbesserungsideen bzw. zu ihrer Beteiligungsbereitschaft befragt. Die InterviewpartnerInnen wurden im öffentlichen Raum angesprochen, was mit sich brachte, dass vor allem Personen, die eher in der Siedlung präsent sind und die öffentlichen Räume vermehrt nutzen (wie Hausfrauen/-männer mit Betreuungspflichten, Kinder und Jugendliche, Ältere) stärker repräsentiert waren. Diese Straßeninterviews waren die erste Gelegenheit für das Projektteam, mit den Bewohnenden in direkten Kontakt zu treten.



Anschließend folgte eine repräsentative Sicherheitserhebung in Form einer schriftlichen BewohnerInnenbefragung zum Thema Lebensqualität und Sicherheitsempfinden, orientiert an den Fragestellungen des European Social Survey mit einem extra „Sicherheitsteil“. Themen waren die Zufriedenheit mit der Wohnumgebung, die Bewertung sozialer und infrastruktureller Gegebenheiten (besonders unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit und der Nutzbarkeit des „öffentlichen Raums“), das subjektive Sicherheitsempfinden und die Gründe für die Verunsicherung, „unsichere Orte“ und Gründe dafür sowie vor allem auch Ideen zur Lösung und Verbesserung der Situation. Die Fragebögen wurden an alle Haushalte verteilt, in der Siedlung standen Postkästen zum Einwerfen der ausgefüllten Fragebögen bereit, die Antworten konnten auch direkt bei den Hausbesorgerinnen abgegeben oder per Post an das Projektteam zurückgesandt werden.

(Aktionstag zum Thema Sicherheit)

Um die längerfristige Ausrichtung des Projektes unter den BewohnerInnen bekannt zu machen, wurde kontinuierliche Kontaktarbeit in der Siedlung geleistet, Anwesenheit zu unterschiedlichen Tageszeiten war unabdingbar, um eine möglichst große Breite an unterschiedlichen Ansprechpersonen bzw. interessierten Personen zu erreichen. Zusätzlich wurden in dieser Phase Kooperationen mit für das Projekt wichtigen VernetzungspartnerInnen initiiert (Sozialraumverantwortliche, Jugendamt, Wohnungsamt, Umweltamt, Integrationsreferat, Polizei, Jugendzentren, andere Organisationen im Sozialbereich, MigrantInnenvereine, BezirkspolitikerInnen). Am Ende dieser Phase wurde ein Siedlungsfest zum Thema „*Sind Sie sicher?*“ veranstaltet, in dessen Rahmen die BewohnerInnen Informationen und konkrete Verhaltensempfehlungen im Bereich der erweiterten Sicherheit erhielten. Weiters gab es eine interaktive Präsentation der ersten Ergebnisse der Studie. Das Fest wurde in Form eines Nachbarschaftsfestes gemeinsam mit interessierten BewohnerInnen geplant, dafür wurden im Vorfeld drei Vorbereitungstreffen direkt im öffentlichen Raum der Siedlung durchgeführt. Rund 50 Erwachsene und 50 Kinder und Jugendliche kamen zum Fest. Unter den BewohnerInnen gab es drei Jugendliche, die das Projektteam während des Festes unterstützten. Von den Bewohnenden wurden Kuchen bzw. traditionelle Speisen für das Buffet zur Verfügung gestellt und die Hausverwaltung organisierte eine Live-Band. Mehr als 15 Organisationen aus dem Bereich der „klassischen“ Sicherheitsorganisationen (Rettung, Feuerwehr, Polizei), aber auch aus dem Bereich der „erweiterten“ Sicherheit (Beratungsstellen, Schlupfhaus für Jugendliche, MigrantInnenvereine, Gewaltschutzeinrichtungen) nahmen am Fest teil, Bezirks- und StadtpolitikerInnen standen den BewohnerInnen für Gespräche zur Verfügung. Nach Abschluss des Festes war das Projekt sowohl unter den Bewohnenden der Siedlung als auch unter Institutionen und Organisationen bzw. Stadt- und BezirkspolitikerInnen bekannt.

5.5 Phase 3 „Was tun?“**(Beteiligungszentrierte Erarbeitung von Maßnahmen)**

Nach dem Siedlungsfest wurde die Aktivierungsarbeit in der betreuten Siedlung fortgesetzt. Bei Türgesprächen wurden die BewohnerInnen über die Ergebnisse der Erhebung informiert und zur Beteiligung eingeladen. Als Jahresabschluss wurde eine kleine Advent-



feier mit Punsch und Keksen geplant, die allerdings nur von fünf erwachsenen BewohnerInnen und 10 Kindern und Jugendlichen besucht wurde. Ausgehend von den bei der Erhebung als „kritische Bereiche“ identifizierten Themenstellungen wurden in einer Siedlungsversammlung Anfang Februar 2011 gemeinsam mit den BewohnerInnen die Schwerpunkte der Arbeit in den folgenden Monaten thematisiert. Die Themen Müll, Spielplatz und öffentliche Räume bzw. Nachbarschaft wurden diskutiert und erste Ideen gesammelt. Das Protokoll der Siedlungsversammlungen wurde an alle Haushalte verteilt.

5.6 Phase 4 „Los geht’s“ (Umsetzung von Maßnahmen)

In dieser Phase wurde ein breitgefächertes Bündel an unterschiedlichen Aktivitäten gesetzt, das sowohl der Aktivierung und Einbindung spezieller Zielgruppen als auch der Bearbeitung der Themenbereiche Spielplatz und öffentliche Räume, Müll bzw. Verbesserung der Nachbarschaft dienen sollte.

5.6.1 Aktivitäten mit Jugendlichen

Um Kontakte zur Zielgruppe der Jugendlichen zu knüpfen, wurde beschlossen, mit unterschiedlichen Aktivitäten bzw. Angeboten in der Siedlung aufzutreten. Eine wichtige Zielgruppe waren die jugendlichen Burschen, die über das Angebot „Fußball spielen“ kontaktiert werden sollten, zusätzlich schien es wichtig zu sein, die Sicht der Jugendlichen und ihre konkreten Ideen zu Konfliktfeldern in der Siedlung zu dokumentieren, wozu das Medium Film am geeignetsten erschien.

5.6.1.1 Fußball mit männlichen Jugendlichen zwischen 12 und 18 Jahren

Zwischen April 2011 und April 2012 fand einmal wöchentlich eine Trainingseinheit am Sportplatz der Pfarre „St Vinzenz“ bzw. in den Wintermonaten im Turnsaal der NMS Algersdorf statt. Der „FC Dynamo Laudon“ begann sich zu formieren und bereitete sich im Rahmen von drei Freundschaftsspielen auf die Teilnahme an der „International Allstar League Graz“³³ vor. Nach drei Turnieren der International Allstar League stand der FC Dynamo Lau-

33 Das Projekt „International Allstar League“, durchgeführt von SIQ! -Caritas Steiermark, Jugendzentrum Don Bosco und dem Friedensbüro wurde mit dem 2. Platz im Rahmen des Integrationspreises Sport 2011 ausgezeichnet.



don vor allem auf Grund des hervorragenden Fair Play Verhaltens als Sieger fest und wurde zu einem internationalen Hallenfußballturnier nach München eingeladen. Es gelang, eine Gastwirtschaft aus der Siedlungsumgebung als Sponsor zu gewinnen und Dressen für die Mannschaft anzuschaffen.



25 Burschen aus der Siedlung und der näheren Siedlungsumgebung waren in der Kaderliste, insgesamt wurden 50 Trainingseinheiten vom Team des Friedensbüros begleitet. Zusätzlich organisierten die Burschen selbständige Trainingseinheiten bzw. nahmen an weiteren Turnieren teil. Die Begleitung des FC Dynamo Ludon wurde ab März 2012 gemeinsam mit einem Jugendarbeiter des Jugendzentrums Eggenberg durchgeführt, welcher auch nach Projektende als Ansprechpartner für die Jugendlichen zur Verfügung steht.

Durch dieses Angebot konnte ein intensiver Kontakt mit den Jugendlichen hergestellt werden, der es ermöglichte, sowohl persönliche Themenstellungen zu bearbeiten als auch das Interesse der Burschen für eine aktive Beteiligung an anderen Siedlungsaktivitäten (z.B. die Spielplatzgestaltung) zu wecken. Ein weiteres Ergebnis dieser Arbeit war ein Mediationsgespräch zwischen den Jugendlichen und einem älteren Siedlungsbewohner, das zu einer deutlichen Verbesserung der Beziehung untereinander führte.

5.6.1.2 Filmclip „Zusammenleben“

Im Zeitraum zwischen Mai 2011 und November 2011 wurde gemeinsam mit 5 männlichen und 12 weiblichen Jugendlichen ein Filmclip³⁴ über das Leben in der Siedlung gedreht. Ein professioneller Filmmacher wurde als Partner und technischer Unterstützer gewonnen, insgesamt wurde Material durch Interviews mit 20 Erwachsenen und 30 Kindern und Jugendlichen gewonnen. Die Jugendlichen dokumentierten das Zusammenleben in der Siedlung aus ihrer Sicht, setzten sich mit ihrem Lebensumfeld auseinander und brachten sich aktiv mit ihrer Meinung in nachbarschaftliche Diskurse ein, vor allem der öffentliche Spielplatz war ein großer Kritikpunkt - Verbesserungen wurden gewünscht.

Der Filmclip wurde bei einem Open Air Filmfestival in der Wohnumgebung und im Rahmen eines Siedlungstreffens öffentlich präsentiert und diskutiert. Auch über Facebook und die Homepage des Friedensbüros steht er einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung, die Mitarbeiter des Magistrats verwendeten den Film als inhaltlichen Input für die Neugestaltung des Spielplatzes. Auch nach Abschluss der Filmarbeiten besteht guter Kontakt zu

³⁴ Filmclip Zusammenleben zu sehen unter: <http://vimeo.com/27144354>

den Jugendlichen, die meisten von ihnen nahmen an Aktivitäten wie z.B. Festen teil, ein Mädchen ist seither Vertreterin im MieterInnenbeirat.

5.6.1.3 Vernetzung mit Organisationen und Einrichtungen der Jugendarbeit

Insgesamt fanden 16 offizielle Treffen zur Abstimmung und zum Informationsaustausch mit Organisationen und Einrichtungen, die in der näheren Umgebung der Siedlung tätig sind, statt. Dadurch kam es zu einigen gemeinsamen Aktivitäten bzw. zur Bekanntmachung von externen Angeboten in der Siedlung. So wurde z.B. das Angebot des Fußballtrainings des Pflegeelternvereines von einigen jüngeren Burschen wahrgenommen, einige Mädchen besuchten das Jugendzentrum für Mädchen JAM. Gemeinsam mit anderen im Sozialraum tätigen Organisationen (Vinzi Youth Point, WOHIN, ÖIF) wurden zwischen Mitte August 2011 und Ferienende im Rahmen des „Young Summer“ Veranstaltungen für Jugendliche durchgeführt. Zusätzlich führte die Vernetzungsarbeit zu einer stärkeren Aufmerksamkeit seitens der Politik und Verwaltung für Problemstellungen in der Wohnumgebung, z.B. wurde die Notwendigkeit, kurzfristig eine öffentliche „Entlastungsfläche“ zum Fußballspielen zu schaffen, aufgegriffen und mit den Planungsarbeiten begonnen.

5.6.2 Ältere BewohnerInnen der Siedlung

Die Kontaktaufnahme und konkrete Zusammenarbeit mit der Zielgruppe der älteren BewohnerInnen in der Siedlung hat verdeutlicht, dass sie sich nicht über das Alter definiert, sondern über die jeweiligen Möglichkeiten der Beteiligung, um zur Verbesserung des Zusammenlebens in der Siedlung beitragen zu können. Trotz des Wissens, dass sich das Alter in unserer Gesellschaft verändert hat und vor allem unterschiedlicher geworden ist, zeigt dieser Sachverhalt auf, dass sich Teile der älteren Menschen klar von immer noch weit verbreiteten Stereotypen und Vorurteilen in unserer Gesellschaft abgrenzen wollen, dass alt mit gebrechlich und hilfsbedürftig gleichzusetzen ist. Deshalb bevorzugte ein Teil der älteren BewohnerInnen (60+) die gemeinsamen themenzentrierten und generationenübergreifenden Zusammenkünfte, während sich eine kleine Gruppe (70+) bei den zielgruppenspezifischen Einzelmaßnahmen beteiligte. Entscheidend war vorrangig, die spezifischen Bedürfnisse und Wünsche älterer Menschen bezogen auf sicherheitsrelevante Aspekte in der Siedlung über die unterschiedlichen Zusammenkünfte in Erfahrung zu bringen und als Ansatzpunkt für gemeinsame Aktivitäten zu nutzen. Bezogen auf den Aspekt der Vulnerabilität älterer Menschen zeigt sich deutlich, dass das objektive und subjektive Sicherheitsempfinden im Widerspruch zu einander stehen. Dem Sachverhalt, dass ältere Menschen deutlich seltener Opfer von Straftaten werden als Jüngere steht das Phänomen gegenüber, dass die Furcht der älteren BewohnerInnen in der Siedlung, Opfer von Kriminalität zu werden, deutlich höher war (siehe Kapitel „Sicherheitsempfinden in der Siedlung“). Das trifft insbesondere auf die Gruppe zu, die in ihrer Mobilität eingeschränkter ist, sich deshalb länger und mehr in ihrer Wohnung aufhält und deren Aktivitäten deshalb abgenommen haben. Wie wichtig in diesem Zusammenhang Hilfe und aufklärerische Maßnahmen waren, hat sich insbesondere bei allgemeinen Veranstaltungen für die BewohnerInnen gezeigt, an der auch viele ältere Menschen teilgenommen haben. So wurden z.B. die Tipps und Präventionsmaßnahmen der Polizei mit großem Interesse aufgenommen und besprochen.

Während in diesen gemeinsamen Zusammenkünften Themenschwerpunkte, die sich auf Verbesserungen des Wohnumfelds bezogen (wie z.B. die Mülltrennung, die Neugestaltung des Spielplatzes, eine mögliche Nutzung der offenen Hallen für gemeinsame Aktivitäten der BewohnerInnen unterschiedlicher Herkunft), im Mittelpunkt standen, spielten in der kleinen Gruppe, die ausschließlich aus



Frauen (70+) bestand, eher Themen eine Rolle, die einen direkten Bezug zu ihrem persönlichen Leben und Wohlbefinden hatten. Das spiegelt auch die aktuelle Situation in unserer Gesellschaft wider, denn die vorherrschenden Risikofaktoren für ältere Menschen sind rückläufige familiäre Unterstützungspotenziale, Isolationsgefahr sowie steigender Hilfebedarf. Die ausschließliche Teilnahme von Frauen ist dadurch erklärbar, dass sie einerseits in dieser Altersgruppe unter den BewohnerInnen in der Siedlung zahlenmäßig überwiegen und andererseits ein vergleichsweise erhöhtes Bedürfnis nach Sicherheit – begründbar auch aufgrund geschlechtsspezifischer Unterschiede - gegeben war. Die Festlegung der inhaltlichen Schwerpunkte für die geplanten thematischen Runden erfolgte in Zusammenarbeit mit der Zielgruppe der älteren Menschen und es wurden Aktivitäten ausgewählt, die einen Rahmen bieten sollten, ihre eigenen Erfahrungen einbringen zu können. Das reichte vom Thema „Wohnen in der Siedlung einst und jetzt“ oder „Wohlfühlen im Alter – was braucht es dazu?“ bis hin zu „gemeinsames Essen“ oder „Kreativwerkstatt Farbe - Erinnerungen“. Es zeigte sich somit, dass Sicherheit für die älteren Teilnehmerinnen (70+) in einem engen Zusammenhang mit ihren subjektiven Bedürfnissen und den jeweiligen Gegebenheiten im unmittelbaren Wohnumfeld stehen. Wichtig waren dabei vor allem Themenstellungen wie z.B. Sicherheit in der Wohnung und Tipps zur Sturzprävention, Fragen der Gesundheit, Möglichkeiten zur Umsetzung von barrierefreien Maßnahmen oder Informationen über die mobilen Dienste der Stadt. Einen wesentlichen Stellenwert hatte der Bereich „soziale Kontakte“ im Wohnumfeld, da vor allem gemeinsame Freizeitaktivitäten sowie Hilfe und Unterstützung unter den NachbarInnen wichtig sind, um möglichst lange ein eigenständiges Leben führen zu können. Wenn dieser selbstorganisierte Rückhalt unter den BewohnerInnen jedoch nicht ausreichend gegeben ist oder auch aus subjektiven Gründen nicht hergestellt werden kann, ist der Wunsch der älteren Frauen, in ihrer gewohnten Umgebung möglichst lange verbleiben zu können, nur dann realisierbar, wenn es mehr an zusätzlichen Unterstützungsformen im Vorfeld professioneller Pflegehilfe wie Einkaufshilfen, Besuchs- oder Begleitedienste, mobile Beratungen bei zielgruppenspezifischen Themenstellungen oder aktivierenden Maßnahmen zur Förderung von Engagement und Partizipation von außen gibt. Dabei gilt es auch zu berücksichtigen, dass es nicht nur um die Ermittlung von Defiziten und Hilfebedarfen älterer Menschen geht, sondern dass auch die Potenziale und Ressourcen des Alters dabei Berücksichtigung finden müssen. Ein Ausbau und eine Erweiterung der

bestehenden Angebote ist vor allem auch deshalb erforderlich, weil sich über die konkrete Zusammenarbeit mit der Zielgruppe bestätigt hat, dass eine allgemeine Unzufriedenheit mit den individuellen Lebensumständen im Zusammenhang mit einer Beeinträchtigung des subjektiven Sicherheitsempfindens steht.

5.6.3 Mütter mit (kleinen) Kindern

Als Möglichkeit einen Zugang zu Frauen bzw. Familien (größtenteils mit Migrationshintergrund) zu finden, wurde im März 2011 eine Eltern-Kind-Gruppe, im speziellen Fall eine

Mutter-Kind-Gruppe initiiert. Zu den wöchentlichen Treffen waren alle Mütter, Omas, Schwestern, Tanten mit ihren Kindern bis ca. 3 Jahre eingeladen. Die Betonung auf weibliche Erwachsene mit Kindern war dazu gedacht, um die Hemmschwelle für Frauen mit Migrationshintergrund möglichst niedrig zu halten. Die Gruppe wurde als angemeldete EKI-Gruppe der Diözese gestartet, weil dadurch auf das Know-how dieser Institution mit einem bewährten Konzept zurückgegriffen werden konnte. Zusätzlich konnten zur Unterstützung anfänglich zwei Bewohnerinnen



der Siedlung gewonnen werden. Ort war in Ermangelung geeigneter Räumlichkeiten in der Siedlung eine Wohnung der Pfarre St. Vinzenz in der Nachbarsiedlung.

Zwischen März und Mai 2011 fanden die Treffen vormittags in der Wohnung der Pfarre statt. Es kamen insgesamt 24 Frauen und 29 Kinder. Die Wohnung in der Nachbarsiedlung schien eine zu große Schwelle zu sein, weshalb über die Sommermonate ein Ortswechsel durchgeführt wurde. Die Treffen wurden am Spielplatz in der Siedlung im Freien abgehalten, die Beteiligung war allerdings unverändert gering.

Ab Oktober wurden die Treffen in Absprache mit den Frauen wieder in die Pfarrwohnung verlegt, allerdings wurde der Zeitpunkt verändert. Nun fanden sie am Nachmittag (15 – 17 Uhr) statt, da die Frauen erklärt hatten, am Vormittag zu wenig Zeit zu haben. Auch hier war die Beteiligung wechselnd – Höchststand waren 7 Frauen mit insgesamt 15 Kindern, zu anderen Treffen kam nur eine Frau mit Kind. Die Frauen äußerten den Wunsch, Deutsch zu lernen, bzw. Deutsch zu üben. Somit wurde in der Folge in Kooperation mit dem ÖIF³⁵ ab Jänner 2012 eine „Deutsch-Plauderstunde“ organisiert. Die Frauen wurden von einer Trainerin hauptsächlich in deutscher Kommunikation unterrichtet, die Kinder wurden inzwischen betreut. Zu diesen Deutsch-Plauderstunden kamen 4 bis 6 Frauen mit

³⁵ Österreichischer Integrationsfonds

ihren Kindern, insgesamt fanden 6 Treffen statt, danach musste das Angebot in dieser Form eingestellt werden, da die Teilnehmerzahl für den ÖIF zu niedrig war. Im März und April wurden die Deutsch-Plauderstunden ohne Lehrerin (nur mit Begleitung einer Projektmitarbeiterin) fortgesetzt. Gleichzeitig wurde daran gearbeitet, dieses Angebot für die Frauen auch nach Projektende aufrechterhalten zu können. Zwei ehrenamtlich tätige pensionierte Lehrerinnen konnten als Trainerinnen gewonnen werden – die Pfarre stellt dafür weiterhin eine Wohnung zur Verfügung.

Durch diese Aktivitäten konnte es zwar nicht gelingen, wie ursprünglich geplant, eine kontinuierliche Gruppe einzurichten – das entsprach wohl nicht den Bedürfnissen der Frauen. Es gelang jedoch, einen guten Kontakt zu zahlreichen Frauen und Familien herzustellen. Dadurch beteiligten sich in der Folge auch zahlreiche Frauen an Siedlungstreffen bzw. Siedlungsfesten. Zusätzlich konnte dadurch auch das klare Bedürfnis dieser Frauen identifiziert werden, möglichst niederschwellig und wohnortnah ihre Deutschkenntnisse zu erweitern, Deutsch sprechen und verstehen zu üben.

5.6.4 Themenbereich Spielplatz

Die Notwendigkeit einer Sanierung bzw. Neugestaltung des öffentlichen Spielplatzes wurde im Zuge der Erhebung zu Beginn des Projektes von allen BewohnerInnengruppen ungeachtet ihres Alters hervorgehoben. Die Kinder und Jugendlichen wünschten sich endlich eine ansprechende Fläche zum Spielen, die Erwachsenen waren ebenso davon überzeugt, dass die angebotene Spielfläche weder den Bedürfnissen der Kinder und Jugendlichen entspricht noch der Anzahl der NutzerInnen, leben doch über 150 Kinder und Jugendliche unter 15 Jahren in der Siedlung.



Im Rahmen der Siedlungsversammlung im Februar 2011 wurden erste Ideen gesammelt und über die unterschiedlichen Bedürfnisse der verschiedenen NutzerInnengruppen diskutiert. Von Seiten des Jugendamtes wurde im Rahmen dieser Versammlung darauf hingewiesen, dass grundsätzlich eine Sanierung des Spielplatzes geplant sei, es dazu aber der Mithilfe und Beteiligung der AnrainerInnen bedarf. Eine erste Abklärung mit den für Spielplatzgestaltung und Erhaltung zuständigen Stellen der Stadt im Rahmen eines „Spielplatz Jour Fix“ fand statt.

Im März und April 2011 fanden zwei gemeinsame Besprechungen zum Thema Spielplatzgestaltung statt, eine in einem nahegelegenen Lokal, die zweite direkt am Spielplatz.



Sowohl Erwachsene als auch Kinder und Jugendliche brachten Gestaltungsvorschläge und Ideen ein und verglichen eigene Bedürfnisse mit denen der jeweils anderen Gruppen. Die Jugendlichen wurden in diesem Prozess immer wieder auch von den JugendarbeiterInnen des Vinzi-Youth-Point unterstützt.

Schon zu diesem Zeitpunkt der Planung stellte sich heraus, dass vor allem das Fußballspielen auf dem kleinen Spielplatz ein zentrales Thema war. Einerseits

gab es zahlreiche Kinder und Jugendliche aller Altersstufen, welche die Fläche zum Fußballspielen nutzen, obwohl das weder vorgesehen, noch die Fläche dafür entsprechend ausgestattet war. Gleichzeitig zeigte sich aber, dass von Seiten der Stadt Graz wenig Möglichkeiten signalisiert wurden, im Zuge der Sanierung eine Fußballfläche einzurichten – der gesamte Spielplatz sei dafür zu klein, zusätzlich würden auf Spielplätzen von Siedlungen generell keine Fußballplätze eingerichtet. Die Notwendigkeit einer entsprechenden Fußballfläche in der näheren Siedlungsumgebung wurde mit den Verantwortlichen diskutiert, auch im Gemeinderat wurden zu diesem Thema zwei Anfragen eingebracht.

Beim Siedlungsfest im Mai wurden weitere Ideen und Wünsche bezüglich der Spielplatzgestaltung gesammelt, vor allem Kinder nutzten die Möglichkeit, um ihre Ideen in zeichnerischer Form zu deponieren. Auch im Zuge der regelmäßig stattfindenden Plauderstunden und parallel zu den Trainingseinheiten der Fußballmannschaft wurde der Spielplatz thematisiert.

Im Juni fand eine weitere Besprechung des Spielplatz-Jour-Fix statt, im Rahmen derer beschlossen wurde, mögliche Gestaltungswünsche gemeinsam mit den NutzerInnen auszuprobieren. Auch zu diesem Zeitpunkt wurde von Seiten der Stadt klar signalisiert, dass Fußballspielen auf diesem Spielplatz nicht möglich sein würde. Im August fand dann die „Probeprobispielung“ statt. Es gab Biertische, ein Planschbecken, einen Gartensprinkler, Spielsand, einen Tischtennistisch, eine Slackline mit Trainer (Projekt health14), Kreiden, Gummitwist, Federball und ein „Kleinstfeldfußball“ (2 kleine Fußballtore aufgebaut auf einem Rasenstück zwischen Spielplatz und Parkplatz). Rund 30 Kinder und 25 Jugendliche waren beteiligt, die Erwachsenen testeten vor allem den idealen Aufstellungsort für Sitzgelegenheiten.

Insgesamt wurden während des gesamten Prozesses die Ideen und Vorschläge im Zuge von 126 Kontakten zu Kindern, 126 Kontakten zu Jugendlichen und 162 Kontakten zu Erwachsenen zusammengetragen. Alle bis dahin gesammelten Vorschläge und Ideen wurden zusammengefasst und im Rahmen einer Besprechung im November 2011 an die zuständigen Stellen im Magistrat weitergeleitet. Ein Umsetzungsplan für die konkrete

Neugestaltung des Spielplatzes im Frühjahr 2012 wurde vereinbart. Anfang März 2012 wurde der Plan den AnrainerInnen im Zuge einer öffentlichen Präsentation vorgestellt. Vor allem die Jugendlichen beteiligten sich aktiv an dieser Präsentation, sahen allerdings ihre Interessen nach einem „ordentlichen“ Platz zum Fußballspielen nur mangelhaft befriedigt, nachdem im Plan nur eine Ballspielwiese ohne Tore vorgesehen war. Die restlichen Gestaltungsvorschläge fanden großen Anklang. Von Seiten der Abteilung Grünraum und des Jugendamtes bzw. der Holding Graz wurden Gespräche initiiert, die in den nächsten Monaten dazu führen sollen, dass eine alternative Fläche in relativer Nähe der Siedlung zumindest vorübergehend als Fußballwiese genutzt werden kann. Mit den Umbauarbeiten am Spielplatz wurde Mitte April begonnen, die Einweihung ist für Ende Mai geplant.

5.6.5 Themenbereich öffentliche Räume in der Siedlung

Über die Nutzung der siedlungseigenen öffentlichen Räume, hier vor allem einer Wiese hinter den Häusern, gab es unterschiedliche Vorstellungen und Wünsche. Es wurden von Bewohnenden im Rahmen von Einzelgesprächen oder Plauderstunden unterschiedliche Ideen geäußert, wie diese Wiese genutzt werden könnte, vor allem der Wunsch nach einer Möglichkeit zum Teppichwaschen wurde immer wieder genannt. Daher wurde vom Projektteam ein gemeinsamer Diskussionsprozess über die Nutzung der Wiese hinter den Häusern initiiert. An den vier Treffen nahmen insgesamt 16 Jugendliche, 22 Kinder und 112 Erwachsene teil. Die Themen wurden in Form von moderierten Großgruppendifkussionen bzw. Arbeitsgruppen direkt auf der Wiese hinter den Häusern bearbeitet. Vor allem am ersten Treffen herrschte eine emotional aufgeladene Stimmung, zahlreiche BewohnerInnen luden ihren jahrelang aufgestauten Ärger ab. Die zur Diskussion vorgeschlagenen Themen (vom Grillen auf der Wiese über Teppichwaschen bis hin zum Anlegen eines Gemeinschaftsgartens und der Nutzung der Wiese durch Kinder) führten zu einer hohen Beteiligung – viele kamen, um gegen diese Ideen zu protestieren. Mit Geduld und Behutsamkeit gelang es, zu signalisieren, dass Befürchtungen berücksichtigt, aber gleichzeitig die Bedürfnisse anderer BewohnerInnen sichtbar gemacht und Lösungen gesucht würden. Vor allem die Themen „Teppiche waschen“ und „Nutzung der Wiese durch Kinder“ sorgten für angeregte Diskussionen. Als Ergebnis des Prozesses wurde ein „Testbetrieb“ zum Ausprobieren der vereinbarten Regeln für Teppichwaschen und Spielen der Kinder in den Monaten August und September aufgenommen. Das Teppichwaschen sollte in kontrollierter Form möglich sein, für jedes Haus wurde eine Kontaktperson genannt, an die man sich bei Fragen und Problemen wenden konnte. Das Spielen auf der Wiese sollte zwischen 9 und 20 Uhr erlaubt sein. Vor allem Spiele, die keinen großen Lärm erzeugen, waren erwünscht, das Ballspielen wurde verboten (ausgenommen von ganz kleinen Kindern). Eine Gruppe von Eltern stellte sich zur Beaufsichtigung der Kinder und zur Unterstützung der Einhaltung der vereinbarten Regeln zur Verfügung.

Der Probetrieb verlief nicht zur Zufriedenheit aller Beteiligten. Einige Eltern beteiligten sich nicht, wie versprochen an der Beaufsichtigung der Kinder, die Ruhezeiten wurden häufig nicht genau eingehalten und auch die Sandkiste wurde nicht regelmäßig abgedeckt. Das Teppichwaschen verlief zwar geordnet ab, dennoch blieben Vorbehalte einiger BewohnerInnen bestehen.

Nach Abschluss des Probetriebes wurde vereinbart, dass ein geregeltes Teppichwaschen nicht verboten wird, über die Aufstellung einer Einrichtung zum Ausklopfen und Trocknen von Teppichen sollte zu einem späteren Zeitpunkt entschieden werden. Bezüglich des Spielens von Kindern wurde beschlossen, dass keine Spielgeräte angeschafft werden, Spielen auf der Wiese innerhalb der vereinbarten Zeiten aber sehr wohl erlaubt sein soll.



5.6.6 Themenbereich Müll

Auch das Thema Müll wurde bereits in den ersten Straßenbefragungen beinahe von allen Befragten als prioritär genannt. Es ging dabei einerseits um mangelhafte Mülltrennung, was zu beinahe doppelt so hohen Müllgebühren führte wie in vergleichbaren Siedlungen, andererseits um die Ablagerung von Sperrmüll im Keller bzw. an anderen öffentlich zugänglichen Flächen. Um das Thema zu bearbeiten, wurden vom Projektteam sowohl siedlungsweite Aktionen gestartet und Mülltrennworkshops veranstaltet, als auch in gemeinsamen Besprechungen – hier vor allem mit den Mitgliedern des MieterInnenbeirates – Informations- und Aufklärungsaktivitäten geplant.

Bereits beim ersten Siedlungsfest im Oktober 2010 war das Umweltamt der Stadt Graz mit einem Informationsstand vertreten, die MieterInnen wurden über die Zusammensetzung ihres Restmülls (die vorher durch eine Sortierung erhoben worden war) und über Möglichkeiten zur Verringerung der Restmüllmenge informiert.

Ein großer Sperrmüllcontainer

stand zur Verfügung und wurde gut angenommen und gefüllt. In einer spontanen Aktion wurden die Kellerräumlichkeiten gemeinsam mit einigen Jugendlichen vom herumstehenden Sperrmüll befreit. In weiterer Folge wurden von Seiten des Umweltamtes in regelmäßigen Abständen Plakate zu speziellen Müllthemen (z.B. wie entsorgt man Leichtverpackungen fachgerecht oder wie kann man rund um die Weihnachtszeit das Müllaufkommen verringern) in den Häusern angebracht.

Im April 2011 wurden die gemeinschaftlichen Flächen der Siedlung im Rahmen des steirischen Frühjahrsputzes gemeinsam mit Kindern und Jugendlichen gereinigt. Ebenfalls im April 2011 fand in Zusammenarbeit mit dem Umweltamt der Stadt Graz ein Workshop über Mülltrennung statt, an dem hauptsächlich Kinder bzw. Jugendliche teilnahmen. Beim Siedlungsfest im Mai 2011



wurde eine Station über richtiges Mülltrennen eingerichtet, im Rahmen derer zahlreiche FestbesucherInnen unterschiedlicher Altersstufen Informationen erhielten und die fachgerechte Mülltrennung ausprobieren konnten. Weiteres wurde in den Siedlungszeitungen regelmäßig über die Kosten nicht fachgerechter Müllentsorgung informiert und zur aktiven Mithilfe aufgerufen. Der ursprüngliche Plan, eine Arbeitsgruppe zum Thema Müll einzurichten, die gemeinsam Aktionen plant und umsetzt, hat bis zur Einrichtung des MieterInnenbeirates nicht funktioniert.

Die erste gemeinsame Aktion des MieterInnenbeirates war die „Nikolausaktion“ am 6. Dezember 2011: ein Mitglied des Beirates und ein Mitglied des HASIF-Teams gingen als Nikolaus verkleidet von Tür zu Tür, verteilten Nikolausschokolade und informierten über die Wichtigkeit der Mülltrennung. Eine weitere „Tür zu Tür Aktion“ fand im Jänner 2012 statt. Die BewohnerInnen wurden abermals in persönlichen Gesprächen über die Notwendigkeit der Mülltrennung bzw. Möglichkeiten einer richtigen Sperrmüllentsorgung informiert und bekamen als Erinnerung kleine Einkaufstaschen überreicht. Insgesamt wurden durch die verschiedenen Aktionen 160 Jugendliche, 182 Kinder und 257 Erwachsene erreicht. Vor allem die persönliche Ansprache und die positive Herangehensweise (kleine Aufmerksamkeiten zur Erinnerung statt Ermahnungen oder Strafandrohung) scheinen Wirkung zu zeigen. Die Situation bei den beiden Mülltrennstellen der Siedlung hat sich merkbar verbessert, der Müll wird achtsamer und korrekter entsorgt. Bezüglich der Sperrmüllentsorgung besteht nun die Möglichkeit, dass ein Bewohner der Siedlung seine Dienste gegen ein geringes Entgelt zur Verfügung stellt. Vor allem durch den sichtbaren Erfolg der beiden „Tür zu Tür Aktionen“ wurde das Vertrauen der MieterInnenbeiräte in die Sinnhaftigkeit solcher Aktionen gestärkt.

5.6.7 Themenbereich Nachbarschaft

5.6.7.1 Plauderstunden

Ab März 2011 war zweimal wöchentlich mindestens ein/e VertreterIn des Projektteams für mindestens 2 Stunden in der Siedlung anwesend, um den BewohnerInnen zu ermöglichen, im Rahmen der Plauderstunden in Kontakt zu treten. Je nach Wetter fanden die durch Aushang und in der Siedlungszeitung angekündigten Plauderstunden im „Kammerl“ oder am Spielplatz statt. Die Abgelegenheit und unfreundliche Atmosphäre des Raumes waren wahrscheinlich ein Grund dafür, dass viele BewohnerInnen nur aufgrund dringender Angelegenheiten oder auf persönliche Einladung kamen.

Die Plauderstunden im öffentlichen Raum (Spielplatz) hingegen führten zu vielen spontanen Gesprächen und Begegnungen, und boten dem Projektteam eine gute Möglichkeit, Kontakte zu intensivieren und mit den BewohnerInnen und ihren Anliegen vertrauter zu werden.

Wochentage und Uhrzeiten wurden mehrmals verändert und den Bedürfnissen der Bewohnenden angepasst. Der Inhalt der Gespräche war den BewohnerInnen überlassen bzw. im Zuge aktueller Aktivitäten naheliegend (z.B. vor Festen oder Siedlungsversammlungen). Zusätzlich zur Präsenz in der Siedlung hat sich als positiv erwiesen, ein „Angebot“ zur Verfügung zu stellen, das die BewohnerInnen neugierig macht und zum Bleiben einlädt. Meistens bestand dieses Angebot aus Kleinigkeiten zum Essen oder Trinken – vor allem in den warmen Sommermonaten haben sich Wassermelonen ideal als Möglichkeit zum Teilen und zur Beteiligung herausgestellt, auch die BewohnerInnen selbst brachten immer wieder etwas mit. Es gelang jedoch nicht, die Plauderstunde als fixen Treffpunkt zu etablieren.

Die Beteiligung war äußerst unterschiedlich. Es gab Tage, an denen gar niemand kam, andere, an denen mehr Menschen kamen als Sitzgelegenheiten vorhanden waren. Insgesamt wurden von März 2011 bis März 2012 102 Termine mit 1154 TeilnehmerInnen dokumentiert, davon 444 Kinder, 370 Jugendliche, 102 Männer und 238 Frauen.

5.6.7.2 Feste

Nachdem bereits im Rahmen des ersten Siedlungsfestes im Oktober 2010 deutlich geworden war, dass gemeinsames Feiern den Kontakt zwischen den Bewohnenden erhöht und dazu beiträgt, ihre Kommunikation zu verbessern, wurde im Mai 2011 im Zuge des „European Neighbours Day“ ein weiteres Siedlungsfest geplant. Das Fest wurde gemeinsam mit den BewohnerInnen organisiert, sie beteiligten sich vor allem an der Organisation und Vorbereitung der Verpflegung bzw. am Grillen während des Festes. Mit den Kindern und Jugendlichen wurde im Vorfeld ein Kinderflohmarkt organisiert, in einigen Workshops wurden gemeinsam mit den MitarbeiterInnen des Vinzi Youth Point alte Möbel und Gegenstände „aufgepimpt“, die dann im Zuge des Flohmarktes verkauft wurden. Weinblätter, Gegrilltes, warmes Fladenbrot, süßer Reis, alle Arten von Kuchen, unzählige Kinder, die ihre Spielsachen am Kinderflohmarkt tauschten und verkauften, interessierte Bezirks- und Gemeinderäte, Musik und zum Abschluss Tanz war durch die tatkräftige Mit-

hilfe der Bewohnerinnen und Bewohner möglich. Auch der Pflegeelternverein, Vinzi Youth Point, Kinderland und der Österreichische Integrationsfonds unterstützten die Durchführung des Festes. Trotz des kühlen Wetters waren ca. 40 Erwachsene, 50 Kinder und Jugendliche, 6 Mitglieder des Bezirkrates, drei Gemeinderätinnen und ein Vertreter der Wohnungsstadträtin anwesend.

Das nächste Fest wurde im September 2011 als Familienfest zum Abschluss des „Young Summer“ gefeiert. Rund 50 Erwachsene, 50 Kinder und 20 Jugendliche feierten und grillten gemeinsam in der Siedlung. Auch dieses Fest wurde von den MitarbeiterInnen des Vinzi Youth Point, Wohin und dem ÖIF tatkräftig unterstützt, die Bewohnenden beteiligten sich wieder an der Organisation und Zubereitung der Speisen.

Im Oktober 2011 stand Maroni braten und die Vorführung des Films „Zusammenleben“ in der Siedlung am Programm. Die 10 kg Maroni waren in Windeseile aufgegessen, auf Grund des kalten und windigen Wetters dauerte dieses Fest allerdings nicht sehr lange.

Im Dezember 2011 wurde gemeinsam mit den MieterInnenbeiräten eine kleine Weihnachtsfeier organisiert, auch die Jugendlichen des FC Dynamo Laudon nahmen daran teil. Bei Punsch, Keksen und Baklava wurden gemeinsam Weihnachtslieder gesungen.

Ende April ist das letzte gemeinsame Siedlungsfest im Rahmen dieses Projektes geplant. Ein großer Nachbarschaftsschmarren soll entstehen – je nachdem wie viele Eier, Milch und Mehl von den Bewohnenden gespendet wird, wird der „Schmarrn“ ausfallen. Für musikalische Untermalung sorgen ein Akkordeonspieler und sein Partner.

„Beim Feiern kommen die Leut´ zusammen“ konnte im Rahmen dieses Projektes gelebt werden, die Nachbarn lernten sich so in ungezwungener und gemütlicher Atmosphäre kennen, „rückten näher zusammen“ und bauten Vorbehalte und Ängste ab.

5.6.7.3 Siedlungszeitung

Um Informationen in der Siedlung rasch zu verbreiten und vor allem um die einzelnen Aktivitäten transparent zu machen, wurde im April 2011 eine Siedlungszeitung ins Leben gerufen. Die Hausverwaltung ENW unterstützte das Erscheinen der Zeitung mit einem Druckkostenbeitrag, die Exemplare wurden an jeden Haushalt verteilt bzw. auf den Pinnwänden in den Häusern ausgehängt. Beim Verteilen der Zeitungen wurde das Team häufig von BewohnerInnen unterstützt. Insgesamt erschienen im Projektzeitraum Ausgaben der Siedlungszeitung. Zusätzlich wurde ab April 2011 auch ein Monatskalender mit den jeweils geplanten Aktivitäten und Veranstaltungen gemacht. Ursprünglich war geplant, die Zeitung auch als Medium von BewohnerInnen für Bewohnende zu etablieren, Artikel und Beiträge der Menschen selbst blieben leider spärlich.



5.6.7.4 MieterInnenbeirat

Im Herbst 2011 wurde gemeinsam mit der Hausverwaltung eine Hausversammlung durchgeführt. Als ein Ergebnis dieser Versammlung wurde im Oktober ein MieterInnenbeirat ins Leben gerufen. Die Mitglieder des MieterInnenbeirates mussten von mindestens zehn BewohnerInnen der Siedlung in Form von Unterschriften unterstützt werden. Die BeirätInnen sollten ein Bindeglied zwischen Hausverwaltung und BewohnerInnen sein, die Anliegen der BewohnerInnen vertreten und Ideen zur Verbesserung des Miteinanders in der Siedlung einbringen. Drei der vier Häuser sind mit mindestens drei BeirätInnen vertreten, ein Haus bis dato leider nur mit einer Vertreterin. Derzeit arbeiten fünf Frauen und sechs Männer ehrenamtlich im Beirat mit, drei davon haben Migrationshintergrund, eine Beirätin ist eine Jugendliche.



Bis Projektende fanden sieben Treffen des Beirates statt, alle waren gut besucht und die BeirätInnen brachten sich engagiert in die Arbeit ein. Sie sind interessiert und motiviert, an Veränderungen in der Siedlung mitzuarbeiten. An zwei Besprechungen des MieterInnenbeirates nahm auch der Hausverwalter teil, gemeinsame Probleme und Anliegen wurden besprochen, über die Errichtung einer Gemeinschafts-SAT-Anlage wurde diskutiert.

Die Besprechungen wurden auf Wunsch des Beirates vom Team des Friedensbüros moderiert, von jeder Besprechung wurde ein Protokoll angefertigt und allen BeirätInnen übermittelt. Die Kommunikationskultur innerhalb der Besprechungen hat sich in Richtung eines achtsameren Umgangs miteinander entwickelt. Anfängliche Unsicherheiten in der interkulturellen Kommunikation haben sich deutlich gelegt.

Zu Beginn wurde festgelegt, dass die Besprechungen monatlich stattfinden sollten, in der Zeit zwischen den Besprechungen wollte man informell kommunizieren und wenn nötig, spontane Besprechungen abhalten. Nach dem ersten halben Jahr haben einige BeirätInnen den Wunsch geäußert, die interne Funktionsweise noch genauer zu definieren, auch Entscheidungs- und Kommunikationsstrukturen sollten noch klarer ausgearbeitet werden. Nachdem es bisher in Graz keine offiziellen Vorgaben oder Rahmenbedingungen bezüglich Mietermitbestimmung gibt (wie sie z.B. in Wien bereits seit langem existieren), muss der Beirat diese Regelungen erst selbst erarbeiten.

Als erste Aktion des Beirates wurde im Dezember 2011 die Nikolausaktion geplant und durchgeführt (siehe Themenbereich „Müll“). Obwohl zu Beginn unter den BeiratInnen große Zweifel über die Sinnhaftigkeit der Aktion vorherrschten, waren am Ende alle positiv überrascht und begeistert darüber, wie positiv sie aufgenommen worden waren. Vor allem die Tatsache, nun endlich einen Großteil der HausbewohnerInnen persönlich kennen gelernt zu haben, wurde sehr positiv bewertet. Nachdem sich der Beirat zu Beginn auf das Schwerpunktthema „Verbesserung der Müllsituation“ in der Siedlung geeinigt hatte, wurde im Jänner 2012 eine weitere „Tür zu Tür- Aktion“ durchgeführt. Zusätzlich konnten die MieterbeiratInnen bei der Hausverwaltung erreichen, dass die Beleuchtung vor den Hauseingängen verbessert wurde und die Errichtung von zwei Fahrradabstellkäfigen ist in Planung.

Bereits im Stadium der Projektplanung war klar, dass es nach Projektende eine Gruppe von Menschen in der Siedlung geben müsste, die sich für die Nachbarschaft und das Zusammenleben verantwortlich fühlen, in welcher Form diese Gruppe gefunden werden sollte bzw. wie sie zusammenarbeiten würde, war noch nicht im Detail geplant. Im Nachhinein betrachtet erfolgte die Einrichtung des MieterInnenbeirates genau zum richtigen Zeitpunkt. Durch den gemeinsamen Diskussionsprozess zur Nutzung der Wiese im Sommer 2011 waren viele Menschen miteinander in Kontakt getreten, die einerseits wütend und enttäuscht über die Situation in der Siedlung waren und andererseits bereit waren, aktiv an einer Verbesserung mitzugestalten. Zu Beginn des Projektes wäre die Bereitschaft zum Engagement gemeinsam mit anderen Bewohnenden geringer gewesen, zusätzlich hätten sich einige der heutigen BeiratInnen nicht gekannt. Die engagierte Gruppe an BeiratInnen hat in der kurzen Zeit ihrer Zusammenarbeit bereits einige Verbesserungen in der Nachbarschaft erreicht und will auch nach Projektende weiterhin tätig sein.

5.7 Phase 5 „Wie schaut´s aus?“

In dieser Phase wurden die während des Projektes gesetzten Maßnahmen und die Veränderungen im Sicherheitsempfinden der BewohnerInnen untersucht. Wiederum wurden an alle Haushalte Fragebögen mit der Bitte um Rückmeldung verteilt und Interviews mit der Hausverwaltung und anderen ProjektpartnerInnen (Wohnungsamt, Polizei, Bezirksrat, WOHIN) durchgeführt. Detaillierte Ergebnisse dieser Untersuchung finden sich im nachfolgenden Kapitel.

Die gemeinsame Reflexion des Projektteams führte zur Erkenntnis, dass vor allem fehlende Kommunikation bzw. Vorurteile einen großen Beitrag zum Unsicherheitsempfinden der BewohnerInnen leisten und auch zu objektiven Sicherheitsmängeln führen können. Die folgenden Beispiele untermauern diese Erkenntnis.

Das Kellerabteil der Familie O.: In der Wohnhausanlage besitzt jede Wohnung ein zugehöriges Kellerabteil. Vor Jahren zog eine Familie afrikanischer Herkunft in die Wohnhausanlage ein. Die Wohnung wurde nach einem Todesfall des Vormieters der Familie vom damaligen Hausverwalter übergeben. Innerhalb der kommenden Jahre fiel den übrigen HausbewohnerInnen auf, dass Dinge, die üblicherweise im Keller gelagert werden, bei betreffender Familie vor allem auf dem zur Wohnung gehörenden Balkon abgestellt wur-

den. Nach 5 Jahren, ohne dass je direkt mit den BewohnerInnen der betreffenden Mietwohnung über diesen Missstand gesprochen wurde, meldete der MieterInnenbeirat der Hausverwaltung diesen Sachverhalt. Diese schrieb Familie O. mit der Bitte an, die Dinge ordnungsgemäß im zur Wohnung gehörigen Kellerabteil zu lagern. Daraufhin meldete sich betreffende Familie mit dem Hinweis, nie auf ein zur Wohnung gehöriges Kellerabteil aufmerksam gemacht worden zu sein und ob es denn ein solches gebe. Nach Recherche fand die Hausverwaltung heraus, dass das betreffende Kellerabteil noch immer mit dem Besitz des verstorbenen Vormieters vollgeräumt war. Nach Bekanntwerden dieses Sachverhaltes ließ die Hausverwaltung das Kellerabteil räumen. Jede der im Wohnhaus befindlichen Mietparteien hätte die Familie über das ihnen zur Verfügung stehende Kellerabteil informieren können, niemand hat das getan.

Wasserschaden in der Wohnung: In der Wohnhausanlage kam es in der Wohnung einer aus Afghanistan stammenden Familie plötzlicher zu starker Schimmelbildung. In der Wohnung wohnen 3 Kleinkinder. Die Familie verständigte sofort die Hausverwaltung und diese schickte innerhalb weniger Tage einen Handwerker zur Begutachtung. Dieser machte Fotos und informierte die Familie, dass der Schaden in den kommenden Tagen behoben werden würde. Als nach einigen Wochen immer noch niemand kam, meldete die Familie den Vorfall nach Rücksprache mit einem Mitarbeiter des Friedensbüros und des MieterInnenbeirates noch einmal bei der Hausverwaltung. Die Hausverwaltung schickte wieder jemanden zur Begutachtung. Mit demselben Ergebnis. Nach Rückfrage wurden sprachliche Mängel der Familie als Grund für die noch nicht erfolgte Reparatur des Schadens angegeben. Faktum ist jedoch, dass zumindest zwei Töchter der Familie ausreichend Deutsch sprechen.

Die Angst vor dem Nachbarn: Eine ältere Dame, die schon länger in der Siedlung wohnt, berichtete mehrere Male über eventuell gewalttätige tschetschenische Nachbarn, die sie nachts vor Angst nicht schlafen ließen. Ihre unmittelbare Nachbarin berichtete auf Nachfrage des HASIF Teams auch über die betreffende tschetschenische Familie. Diese würden sie regelmäßig versorgen, wenn sie krank sei, und hätten ihr zu Weihnachten schöne Geschenke gebracht. Unsicher fühle sie sich wegen deren Nachbarschaft überhaupt nicht.

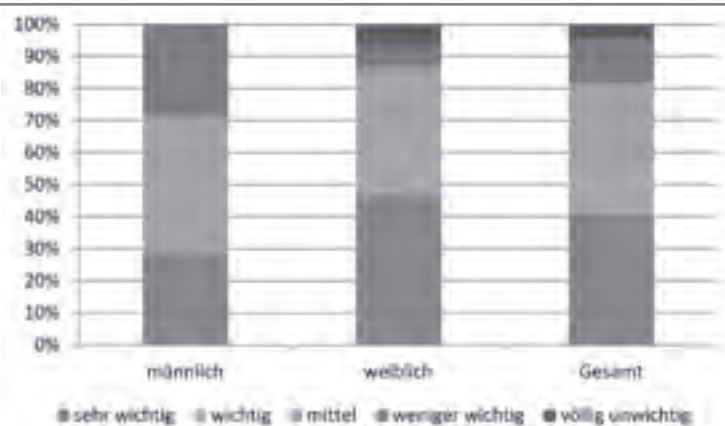
Diese Beispiele unterstreichen die Wichtigkeit einer funktionierenden Kommunikation in der Nachbarschaft als Beitrag zur Verbesserung des subjektiven Sicherheitsempfindens. „Weiche“ Sicherheitsstrategien, die zu intensivierten nachbarschaftlichen Kontakten und zur Übernahme von Verantwortung durch die BewohnerInnen führen, erscheinen unabdingbar für die Veränderung der Sicherheitswahrnehmung.

6.1 Zufriedenheit der BewohnerInnen

Eine telefonische Kurzbefragung³⁶ im Sommer 2011 zeigte eine eher ambivalente Haltung zu den HASIF-Aktivitäten. Vor allem manche „zentrale“ Personen bzw. „MeinungsmacherInnen“ waren eher der Meinung, dass trotz einzelner positiver Erfahrungen „alles eh umsonst ist“ oder „viel Mühe für nichts“ aufgewendet wurde. Andere zeigten sich trotz der noch geringen tatsächlichen Veränderungen angetan von den Versuchen. Die zu diesem Zeitpunkt noch wenigen umgesetzten konkreten Maßnahmen und die vermeintliche Bevorzugung der „AusländerInnen“ galten als die Schwächen, das große Engagement des Teams, das Anliegen, „gemeinsam etwas gegen die schlechte Stimmung zu unternehmen“ und der Versuch, Spannungen zu verringern und Brücken zwischen den einzelnen Gruppen zu bauen, als Stärken.

Anfang 2012, nach der erfolgreichen Installierung eines MieterInnenbeirats, einigen gelungenen Aktivitäten (z.B. der Erfolg mit der Fußballmannschaft), aber noch vor der Vorstellung der Planung für die Spielplatzneugestaltung, ist eine Mehrheit der schriftlich Befragten³⁷ (55%) der Auffassung, dass die Arbeit von HASIF (sehr) wichtig ist und war. Ein Viertel (27%) vergab eine mittlere Beurteilung im Schulnotensystem, ein Fünftel (19%) hält die Arbeit von HASIF für (eher) unwichtig. Frauen, Personen mit höchstens Pflichtschul- oder Lehrabschluss, Einkommensschwächere, die mit ihrem Haushaltseinkommen eher schwer zurecht kommen, sowie Personen im Alter von 25-45 Jahren, in dem Kinderbetreuungspflichten am häufigsten sind, also mitunter die, die am meisten auf die Gegebenheiten in der Siedlung und eventuell auch auf externe Unterstützung bei der Lösung von Problemen angewiesen sind, betonten vermehrt die Notwendigkeit und Wichtigkeit der HASIF-Aktivitäten.³⁸

Grafik 4: Bewertung der Tätigkeit von Hasif



Quelle: Abschlusserhebung in der Siedlung Neue Heimat 2012, IFA Steiermark

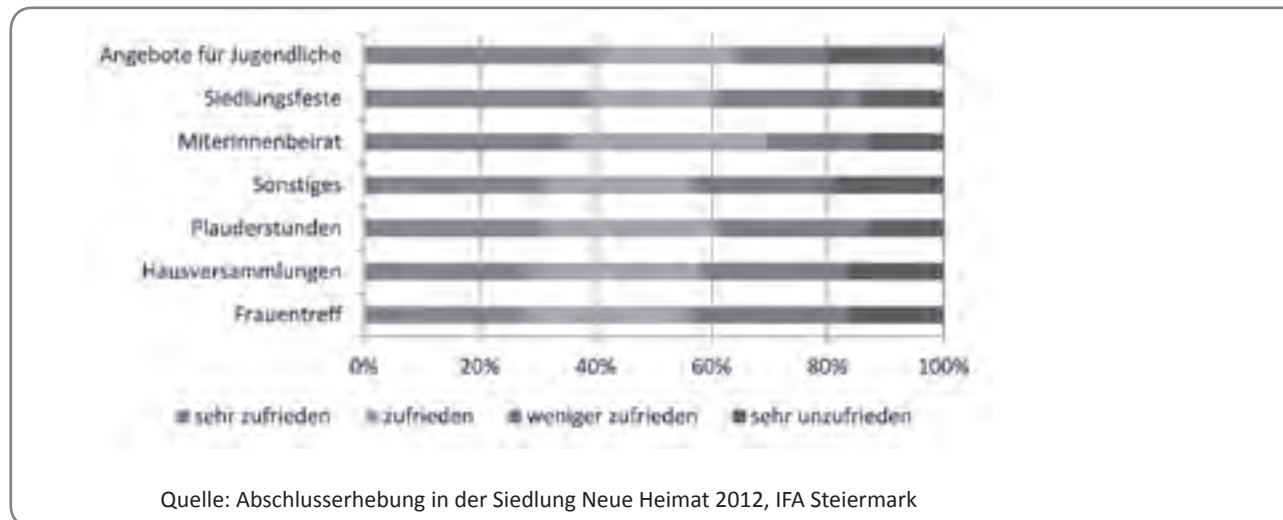
36 Befragt wurden 12 Personen, vor allem solche, die wenig bei HASIF-Aktivitäten teilgenommen haben.

37 An alle 127 Haushalte wurde ein zweiseitiger Fragebogen verteilt, 36 in unterschiedlicher Qualität ausgefüllte Fragebögen kamen zurück, was einer Quote von 28% entspricht.

38 Allerdings sind solche Zusammenhänge aufgrund der geringen Stichprobe mit Vorsicht zu interpretieren, sie entsprechen aber allgemeinen Befunden. Sehr wenig beteiligten sich die BewohnerInnen der Laudongasse 16 bzw. der Starhembergsgasse 13.

Am zufriedensten waren die Befragten, zieht man die Antworten „sehr zufrieden“ und „zufrieden“ zusammen, mit dem neu installierten MieterInnenbeirat (70%) sowie den Angeboten für Jugendliche (66%). Aber auch die Siedlungsfeste, die „Plauderstunden“, die Hausversammlungen und der „Frauentreff“ stießen bei rund 60% auf hohe Akzeptanz.

Grafik 5: Zufriedenheit mit unterschiedlichen Hasif-Aktivitäten

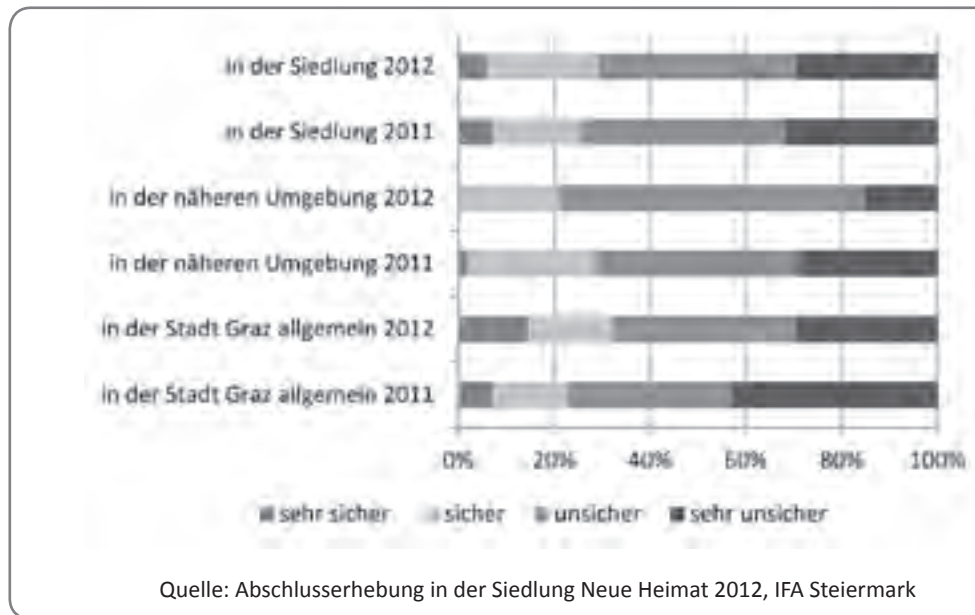


Bei der Frage nach konkreten Veränderungen – sowohl zugeschriebenen Verbesserungen als auch Verschlechterungen im Gefolge der HASIF-Aktivitäten – wird klar, dass vor allem auf der kommunikativen „Ebene des Miteinander“ Erfolge erzielt werden konnten. Über die Hälfte (54%) sah Verbesserungen in der „Freundlichkeit und Rücksichtnahme (z.B. beim Grüßen)“, knapp weniger (47%) beim „Zusammenleben und Kontakt in der Siedlung“. Für jeweils knapp vier Zehntel hat sich die „allgemeine Lebensqualität und das Wohlfühlen“ (40%), die „Sauberkeit in der Anlage“ (39%), die „Einhaltung der Hausordnung“ bzw. der „Zustand der öffentlichen Räume – Gänge, Lift, Waschküche, Keller“ (je 38%) verbessert. Ca. 35% der Befragten sehen Verbesserungen beim „Kontakt zur Hausverwaltung“, der „Qualität der Nachbarschaft“ und den „Gemeinschaftsaktivitäten“. Am wenigsten getan hat sich aus der Perspektive der BewohnerInnen in Hinblick auf „Spielplätze und Sportmöglichkeiten“ (allerdings war da der Planungsprozess noch nicht abgeschlossen) und die „Mülltrennung und Verunreinigungen“ (je 24%) sowie bei den „Begegnungsplätzen“ und der „Sicherheit“ (je 19%). Die durchaus auch ambivalente Beurteilung zeigt sich daran, dass 50% sogar überzeugt waren, dass sich die Situation bei der „Mülltrennung und Verunreinigung“ verschlechtert habe. An die 40% gingen von Verschlechterungen bei der „Einhaltung der Hausordnung“ (44%), den „Gemeinschaftsaktivitäten“ (42%) und der „Sicherheit“ (42%), je ein Drittel beim „Zustand der öffentlichen Räume“ und der „Sauberkeit der Anlage“ aus.



Quelle: Abschlusserhebung in der Siedlung Neue Heimat 2012, IFA Steiermark

Die Verbesserung der subjektiven Sicherheitswahrnehmung und der objektiven Sicherheitslage war ein wichtiges Ziel des Projekts. Das Unsicherheitsgefühl im öffentlichen Raum in der Siedlung bzw. in der Wohnumgebung in der Nacht nach dem sogenannten Standardindikator hat sich zwischen der ersten und zweiten Erhebung etwas verändert, allerdings ist darauf hinzuweisen, dass die geringe Zahl der Antwortenden keinerlei repräsentative Aussagen erlaubt. Tendenziell aber zeigt sich, dass sich das Sicherheitsgefühl in der Siedlung direkt etwas verbessert hat – 30% gegenüber 26% fühlen sich sicher. In der näheren Umgebung ist das Sicherheitsgefühl hingegen gesunken: Hier fühlen sich Anfang 2012 nur 21% sicher, gegenüber 29% bei der Befragung vor ca. einem Jahr. VertreterInnen des Wohnungsamtes, der Genossenschaft aber auch der Polizei führen das darauf zurück, dass die Sicherheitswahrnehmung allgemein steige, sobald sich die Kommunikation zwischen den BewohnerInnen verbessere, eine Ansprechstelle für Konflikte vorhanden sei und direkte Kontakte zu Menschen, die vorher eher Angst ausgelöst haben, eine Neueinschätzung bewirkten.



Aus den Rückmeldungen der Befragten ergaben sich auch weitere Anregungen für eine weitere Verbesserung der Kommunikation und damit auch der Sicherheitswahrnehmung. Dazu zählen vor allem ein offensives und aktives Eingehen auf Konfliktpunkte bei den Hausversammlungen und Aussendungen, die Betonung der Wichtigkeit von Respekt und Wertschätzung sowie eine verstärkte Bemühung um die Einhaltung der Hausordnung, insbesondere auch der Ruhezeiten sowie der Einweisung in Pflichten und Rechte. Dem Abbau von Gerüchten würde auch eine höhere Transparenz bezüglich gewisser Regelungen und Vorgangsweisen unter anderem durch Zahlen und Fakten durch das Wohnungsamt und die Genossenschaft dienen, z.B.: Wie werden Wohnungen vergeben? Wer hat das Zuweisungsrecht? Nach welchen Vorgaben? Was ist der Unterschied zwischen Genossenschaftswohnungen im Übertragungsbau und einer Gemeindewohnung? Wer zahlt was (Transparenz über Betriebskosten, Mieten und Mietbeihilfen)? Kriegen AusländerInnen alles geschenkt?³⁹ Insgesamt wurde betont, dass Möglichkeiten, miteinander etwas zu „*tun, anstatt immer alles nur zu bereden*“, ausgebaut werden sollten.

6.2 Die Sicht der Wohnbaugenossenschaft

In der Wohnungswirtschaft wird die Frage eines sozialen Managements durch Siedlungsbetreuung, Mediation etc. vor dem Hintergrund von „sozialen Fehlentwicklungen“ intensiv diskutiert. Dabei reicht das Spektrum von der Kritik einer „stillschweigenden Delegation“ staatlicher Aufgaben an die Wohnungswirtschaft ohne ausreichenden finanziellen Ausgleich bis hin zu den positiven Folgen einer solchen „Serviceleistung“ als ständige Aufgabe in der Tagesarbeit für das Image, die Vermietbarkeit und die Wirtschaftlichkeit als Teil einer Unternehmensstrategie.⁴⁰ Für Wohnbauträger stellt sich zusehends die Frage, inwieweit

³⁹ Einem Abbau von Feindbildern bzw. der Verhinderung von Mythen könnte auch das Vorstellen der individuellen Lebensgeschichten (z.B. eine ausländische und eine österreichische Biografie) bei Treffen dienlich sein, ebenso wie das Hinterfragen der Begrifflichkeit „*die unsrigen*“ und „*die anderen*“. Solche Maßnahmen könnten auch als Form von „politischer Bildung“ betrachtet werden, welche Gerüchten und Unterstellungen mit Fakten und Gesetzeslagen begegnet.

⁴⁰ Vgl. dazu etwa: Soziales Management – wichtig in der Tagesarbeit aller Leistungsbereiche. In: Die Wohnungswirtschaft 6/2004, Bosau: Harmoniaverlag, S. 44-46.

sie Wohnungen bzw. Wohnraum nur verwalten oder auch für das möglichst friktionsfreie Zusammenleben in Siedlungen verantwortlich sind. In den Gemeindewohnungen ist eine gewisse Siedlungsbetreuung allein durch das Wohnungsamt bzw. die „Verwalter“ gegeben, in den Übertragungswohnbauten gibt es einige wenige Ansätze wie etwa Mediationsangebote.

Soziale Kosten (dazu zählen erhöhter Verwaltungs- und Instandhaltungsaufwand, Gerichts- und Verfahrenskosten, Erlösschmälerungen etc.) gelten nach diversen Erfahrungen als zweitwichtigste Kostenposition nach dem Kapitaldienst und werden auf bis zu 10% der Mieterlöse geschätzt. Ein soziales Management habe Effekte wie die Attraktivitätssteigerung des Wohngebiets, die Verbesserung der MieterInnenstruktur, des Gebiets- und Unternehmensimages, die Senkung der Fluktuation bzw. des Leerstands oder weniger Mietrückstände zur Folge. Ein „kundenorientiertes“ Quartiersmanagement fungiere teilweise auch als Frühwarnsystem und könne helfen, Kündigungen und Mietschulden zu verhindern, Konflikte rechtzeitig zu lösen und zusätzliche Dienste zu organisieren (Wohnungsanpassungsberatung, Schuldnerberatung, diverse wohnbegleitende Dienstleistungen). Letztendlich könne damit auch eine stärkere Einbindung und damit eine erhöhte Verantwortungsübernahme der BewohnerInnen erreicht werden. Wichtig seien aber die Beachtung allgemeiner sozialpolitischer und gesellschaftlicher Rahmenbedingungen und die Kooperation mit zuständigen Institutionen wie dem Wohnungsamt und (im speziellen Grazer Fall) den Sozialraumeinrichtungen.

Die Wohnungswirtschaft sei auch in Hinsicht auf die wachsende Bedeutung des Wohnens bzw. des Wohnumfelds für eine gelungene Integration gefordert, vor allem wenn Schule und Beruf diesbezüglich versagten, blieben als „Integrationsorte nur noch Wohnung, Wohnumgebung und soziale Infrastruktur.“⁴¹ Vor allem mit der Öffnung der Gemeindewohnungen verstärkte sich die Integrationsproblematik, da Zugewanderte häufig zu den sozial schwächeren Gruppen zählen und aus unterschiedlichen Gründen über einen sonst eher begrenzten Wohnungsmarkt mit oft unterdurchschnittlichen Wohnungsstandards verfügen. Durch das Aufeinandertreffen sozial und ökonomisch marginalisierter Gruppen, die sich zusätzlich ethnisch unterscheiden, kommt es in betroffenen Siedlungen oft noch zusätzlich zu einer Ethnisierung sozialer und ökonomischer Probleme und zu „überforderten Nachbarschaften“). Strategische Fragen diesbezüglich betreffen Belegungsstrategien, die Bedeutung öffentlicher Räume in „Problemsiedlungen“, Muster der sozialen und ethnischen Segregation und Möglichkeiten einer gelingenden Integration. Als erforderlich werden Gesamtkonzepte erachtet, die ausgehend von einer empirischen Analyse von BewohnerInnen, Lebenslagen und Siedlungskennzahlen (Haushaltsstruktur, Leerstand, Fluktuation und Kündigungsgründe, Forderungen und fristlose Kündigungen) Ziele und Umsetzungsstrategie inklusive der Kooperation mit Kommunen, Sozialeinrichtungen, Beschäftigungsprojekten, Schulen, Polizei etc.⁴² enthalten.

41 Vgl. dazu: Zuwanderer in der Stadt: Was können Unternehmen und Kommunen für die Integration tun? In: Die Wohnungswirtschaft 6/2004, S. 44-46.

42 Vgl. Volker Eichener, Martin Schauerte unter Mitarbeit von Conny Gehrke, Tanja Heidenfelder, Ingrid Remmers: Sozialarbeit von Wohnungsunternehmen – Arbeitsblätter 2. Sozialarbeit in der bayerischen Wohnungswirtschaft. Neue Herausforderungen für die Wohnungsunternehmen im Zuge des sozialen und demographischen Wandels. Erstellt von InWIS - Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung an der Ruhr-Universität Bochum. München: Peschke 1999, S. 69 ff.

Im konkreten Fall hat sich die Wohnungsgenossenschaft während des Projekts „*verstärkt zurückgenommen*“ und der externen Initiative den Vortritt gelassen. Die erste Erwartung war, dass HASIF das Ziel verfolge, einen MieterInnenbeirat als Bindeglied zwischen den BewohnerInnen und der Genossenschaft aufzubauen. Das „Herausfiltern“ von engagierten BewohnerInnen, die sich für die „*aussterbende*“ und „*undankbare*“ Funktion eines „*Hausprechers*“ und ähnlichem zur Verfügung stellten, werde immer schwieriger, auch weil durch eine exponierte Haltung Schwierigkeiten entstehen könnten und Repressalien befürchtet würden. Oft seien von Seite der BewohnerInnen auch unrealistische Erwartungen und Veränderungswünsche vorhanden, die kaum erfüllt werden könnten. Wollte eine Hausverwaltung dieses Bindeglied eines MieterInnenbeirats oder von HausprecherInnen erfolgreich installieren, sei es nötig, diese Ämter zumindest mit Vertrauen, Wertschätzung und Rückendeckung seitens der Genossenschaft „*aufzuwerten*“ und ihnen anfangs neben einer „*sichtbaren und gelebten Wertschätzung*“ eine „*umsichtige rechtliche, technisch-organisatorische und auch kaufmännische Begleitung*“ zukommen zu lassen. Damit könnten auch immer wieder auftauchende, für die Hausverwaltung zeitintensive Konflikte rechtzeitig gelöst oder auch präventiv vermieden werden. Die Wohnungsgenossenschaft hat während der HASIF-Laufzeit zusätzlich zur Unterstützung des gegenständlichen Projekts auch eine eigene Siedlungsbetreuung in einer Wohnanlage in Graz Eggenberg erprobt. Vermutet werden kann, dass die HASIF-Aktivitäten einen Impuls für dieses Vorhaben darstellten. Darüberhinaus wird auch eine Mediatorin eingesetzt, die zwischen Streitparteien zu vermitteln versuche.

Der Ablauf des Projekts wird seitens der Hausverwaltung als zufriedenstellend betrachtet, lediglich die erste Orientierungsphase, um „*die Häuser und Menschen kennen zu lernen*“, wurde als zu intensiv und „*vielleicht etwas zu langwierig*“ erlebt. Die Nähe, die schlussendlich erreicht wurde, sei nicht immer nur von Vorteil, unter Umständen hätte das Projektteam als „*Vertreter der Stadt Graz etwas straighter und distanzierter*“ sein müssen. Damit klingt vor allem Kritik an der Parteilichkeit, die in der Gemeinwesenarbeit oft erforderlich ist, durch.

Im Wesentlichen wird aber auf positive Erfahrungen verwiesen, teilweise auch durch (unbewusst) provokante Interventionen ausgelöst, wie z.B. der Ventilierung der Idee eines Grillplatzes, was viele BewohnerInnen erst „*aufgeweckt*“ und eine höhere Partizipation bewirkt habe. Erfolge aus Sicht der Hausverwaltung sind vor allem die Aktivitäten mit Jugendlichen, dadurch sei auch der Vandalismus etwas weniger geworden. Zweifelhaft sei es aber, die im letzten Jahr äußerst geringe Fluktuation auf HASIF zurück zu führen. Weiter ungelöst ist aus Sicht der Wohnungsgenossenschaft das Müllproblem, von den BewohnerInnen nahm immerhin ein Viertel eine Verbesserung wahr, über die Hälfte aber auch eine Verschlechterung.

Zukünftig wird es als wichtig erachtet, dass der MieterInnenbeirat verstärkt Maßnahmen umsetze und diese Erfolge auch verkaufen und so das Gremium in den Augen der BewohnerInnen aufzuwerten. Das noch „*schwache, windgefährdete Bauwerk Beirat*“ solle noch zumindest ein weiteres Jahr begleitet werden und zumindest für bestimmte Anliegen „*erreichbar bleiben*“.⁴³ Für die weitere Kooperation wünscht sich die Hausverwaltung

⁴³ Nach einem weiteren Jahr sollte neuerlich überprüft werden, ob das „Kind“ selbständig und auch unabhängiger vom Verwalter agieren könne.

eine frühzeitige Information bzw. Einladung zu Hausversammlungen und Beiratsterminen sowie eine striktere Tagesordnung, es soll nicht immer *„alles, sondern spezifische Themen besprochen werden und kein ewiger allgemeiner Meinungs austausch sein.“*

6.2.1 Fluktuation und Leerstände

Wie die Hausverwaltung, die die Fluktuationsdaten zur Verfügung gestellt hat, betont, ist die Aussagekraft der Daten beschränkt. *„Natürliche“* Ein- und Ausstiege aus unterschiedlichen Gründen – Alterung, Auszug wegen Veränderungen im Haushalt bzw. in der Familie, berufs- und lebensphasenbedingte Wechsel des Wohnortes – können statistisch von Wohnungswechseln aufgrund einer Unzufriedenheit mit der Lebensqualität und Konflikten in der Wohnumgebung nicht unterschieden werden. Kündigungsgründe müssen gegenüber der Genossenschaft oder auch dem Wohnungsamt nicht angegeben werden, daher sind sie in den allermeisten Fällen auch nicht bekannt.⁴⁴ Aus Sicht des Wohnungsamtes existieren einige *„klassische“* Kündigungsgründe, vor allem, dass eine den eigenen Bedürfnissen entsprechende Wohnung gefunden wird, oder z.B. wenn die Familie größer oder kleiner wird oder bestimmte Umstände dazu führen, dass auch eine teurere Wohnversorgung möglich ist. Das finanzielle Argument, jemand fände eine günstigere Wohnung, sei aber vor allem bei *„klassischen“* Gemeindewohnungen kaum vorstellbar – weil die Wohnungen vergleichsweise günstig sind und bei Bedarf auch Wohnbeihilfen und Mietzuzahlungen möglich sind.⁴⁵ Konflikte in der Nachbarschaft seien hingegen eher selten direkte Auslöser von Kündigungen.

Aber auch externe Faktoren wie die Wohnbeihilfereform im Jahr 2005, die Öffnung der Gemeindebauten für gewisse Gruppen von MigrantInnen im Jahr 2006 oder die umfangreiche thermische Sanierung im Jahr 2007 können sich auswirken, vor allem wenn damit Nettoverteuerungen für einkommensschwache Haushalte verbunden sind.

In der Siedlung lassen sich sowohl die natürliche als auch die durch externe Faktoren bedingte Fluktuation nachvollziehen. So kam es im 10. Jahr des Bestands der Siedlung (1985) zu den ersten Wohnungswechseln, in den darauf folgenden *„Fünfjahreskohorten“* – sieht man von Zeitraum 1990 bis 1994 mit 18 Wohnungswechseln ab - stieg die Zahl der Wechsel beständig: von 27 in den Jahren 1985 bis 1989 auf 56 Wechsel in den Jahren 2005 bis 2009 bei insgesamt 127 Wohnungen. Vieles deutet darauf hin, dass für diese Entwicklung zunächst biografische bzw. lebensphasenbezogene Entwicklungen der *„UrmietlerInnen“* ausschlaggebend waren, und später externe Entwicklungen – z.B. erwähnt die Hausverwaltung in diesem Zusammenhang die Sanierung und den damit verbundenen finanziellen Mehraufwand - zusätzlich die Fluktuation verstärkten.

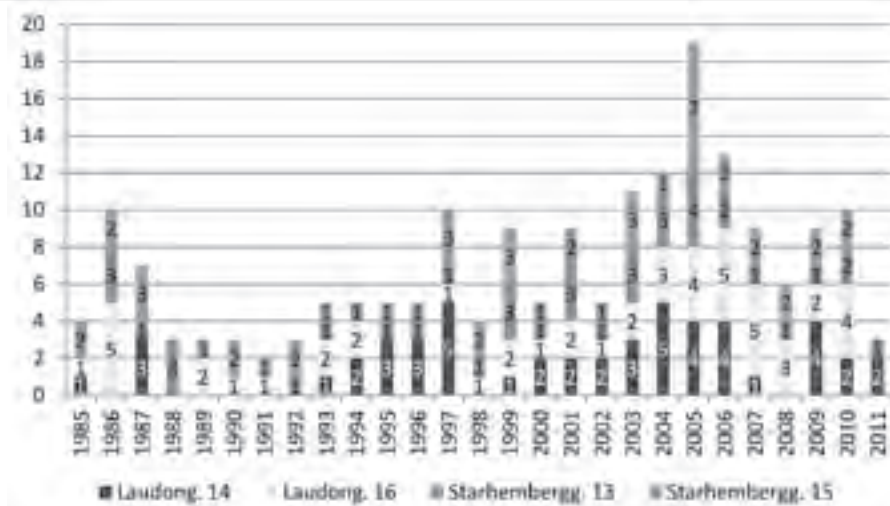
Insgesamt liegen bis Ende 2011 191 Wohnungswechsel vor, mit einer ähnlich hohen Anzahl (rund 50) bei drei Eingängen, und einer etwas geringeren beim vierten (40). Im Jahre

⁴⁴ Auch über den Kündigungsgrund Schulden und der Summe der angewachsenen Schulden (die wieder auf alle MieterInnen umgelegt werden) gibt es keine verfügbaren Aufzeichnungen.

⁴⁵ Mietzinszahlungen seitens der Stadt sind möglich, wenn die Wohnkosten ein Drittel des Einkommens übersteigen. Eine Zuzahlung wird aber nicht gewährt, wenn jemand eine größere (seinen Bedarf übersteigende) oder eine bestimmte Wohnung haben will – in diesem Fall muss die betreffende Person eine Verzichtserklärung unterschreiben.

2005, in dem die Wohnbeihilfe geändert wurde und es für viele zu einer Verschlechterung kam, gab es einen Höchststand von 19 Auszügen. Im Jahr 2006, dem Jahr der Öffnung der Gemeindebauten, waren es 13 Wechsel, im darauffolgenden Jahr, in dem die Siedlung thermisch saniert wurde, 9 Wechsel. Eine gewisse Beruhigung war im Jahr 2008 zu sehen, 2009 und 2010 stieg die Fluktuation wieder an, 2011 – dem Jahr, in dem die HASIF-Aktivitäten ganzjährig im Laufen waren – sank die Zahl der Wechsel auf 3 ab. Diese niedrige Anzahl war vorher das letzte Mal im Jahr 1992 gegeben. In den ersten beiden Monaten 2012 wurde bislang ein Mietverhältnis aufgelöst. Bis zu welchem Grad HASIF dazu beigetragen hat, ist schwer zu beantworten – eventuell ist die Zahl der umsiedlungswilligen MieterInnen durch die vorangegangenen „starken Jahrgänge“ bereits sehr geschrumpft. Von den 14 MieterInnen, die seit 2010 ausgezogen sind, wohnte der Großteil schon fünf Jahre und länger (3 waren „ErstmieterInnen“ aus dem Jahr 1976), lediglich 3 waren erst nach der Öffnung der Gemeindebauten eingezogen. Die reduzierte Fluktuation kann aber auch mit der wirtschaftlichen Entwicklung seit 2009 zu tun haben: In der gesamten Wohnungswirtschaft wurde vermerkt, dass 2010 die Wohnungswechsel deutlich zurückgegangen sind, als Grund wird vermutet, dass in unsicheren und krisenhaften Zeiten weniger Leute ein zusätzliches Risiko einzugehen bereit sind.⁴⁶

Grafik 8: Anzahl der Neueinzüge pro Jahr und Haus



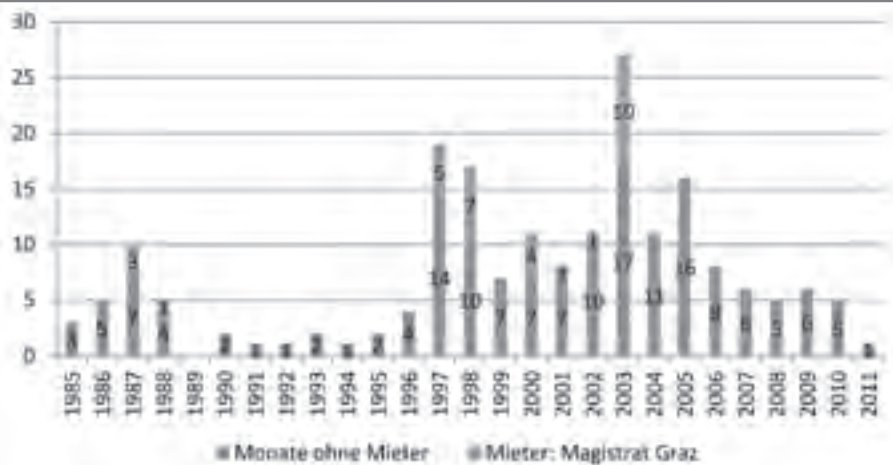
Quelle: Unterlagen Wohnbaugruppe ENH

Für die Wohnungsgesellschaft und auch die Stadt Graz ist eine hohe Fluktuation mit Kosten verbunden. Die ersten drei Monate ohne MieterInnen übernimmt die Wohnungsgenossenschaft, nach drei Monaten kommt das Magistrat als zuweisende Stelle für die Miete leerstehender Wohnungen auf. So hat die Genossenschaft in den bisherigen 36 Jahren 162 Monate ohne Miete registriert, das Magistrat bezahlte weitere 32 Monate Miete, ohne jemanden versorgt zu haben. Zumeist ist in jenen Jahren, in denen die Zahl der Auszüge groß war, auch jene der Leerstandmonate höher, nur ab und zu liegen viele Leerstandmonate bei geringer Fluktuation vor (unter Umständen bedingt durch die Notwendigkeit größerer Sanierungen oder Schwierigkeiten der adäquaten Zuweisung etc.). Seit 2004 allerdings ist

⁴⁶ Vgl. www.vbg.arbeiterkammer.at/online/gemeinnuetziger-wohnbau-63976.html.

kein über drei Monate hinausgehender Leerstand mehr verzeichnet – sei es durch einen größeren Bedarf mit Warteschlangen oder sei es durch eine bessere Zuweisungspolitik insgesamt. Vom Wohnungsamt wurde darauf verwiesen, dass sich die Nachfrage nach den meist kostengünstigen Gemeindewohnungen (in Gemeinde- und Übertragungsbauten) in den letzten Jahren deutlich gesteigert habe, auch in Zusammenhang mit dem Zugang für gewisse Gruppen von Nicht-EU-BürgerInnen im Jahre 2006. Derzeit stünden bis zu 1800 Nachfragende auf der Warteliste den durchschnittlich 10 bis 15 zu vergebenden 15 Wohnungen gegenüber. Vor ca. 10 Jahren habe die Zahl der Nachfragenden noch bei zwischen 500 und 700 gelegen. Das habe auch damit zu tun, dass die Fluktuation in wirtschaftlich schärferen Situationen geringer werde, da Gemeindewohnungen unbefristet vergeben werden und meist günstiger sind, zugleich die Kommune auch als „seriöser Vermieter“ betrachtet werde.

Grafik 9: Monate ohne Mieter bzw. mit dem „Mieter“ Stadt Graz



Quelle: Unterlagen Wohnbaugruppe ENH

In Zusammenhang mit der Wohnungsgröße fällt auf, dass die Fluktuation vor allem in den großen Wohnungen (über 100 m²) und kleinen Wohnungen (an die 40 m²) höher ist, was mit sich verkleinernden oder vergrößernden Familien zusammenhängen dürfte.⁴⁷

6.2.2 Konfliktfelder, Beschwerden und Problemmanagement

Konflikte und Nachbarschaftsprobleme sind in größeren Siedlungen beinahe unausbleiblich und bedeuten für Hausverwaltungen, auch wenn sie nicht gleich die Fluktuation und Leerstände erhöhen, einen zusätzlichen oft zeitintensiven Aufwand. Für BewohnerInnen

47 Wohnungen in der Größe zwischen 65 und 84 m² sind häufiger noch von ErstmieterInnen aus dem Jahr 1976 belegt, von den insgesamt 29 großen Wohnungen hingegen nur eine und von den neun kleinen keine einzige. Unterschiede der Fluktuation in Hinsicht auf das Wohngeschoss, z.B. dass höher gelegene Wohnungen eine geringere Fluktuation aufwiesen, lassen sich nicht belegen. Auch ein Einfluss der Nachbarschaft auf die Fluktuation in einzelnen Häusern lässt sich kaum nachvollziehen, anzunehmen ist allerdings, dass partiell funktionierende Nachbarschaften, liegt sonst kein Grund für einen Wechsel vor, ein allgemein negatives Siedlungsklima etwas ausgleichen können. Der Anteil der Wohnungen, die noch von den ErstmieterInnen bewohnt werden, variiert zwar zwischen 10% und 27% pro Haus, die Zahl der durchschnittlichen Einzüge pro Wohnung und Haus unterscheidet sich aber wenig. Durchschnittlich wurde jede Wohnung 3,2 Mal bezogen.

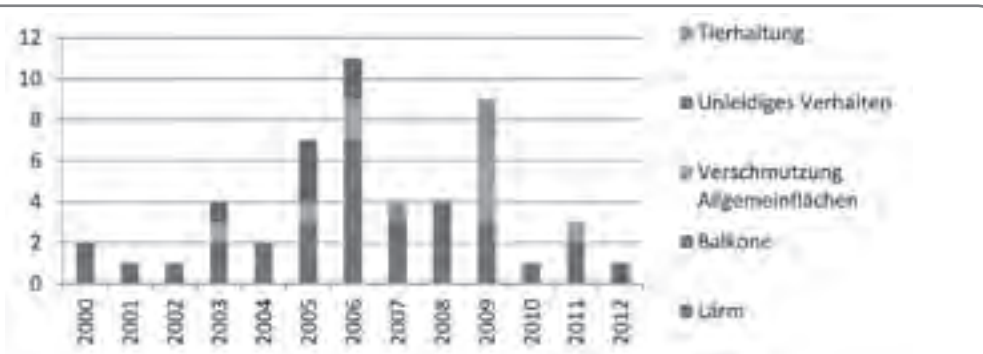
sinken die Lebens- und die Wohnqualität, die Unzufriedenheit steigt und die Anzahl der Beschwerden nimmt zu. Das macht oft aufwändige Aushandlungsprozesse notwendig, vor allem dann, wenn Konfliktlösungen zunächst auf die lange Bank geschoben werden und gehofft wird, dass sich die Probleme von selbst lösen. Das ist aber selten der Fall, weswegen in Graz verschiedene Arten der professionellen Konfliktregelung eingesetzt werden wie zum Beispiel u.a. durch das Nachbarschaftsservice des Friedensbüro, ein Siedlungszentrum im Projekt Gesunder Gries oder eine Mediation zwischen den Streitparteien bei Bedarf in Gemeindewohnungen.

Das Konfliktmanagement erfordert von den Wohnbauträgern Ressourcen, für die HausverwalterInnen bedeute das eine zusätzliche Aufgabe, die oft auf die „*Substanz gehe*“ und auch „*viele Ausfälle*“ produziere. Daher könne eine Hausverwaltung von extern finanzierten Projekten nur profitieren, wie das bei HASIF der Fall sei. Insgesamt sei damit das Problemmanagement für die Hausverwaltung einfacher geworden. Beschwerden und Anrufe würden nun zum Beirat „*umgeleitet*“, Lösungen würden vor Ort gefunden, die Verwaltung könne sich bei Streitereien raushalten, inhaltlich bestünden aber noch immer dieselben Probleme. Die Anrufe und auch die schriftlichen Eingaben seien etwas weniger geworden. Dies wird als Auswirkung dessen interpretiert, dass „*Türen zwischen den Menschen geöffnet*“ werden konnten und Menschen miteinander in Kontakt kamen, wo vorher vorwiegend Distanz oder Ablehnung existierte. Zu den wesentlichen Aufgaben von Siedlungsbetreuung, um eine negative nachbarschaftliche Dynamik zu unterbrechen, gehöre es, sich den Klagen zu stellen, sich mit ihnen auseinander zu setzen, neue Sichtweisen einzubringen und andere Bilder entgegen zu stellen.

Die bei der Genossenschaft eingelangten schriftlichen Beschwerden belegen einen leichten Rückgang der schriftlichen Beschwerdefälle seit Beginn der HASIF-Aktivitäten im Jahr 2010 nach „beschwerdereichen“ Jahren zwischen 2005 und 2009. Allerdings werden nur die schriftlichen Beschwerden von der Hausverwaltung als Fälle dokumentiert, die Zahl der mündlichen Beschwerden ist deutlich höher. Anonyme Beschwerden werden nicht erfasst. Die meisten Beschwerden seit dem Jahr 2000 entfielen auf Lärm (25 Fälle), danach folgten Beschwerden wegen Verschmutzung (9 Fälle), „unleidigem Verhalten“⁴⁸ (7 Fälle), die „falsche“ Benutzung der Balkone z.B. zum Teppichwaschen (5 Fälle) oder auf störende Tierhaltung (3 Fälle).⁴⁹ Über die Anzahl gelungener und gescheiterter Schlichtungsversuche sind keine Informationen verfügbar.

48 Unleidiges Verhalten als Zeichen mangelnder Rücksichtnahme sei auch ein Kündigungsgrund. Als solcher sei er aber nur „*durchzubringen*“, wenn mehr als ein Nachbar vor Gericht als Zeuge aussagt.

49 Zwischen den einzelnen Häusern gibt es kaum nennenswerte Unterschiede in Hinsicht auf eingebrachte Beschwerden, weder, was die Zahl, noch was die Inhalte betrifft, sieht man von der Konzentration von Beschwerden betreffend Balkonnutzung und unleidigem Verhalten in einem Haus ab.



Quelle: Unterlagen Wohnbaugruppe ENH

6.2.3 Betriebskosten - Kosten für Vandalismus

Die Betriebskosten eignen sich nur bedingt dazu, über Vandalismus und Sachbeschädigungen Aussagen treffen zu können, vor allem deswegen, da es bei Reparaturen und Instandhaltungen keine Aufzeichnungen darüber gibt, ob der Schaden durch Abnutzung oder Vandalismus zustande gekommen ist. Zwar gibt es eine sehr detaillierte Auflistung einzelner Kosten, aber keine Hinweise darauf, ob etwa das Ausmalen eines Hauses auf eine normale Abnutzung oder auf Graffiti zurückgeht oder ob die Reparatur einer Eingangstür notwendig war, weil sie sich verzogen oder weil sie eingetreten wurde. Auch für beispielsweise notwendige Aufzugswartungen ist der Grund dafür in den Unterlagen nicht ersichtlich. Ein weiteres Problem ist es, dass manche Arbeiten den Betriebskosten angelastet werden, andere aus dem Instandhaltungstopf bezahlt werden.

Als Kostenpositionen bei den Betriebskosten, die auf zusätzliche, nicht unbedingt notwendige Ausgaben hinweisen, gelten die „Sondermüllgebühren“ (zusätzlich zu den normalen Tarifen etwa für Extraabholungen von Rest- oder Sperrmüll etc.) und die Kosten der „Brauchbarmachung“ von Wohnungen. Bei den Sondermüllgebühren gibt es im Zeitraum von 2005 bis 2010 (die endgültige Abrechnung für 2011 liegt noch nicht vor) zwar beträchtliche Schwankungen mit einem Minimum von 720 Euro im Jahr 2007 und einem Maximum von 2070 Euro im Jahr 2008 (umgelegt auf die 127 Wohnungen bedeutet das im Schnitt ca. 16 Euro zusätzliche Ausgaben im Jahr), die Anzahl der Leerungen und die Größe der Tonnen waren im Vergleichszeitraum seit 2005 aber eher konstant.

Auch bei den Kosten für die „Brauchbarmachung“ gibt es nach Auskunft der Genossenschaft viele Unschärfen. Die Zuordnung hängt einerseits von den verfügbaren Töpfen (z.B. über die Erhaltungs- und Verbesserungsbeiträge) ab, andererseits bestimmen diese auch, ob eine Wohnung eher notdürftig auf einen für eine erfolgreiche Vermietung notwendigen oder auf einen dem Stand der Zeit entsprechenden Standard gebracht wird. Je nachdem wird eine abgewohnte Wohnung entweder notdürftig repariert (ausgemalt bzw. der Boden abgeschliffen) oder es wird die Gelegenheit genutzt, um beispielsweise eine umfassende Sanierung von den Elektroinstallationen über die Heizung bis zu den Sanitäreinrichtungen vorzunehmen. Auch diesbezüglich differieren die jährlich verbuchten Ausgaben enorm, sie reichen von knapp 34.000 Euro im Jahr 2008 bis zu 105.000 Euro im Jahr 2005.

6.3 Die Sicht weiterer Beteiligten

Auch das Wohnungsamt, das immer wieder mit Beschwerden konfrontiert wurde, bestätigt eine deutliche Reduktion der ihnen zur Kenntnis gebrachten Fälle. *„Die Zahl der Anrufe bzw. Beschwerden ist eindeutig zurückgegangen, gefühlsmäßig sicher um die Hälfte, mir ist der letzte Anruf gar nicht in Erinnerung.“* Zurückgeführt wird das darauf, dass nunmehr Probleme direkt bei den GemeinwesenarbeiterInnen eingebracht würden und BewohnerInnen angeregt würden, diese gemeinsam zu lösen. Angenommen wird, dass Lösungen auch vor Ort gefunden wurden, ansonsten wären HausbewohnerInnen *„unweigerlich wieder im Amt vorstellig geworden.“* HASIF habe als „Blitzableiter“ fungiert und für manche Konflikte Lösungen gefunden bzw. das Verständnis für manche „Aufreger“ (z.B. waren Beschwerden wegen Kinderlärm oder wegen der hohen Anzahl an zugewiesenen MigrantInnen im Wohnungsamt häufig) erhöht. Durch HASIF sei die Notwendigkeit einer Siedlungsbetreuung deutlicher geworden, ebenso sei bemerkbar, dass sich viele Leute sicherer fühlten, sobald eine entsprechende nachbarschaftliche Kommunikation hergestellt sei.

Auch im Bezirksrat Lend wird berichtet, wie der Vorsitzende vermerkt, dass die Beschwerden deutlich nachgelassen haben. Mit der Siedlungsbetreuung seien *„Ansprechpartner direkt vor Ort“*, die sich um Konflikte und *„Problemchen, die sich zu Konflikten auswachsen, wenn sie nicht gehört werden“* kümmern und auch in vielen Fällen einer Lösung zuführen. Allein, dass *„Menschen ins Reden kommen“*, führe dazu, dass weniger Streitpunkte entstehen bzw. solche schon im Ansatz verhindert werden.

Der MieterInnenbeirat sei ein Schritt in Richtung Selbstverwaltung, allerdings müsse diese noch ein *„Stück begleitet werden“*, ein Abbruch, wie bei anderen Projekten, gefährde die erwünschte Nachhaltigkeit. Im Falle der Siedlung mit verhärteten Fronten wären *„Impulse durch Außenstehende“* unbedingt notwendig gewesen. Die Politik könne in solchen Fällen Rahmenbedingungen schaffen und bei Bedarf auch Hilfestellung leisten, dazu sei es aber auch notwendig, rechtzeitig eingebunden und informiert zu werden (z.B. bei Aktivitäten im Sozialraum wie einem neuen Jugendtreff in der Nähe der Siedlung).

Die Vertreterin einer Sozialeinrichtung in der Nähe der Siedlung betont die Notwendigkeit von Gemeinwesenarbeit in konfliktträchtigen Siedlungen und ihre Potentiale. Das erfordere aber sehr viel Engagement und Einsatz wie bei HASIF. Nur dadurch sei es möglich gewesen, in der *„relativ kurzen Zeit so viel auf die Beine zu stellen“* – von den einzelnen Aktivitäten in der Siedlung bis hin zur *„Präsenz im Sozialraum“* und dem aktiv betriebenen Austausch mit anderen Einrichtungen. Partizipation bedeute *„unglaublich viel Arbeit“*. Das Bewusstmachen der eigenen Verantwortung für das Wohnumfeld und die Nachbarschaft und die Erhöhung des Verständnisses für die Lebenssituation anderer sei letztendlich aber der *„einzige Weg“*, um zugleich die Lebensqualität und die Sicherheitswahrnehmung nachhaltig zu verbessern.

Die zuständige Polizeiinspektion ist aus ihrer Sicht *„zu weit weg“* vom unmittelbaren Geschehen, um konkrete Auswirkungen erkennen zu können. Aus vergleichbaren Projekten im In- und Ausland haben aber Betreuungsansätze mit entsprechend Zeit und Geduld, um die Kommunikation in Siedlungen zu verbessern, eindeutig positive Auswirkungen auf das Zusammenleben, Konflikte nehmen ab, die gegenseitige Unterstützung wachse. Damit

verbessere sich auch die Sicherheitswahrnehmung. Allerdings sei es notwendig, solche Initiativen über eine bestimmte Dauer zu verfolgen, da vor allem in problematischen Gebieten die Bereitschaft zu einer funktionierenden Nachbarschaft nur mühsam hergestellt werden könne. Aus der polizeilichen Statistik ist die Siedlung bzw. die Wohnumgebung in Bezug auf Straffälligkeit nicht auffällig (Daten über die Entwicklung der Anzeigen in der Siedlung direkt stehen nicht zur Verfügung). Wenn die Polizei gerufen werde, sei das oft wegen „*zwischenmenschlicher Probleme*“ (besonders in den Übergangswohnungen der Stadt Graz), zumeist sei die Polizei weder kompetent noch zuständig für die Konfliktlösung. Beim Einschreiten der Polizei seien allerdings „*kleine Sticheleien, Reibereien, Respektlosigkeiten gegenüber der Polizei*“ besonders unter den Jugendlichen an der Tagesordnung, dies sei auch schwer zu verändern, solange die Polizei „*nur für die Repression, aber nicht für die Prävention*“ (z.B. als Partner im Sozialraum mit bestimmten Aufgaben) wahrgenommen werde und auch in Erscheinung trete (z.B. bei den Treffen der Sozialraumpartner oder mit persönlich bekannten Kontaktpersonen für bestimmte Siedlungen).

7 ABLEITUNGEN

7.1 Handlungsforschungsansatz

Im Sicherheitsforschungsprojekt „Handlungsorientierte Sicherheitsforschung“ (HASIF) wurde im Zusammenwirken der beteiligten Organisationen ein Handlungs- und Aktionsforschungsansatz verfolgt, um basierend auf einem weiten Sicherheitsbegriff das Verhältnis von subjektivem Sicherheitsgefühl zu Fragen der Lebensqualität in der Siedlung und im Wohnumfeld auszuloten und konkrete Empfehlungen für die Planung von Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheitssituation im kommunalen Bereich zu erhalten. Intention war es, die Identifizierung von Problemen und Lösungsansätzen bei den Betroffenen selbst zu fördern und Eigeninitiative und Mitbeteiligung anzuregen.

Die Basis für die Entwicklung gezielter Präventionsmaßnahmen vor Ort bildete eine Bestandsaufnahme auf lokaler Ebene, zu der BewohnerInnen und ExpertInnen mit unterschiedlichen Funktionen aus unterschiedlichen Fach- und Politikbereichen, die in der Siedlung zu tun haben, einbezogen wurden.⁵⁰ Im Fokus der Analyse standen jene Aspekte in der konkreten Wohnumgebung, welche die Lebensqualität und das Sicherheitsempfinden prägen können. Im Unterschied zu vielen kriminalpolitischen Untersuchungen wurde der breitere Begriff „(Un-) Sicherheitswahrnehmung“ anstatt des engeren, eher auf Strafdelikte bezogenen Begriffs der Kriminalitätsfurcht verwendet. Vor allem in der kommunalen und lokalen Präventionsarbeit – so die zugrunde liegende These – können viele Ängste Verhaltensweisen bewirken, die der Lebensqualität abträglich sind.

Idealtypisch sollte die Analysearbeit im gegenständlichen Handlungsforschungsprojekt vor allem in den ersten Monaten stattfinden, in der Praxis verzahnte sich die Forschung aus unterschiedlichen Gründen stark mit dem Part der Gemeinwesenarbeit, was auch

⁵⁰ Eine genauere Darstellung der Vorgehensweise und Methoden siehe: Sicherheitswahrnehmung in der Stadt Graz am Beispiel zweier ausgewählter Wohngebiete, a.a.O., S.6 ff.

eher dem Charakter der Aktionsforschung mit zahlreichen Rückkoppelungsschleifen entspricht. Die GemeinwesenarbeiterInnen des Friedensbüros waren von Anfang an in die Erhebungen eingebunden und erhielten dadurch einen unmittelbaren „ersten Zugang“ zu den BewohnerInnen, was die folgende Vernetzungsarbeit erleichterte. Im Wesentlichen wurden in diesen Interviews bereits viele Stärken und Schwächen, Konflikte und Verbesserungsideen sichtbar. Die Interviewergebnisse dienten auch als Impulsmaterial für verschiedene Aktivitäten im Zielgebiet sowie zur Vorbereitung der zentralen schriftlichen BewohnerInnenbefragung zum Thema Lebensqualität und Sicherheitsempfindung. Das Erhebungsinstrument orientiert sich an Fragestellungen im European Social Survey mit ihrem „Extra-Sicherheitsteil“ ergänzt um spezifische Lebensqualitätsaspekte aus der explorativen Erhebung sowie an vorliegenden BürgerInnenbefragungen vor allem in Deutschland.⁵¹

7.2 Strategische Ableitungen

Die Ergebnisse weisen in die Richtung, dass im Interesse der Hebung des Sicherheitsempfindens und einer Kriminalprävention der Arbeit auf der lokalen Ebene unter Einbindung der Bevölkerung eine wesentliche Schlüsselrolle zukommt. Lokale Kontexte von Verunsicherung rücken die Kommunalpolitik ins Zentrum einer Kriminalitäts- und Präventionspolitik, welche die Verbindung zwischen individuellen Ängsten und konkreten Lebenswelten herstellt. Vor allem in Brennpunkten, wo sich Probleme verhärtet haben und die Resignation bereits stark fortgeschritten ist, sind auch Impulse von außen notwendig, um Veränderungen auszulösen und Fronten aufzuweichen. Das erfordert ein Zusammenwirken unterschiedlicher verantwortlicher Institutionen wie dem Magistrat (Wohnungsamt, Jugendwohlfahrt), der Bezirksvorstehung, der Wohnbaugenossenschaften u.a.m.

Präventionspolitiken, die sich mittlerweile in vielen Städten gleichen⁵², intendieren vor allem, mit der Lebensqualität auch das Sicherheitsgefühl zu verbessern und zusätzlich zu allgemeinen klassischen sicherheitspolitischen Aktivitäten (vermehrte Streifen­tätigkeit, Kontrolle, besserer Beleuchtung) und sozial- bzw. arbeitsmarktpolitischen Interventionen (Unterstützung benachteiligter Gruppen und Verringerung sozialer Ungleichheit) vor allem im Bereich der „Kommunikation“ und der Nachbarschaft anzusetzen. Ganz wichtig sind in diesem Zusammenhang die Einbindung und Mitverantwortung der Bevölkerung, das Eingehen auf Interessen und Bedürfnisse und die Nutzung vielfältiger Ressourcen im Sinne einer kategorialen und funktionalen Gemeinwesenarbeit. Ein stadtteilbezogenes und kommunales Agieren auf lokaler Ebene setzt dabei vor allem bei „weicheren“ partizipativen Interventionsformen an, um die Identifikation mit dem Stadtteil zu stärken, Nachbarschaftskontakte zu intensivieren, eine ausreichende Vertrauensbasis für gemeinsame Aktivitäten herzustellen, hinderliche Vorurteile abzubauen und insgesamt den öffentlichen Raum als Stätte der Begegnung und des Austauschs zurückzugewinnen.

51 Vgl. z.B.: Dieter Hermann: Subjektive Problemlagen, Kriminalitätsfurcht, Kriminalität und Lebensqualität in Weinheim. Institut für Kriminologie der Universität Heidelberg 2007.

52 Vgl. dazu: Klaus Sessar, Wolfgang Stangl, Rene van Swaaningen (Hrsg.): Großstadtängste – Anxious Cities. Untersuchungen zu Unsicherheitsgefühlen und Sicherheitspolitiken in europäischen Kommunen. Band 1 der Schriften zur Rechts- und Kriminalsoziologie. Wien: LIT-Verlag 2007. Hier sind Fallberichte aus dem EU-Projekt Insec – Insecurities in European Cities in 12 europäischen Städten zusammengefasst.

Die Ergebnisse von HASIF ähneln jenen sonstiger Forschungsprojekte, die wichtige Zusammenhänge zwischen der Sicherheitssituation, der räumlichen Situation, der Stabilität der Nachbarschaft und deren Zusammensetzung nachweisen. Als Handlungsebenen werden (sozial-) pädagogische Präventionsansätze zur Stärkung sozialer Schutzfaktoren und zur Verminderung sozialer Risikofaktoren im Sozialraum, wohnbegleitende Maßnahmen zur Erhöhung der lokalen Sicherheit durch Wohnungsgesellschaften, Wohnungseigentümer oder Eigentümergemeinschaften, um die soziale Kontrolle in der Wohnsiedlung zu fördern, bauliche und materielle Maßnahmen sowie Maßnahmen der lokalen Selbstorganisation, um Sicherheit im informellen Zusammenspiel zu erwirken, ausgemacht.⁵³

Anstatt einer nochmaligen Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte seien hier die Ergebnisse einer abschließenden Fokusgruppe des HASIF-Teams wieder gegeben.

7.2.1 Erfolge

Aus Sicht des Projektteams sind die Erfolge auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt, zu unterscheiden sind vor allem das Erreichen strategischer Zielsetzungen auf der Ebene der Siedlung selbst sowie auf der Ebene wichtiger lokaler und kommunaler Akteure und die Umsetzung konkreter Maßnahmen.

Eine grundlegende Projektannahme - und gleichzeitig die Erfahrung aus vielen Gemeinwesenarbeitsprojekten - war es, dass Gemeinwesenarbeit nur gelingen kann, wenn die BewohnerInnen erreicht werden können und die Kommunikation unter ihnen bzw. die Bereitschaft, überhaupt miteinander in Kontakt zu treten, gesteigert wird. Das Ziel der Verbesserung der Nachbarschaft wurde weitgehend erreicht, wie auch die Rückmeldungen der BewohnerInnen belegen. Eine Einschränkung betrifft den Umstand, dass auch aus der Erfahrung der vor Ort tätigen GemeinwesenarbeiterInnen eine Minorität der BewohnerInnen an keinerlei Aktivitäten partizipierte und auch nicht auf „Wohnungsbesuche“ reagierte. Verbesserte Nachbarschaft heißt, dass neue Kontakte entstanden sind, Konflikte angesprochen wurden, sich nunmehr die Menschen untereinander besser kennen, Vertrauen aufbauten und sich bei Bedarf unterstützen und auch Hilfe „annehmen können“. Damit wurde eine Basis für eine verstärkte Partizipation der BewohnerInnen und ihre Aktivierung gelegt, gleichzeitig aber auch das Potential der Gemeinwesenarbeit als „weiche“ Sicherheitsstrategie eingelöst. Menschen, die sich kennen, fürchten sich weniger voreinander, vor allem wenn es gelingt, Kommunikation in produktive und verstehende Bahnen zu lenken.

Auch wenn nach wie vor ein Teil der BewohnerInnen nicht erreicht wurde und manche Kritikpunkte nicht verstummt, so ist die Beteiligung der BewohnerInnen aller Altersgruppen sukzessive gestiegen, sei es bei diversen Festen, Hausversammlungen, bei zielgruppenspezifischen Maßnahmen, bei der Mitgestaltung des Wohnumfeldes oder im MieterInnenbeirat als jenem Instrument, bei dem die beabsichtigte Befähigung zur Selbstvertretung der eigenen Interessen am deutlichsten zum Ausdruck kommt.

53 Vgl. dazu: Schubert, Herbert; Veil, Katja: Kriminalprävention im Sozialraum. Explorative Validierung des ISAN-Präventionsmodells. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 94. Jg., Heft 2, 2011, S. 83-101.

Besonders die steigende Beteiligung von Menschen mit Migrationshintergrund wird als Erfolg gewertet, während die SeniorInnen (70+) wenig präsent waren, d.h., dass es scheinbar nicht gelungen ist, ihre teilweise reservierte und misstrauische bzw. ängstliche Haltung „aufzubrechen“. Der Aufbau von gelungenen Kommunikationsstrukturen und ein gemeinsames Handeln in der Siedlung waren nur möglich, weil sich das Miteinander der BewohnerInnen deutlich verbessert hat. Von manchen BewohnerInnen, die sich in diversen Gremien engagierten, wurde angemerkt, dass sie sich nunmehr für Probleme und der Suche nach Lösungen deutlich verantwortlicher fühlten und auch viel leichter mit anderen BewohnerInnen in Kontakt traten. Beispielsweise werde im Lift oder im Stiegenhaus viel eher auf andere zugegangen, begrüßt, sich nach ihrem Befinden erkundigt etc., wo früher eher ein wortloses Aneinander Vorbeigehen die Regel war.

Als Erfolg wird auch gesehen, dass es gelungen ist, die unterschiedlichen Bedürfnisse zu erfassen, die unmittelbaren Anliegen der MieterInnen zu treffen (und sei es durch die paradoxe Intervention der Unterbreitung eines von vielen abgelehnten Vorschlags) und sie auf dieser Basis in die Erarbeitung von gemeinsamen Lösungsstrategien einzubinden. Besonders erfreulich angesichts der anfangs teilweise unverhohlenen Ablehnung zwischen BewohnerInnen wird die Tatsache gewertet, dass es durch die gewählten Interaktionsweisen gelungen sei, zielgruppenspezifische Bedürfnisse sichtbar und verständlich zu machen, Differenzen aufzuzeigen, jedoch gleichzeitig Gemeinsamkeiten heraus zu arbeiten, z.B. das Interesse an einer im weitesten Sinne „lebenswerten“ Wohnumgebung.

Als weiterer strategischer Erfolg wird auf der Ebene der Bewusstseinsbildung die Erhöhung des Stellenwerts von Gemeinwesenarbeit und Siedlungsbetreuung in konflikträchtigen, benachteiligten Quartieren bzw. die gelungene Vernetzung mit unterschiedlichen PartnerInnen im Sozialraum bzw. in der Stadt verbucht. Der gehobene Stellenwert dieser Form von Betreuungsarbeit zeige sich auch daran, dass mittlerweile die Stadt ein eigenes Budget für Gemeinwesenarbeit bereitstellt. Die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit von Gemeinwesen- bzw. Siedlungsarbeit sei „mittlerweile in der Stadt bzw. bei Politik und Verwaltung stärker angekommen“, nicht zuletzt habe sich das auch daran gezeigt, dass die für die „Charta des Zusammenlebens“ zuständige Landesrätin in der Steiermark auch eine Versammlung des MieterInnenbeirats von HASIF mit ihrer Anwesenheit beehrte. Auch wenn HASIF nicht als ursächlicher Auslöser dieser Haltungsänderung gelten kann, so hat dieses Projekt als eines der größten und immer wieder öffentlichkeitswirksam lancierten seine Anteile daran. Dazu haben auch die gelungene Vernetzung sowie die zahlreichen Kooperationen mit der Verwaltung, (Jugend-, Umwelt-, Wohnungsamt etc.), Einrichtungen im Sozialraum, BezirksrätInnen und GemeindepolitikerInnen beigetragen.

Auf Ebene der erfolgreich umgesetzten konkreten Maßnahmen werden vor allem die bevorstehende und partizipativ geplante Umgestaltung des Spielplatzes in Kooperation mit dem Jugendamt, die weit gediehene „Andockung“ der „Jugendgruppe“ an das Jugendzentrum, die Verbesserung der Müllsituation sowie der „aktive, gut durchmischte, ermutigende und konstruktive MieterInnenbeirat“ als ein Ansatz einer bleibenden Struktur in der Siedlung erwähnt.

Der MieterInnenbeirat sei allerdings noch nicht so weit konsolidiert, dass er selbständig weiter bestehen könne, allerdings konnte eine weitere Begleitung zur Absicherung der begonnenen Aktivitäten im Ausmaß von 20 Wochenstunden erreicht werden, was ebenso als Erfolg des Projektes gewertet wird. Ein gemeinsames Nutzungskonzept für die freien „Hallen“ im Parterre konnte hingegen bislang nicht entwickelt werden. Insgesamt wird konstatiert, dass viele – in der Siedlung und außerhalb – vom Sinn dieser Arbeit überzeugt werden konnten (was sich beispielsweise in der überwiegend positiven Rückmeldung der BewohnerInnen zur Wichtigkeit der HASIF-Arbeit zeigt) und viele erfolgreiche Aktivitäten getätigt wurden.

7.2.2 Bewährte und hinderliche Faktoren

Erfolge wurden durch unterschiedliche interne und externe Faktoren und Rahmenbedingungen ermöglicht.

Projektintern gelten vor allem die gute Projektplanung und das stringente Projektdesign mit klaren Zielsetzungen, klaren Rollen, einer umsichtigen Projektleitung, dem „*bunten und multitalentierten Team*“ in Verbindung mit „*genügend Personalressourcen für die direkte Arbeit in der Siedlung*“ als förderliche Faktoren. Die verhältnismäßig guten Ressourcen ließen auch Zeit für eine intensive Vorbereitung auf die Erfordernisse und Methoden der Gemeinwesenarbeit bzw. das Ausprobieren und Herantasten an die Bedürfnisse der BewohnerInnen. Die Laufzeit des Projektes sei lange genug gewesen, um auch der Bewohnerschaft und den KooperationspartnerInnen Raum und Zeit für notwendige Auseinandersetzungen und das Reifen von Entwicklungen und Entscheidungen, für die Eingewöhnung in die „*Kultur der Gemeinwesenarbeit*“ etc. zu lassen.

Die Zahl der GemeinwesenarbeiterInnen vor Ort hat auch einen ständigen Kontakt ermöglicht, der vom anfänglichen Nachfragen als „*professionelle Nichtwissende*“ bis zur Durchführung einzelner Aktivitäten in der Siedlung und der Unterstützung bei bestimmten Wünschen reichte. Auch die methodische Herangehensweise, ermöglicht durch den professionellen Hintergrund der Projektträger, und die geschickte Mischung von „*allgemeinen Gesprächsrunden*“ bzw. Hausversammlungen und „*zielgruppenspezifischen Maßnahmen*“ hätten den Erfolg begünstigt.

Ganz wichtig war auch das „*Gemeinwesenarbeitsprinzip Vernetzung*“, das dadurch erleichtert wurde, dass auch das Interesse bei vielen VernetzungspartnerInnen auf Seite der Verwaltung, der Politik und unterschiedlicher Sozialraumorganisationen als förderlicher externer Faktor gegeben bzw. kontinuierlich ausgebaut werden konnte. Allen Beteiligten von den Verwaltungseinheiten über BezirkspolitikerInnen bis hin zu Sozialeinrichtungen und dem Partner Polizei wird ein hoher Vernetzungswille konzediert. In dieser Hinsicht habe besonders die Verankerung des Friedensbüros in der Stadt bzw. die Wahrnehmung als Teil der städtischen Strukturen eine leichtere Kontaktaufnahme bewirkt und „*Türen geöffnet*“. Besonders hervorgehoben wurde auch die „*Offenheit und der gute Support der Hausverwaltung*“. Die Transparenz der Information sei auch innerhalb der Siedlung in der Siedlungszeitung und in diversen Aussendungen aufrecht zu erhalten versucht worden. Zu den externen günstigen Rahmenbedingungen zählten auch, dass beispielsweise manche

politische Vorgaben, wie etwa die bedarfsgerechte Verbesserung der städtischen Spielplätze in Verantwortung des Jugendamtes, zeitlich mit dem diesbezüglichen Bedarf in der Siedlung zusammen fiel, was zusätzliche Chancen eröffnete. Die politische und kommunale Unterstützung zeigt sich auch daran, dass einzelne Forderungen und Wünsche der BewohnerInnen (z.B. die Errichtung eines „richtigen“ Fußballplatzes in der Wohnumgebung) auf anderen Ebenen aufgegriffen wurden, etwa im Bezirks- oder Gemeinderat.

Als ein wesentlicher Erfolgsfaktor gilt der in der Siedlung vorhandene Leidensdruck und der damit verbundene Gestaltungswille in der Bewohnerschaft, was auch darauf zurückgeführt wird, dass in der Siedlung bislang noch kaum übergroße Projekterwartungen enttäuscht wurden.

Als negative Faktoren wurden zum Teil Umstände angeführt, die auch bei den förderlichen erwähnt wurden. So war das klare Projektdesign einerseits positiv im Sinne der Zielerreichung, schränkte andererseits aber in gewissem Ausmaß die Möglichkeit der neu dazu gekommenen MitarbeiterInnen ein, ihre Ideen stärker einzubringen. Konkrete Schwierigkeiten bereiteten Planungsversäumnisse: so wurde im Antrag zu wenig an die Infrastruktur vor Ort, an einen Kommunikations- bzw. Aufenthaltsraum in der Siedlung direkt gedacht, aushilfsweise diente ein kleiner Raum, der nur elektrisch beheizt werden konnte, als Treff- und Besprechungsraum, wenn das Wetter keine Aktivitäten im Freien zuließ. Für größere Treffen konnte man in ein Restaurant in der Nähe ausweichen, zeitweise konnte eine kleine Wohnung in der Nachbarsiedlung genutzt werden. Zur lange Zeit diskutierten Bereitstellung einer Wohnung als Siedlungsbetreuungszentrum kam es nicht. Im Fall der Spielplatzgestaltung wurde „eher zufällig“ der richtige Zeitpunkt getroffen. Andererseits wurde aber auch die gewisse Ressourcenknappheit als förderlich in dem Sinne bezeichnet, dass damit die Notwendigkeit gegeben war, „*raus zu müssen, zu improvisieren*“ und mehr auf die BewohnerInnen zuzugehen, was auch zu einer höheren Glaubwürdigkeit beigetragen habe.

7.2.3 Gemeinwesenarbeit und Sicherheitswahrnehmung

Die Annahme, dass die Gemeinwesenarbeit auch ein Potential für die Sicherheitswahrnehmung als einem wichtigen Faktor der Lebensqualität besitzt, wurde aus Sicht des Projektteams in hohem Ausmaß bestätigt. Zwischen einem breiten Sicherheitsbegriff, der auch und vorwiegend auf soziale Aspekte rekurriert, und dem Ansatz der Gemeinwesenarbeit, die Lebensqualität in einer Siedlung über Aktivierung und Partizipation zu verbessern, gibt es vielfältige und enge Berührungspunkte: Die Lebensqualität und die Lebenslagen sind wesentlich von der Kommunikation in der Nachbarschaft geprägt, vom Ausmaß der Konflikte untereinander und dem Grad an Vertrauen, das den MitbewohnerInnen entgegengebracht werden kann. In diesem Sinne gilt das Kennenlernen der BewohnerInnen untereinander, das zumeist einen Abbau von Ängsten, Vorurteilen, Unterstellungen bewirkt, als „der“ Sicherheitsfaktor in Wohnvierteln, die durch Anonymität, Gruppenbildung und vielen Konflikten geprägt sind. Eine gelingende Kommunikation trägt unmittelbar zu Erhöhung der subjektiven Sicherheit bei, wenn Misstrauen und Ängste einem Vertrauen weichen. Die aktive Mitgestaltung schafft mehr Verantwortung

im Wohnumfeld, Beteiligung fördert die Identifikation und kann z.B. dazu beitragen, Vandalismus zu unterbinden. Gelänge es, so eine Annahme, in der noch ungelösten Frage der Nutzung der Hallen die illegalen Graffiti bzw. Kritzeleien in eine geordnete Bahn zu lenken, beispielsweise als Wand, die offiziell Graffitibotschaften gewidmet ist, so würden Jugendliche viel eher die Verantwortung für „ihre“ Wand übernehmen und Schmierereien eher verhindern.

Sicherheit ist als grundlegendes menschliches Bedürfnis im breiten Verständnis sofort ein wichtiges Thema, sobald auf Lebensqualität fokussiert wird, auch dann, wenn wie im gegenständlichen Projekt die Sicherheit nicht explizit in den Vordergrund gerückt wird. Der Begriff Sicherheit wurde kaum genannt, spielte aber in erweiterter Form immer eine Rolle. Es empfiehlt sich, einen möglichst breiten Zugang zum Thema offen zu lassen, um von vornherein eine Einengung auf „klassische“ Sicherheitsstrategien zu verhindern. Ein „ziviler“ Zugang zum Thema ohne vorschnelle Verbindung zu den „uniformierten“ Sicherheitskräften (Polizei, aber auch Ordnungswache oder Security-Dienste) oder zu Sicherheitstechniken (Überwachungskameras, Zäune, diverse Beschränkungen) erlaubt es, das Thema zu besetzen und gleichzeitig aber auch eigene Verantwortung und Beteiligung herzustellen.

Rückmeldungen bei diversen Veranstaltungen in der Siedlung zeigten, dass die Aktivierung der Ressourcen der BewohnerInnen, gemeinsame Aktivitäten im Wohnumfeld, eine verbesserte Lebensqualität und ein gesteigertes Wohlbefinden immer auch einen Einfluss auf das Sicherheitsempfinden haben, und sei es „nur“, sich wieder sicherer im öffentlichen Raum zu bewegen. Mit anderen Worten, der direkte Bezug zur Exekutive wird als nicht notwendig erachtet, um „mehr Sicherheit zu schaffen“, wohl aber ist es empfehlenswert, die Polizei bei Aktivitäten einzubauen und damit die Möglichkeit zu bieten, sie auch in einer anderen Rolle, nämlich jener der Beratung und präventiven Unterstützung, kennen zu lernen. Im Konkreten referierte beispielsweise ein Präventionspolizist bei einem Siedlungsfest zum Thema Schutz vor Einbruch und betonte dabei auch die wichtige Rolle einer funktionierenden Nachbarschaft. Gerade in schwierigen Siedlungen, in denen die Polizei eher in ihrer repressiven Funktion erlebt wird, sind solche Kontakte auch geeignet, bestehende Barrieren abzubauen und in gewissem Ausmaß den präventiven Ansatz in der Polizeiarbeit zu unterstützen. Dieser umfasst beispielsweise „Kontaktbeamte“ für diverse Siedlungen bzw. für Akteure im Sozialraum, Tipps und Beratungen durch PolizistInnen mit psychologischer und sozialer Kompetenz, unterstützende Hilfen im Alltag etc., was auch zu einer Umkehr der klassischen Polizeibilder führen könnte.

Generell wird deutlich, dass es für jegliche politische Handlungskonzepte, insbesondere auch für die Umsetzung von Maßnahmen und ein grundlegendes Sicherheitsgefühl notwendig ist, dass sich Menschen in ihren Bedürfnissen und Problemen ernst genommen fühlen, was wiederum ihrer Beteiligung förderlich ist.

7.2.4 Ableitungen für ähnliche Strategien

Im Sinne einer möglichen Übertragbarkeit der Erfahrungen auf zukünftige ähnliche Initiativen sollen abschließend nochmals die wichtigsten Rahmenbedingungen zusammengefasst werden.

Für eine erfolgreiche gemeinwesenarbeitsorientierte Siedlungsbetreuung unerlässlich gilt zunächst ein klarer Auftrag und Rahmen für die Aktivitäten, die auch zeitlich begrenzt sind. Damit ist ein Unterschied etwa zu einem Stadtteilzentrum gegeben, das auf Dauer angelegt sein kann und eventuell auch aus einer handlungsforschungsorientierten Siedlungsbetreuung herauswachsen kann. Allerdings sollte der Zeitrahmen nicht zu knapp bemessen werden, um genügend Zeit für die ausreichende Bedarfserhebung, die Entwicklung der Beziehung zu den BewohnerInnen, ihre Partizipation, die notwendige Vernetzung, um „Brücken bauen zu können“ und erste Umsetzungen gewährleisten zu können. Als minimaler notwendiger Zeitraum werden aus den Erfahrungen von HASIF zumindest drei Jahre veranschlagt. Auch sollten in Projektplanungen schon genügend Ressourcen für die Umsetzung von ersten Maßnahmen vorgesehen sein, um nicht, wie in vielen Projekten üblich, nach der Analyse und Entwicklung von Lösungsvorschlägen stehen zu bleiben und geweckte Erwartungen bei den BewohnerInnen zu enttäuschen.

Ein wichtiger Faktor für das Gelingen ist auch der Bedarf der BewohnerInnen und ihr Gestaltungswille. Günstig ist es, wenn als Anknüpfungspunkt ein konkreter Veränderungswunsch vorliegt, der auch Chancen auf Umsetzung besitzt wie im gegenständlichen Fall bei der Spielplatzsanierung. Zur Hebung der Beteiligung sollte ein breites Handlungsrepertoire auf Seite der GemeinwesenarbeiterInnen und vor allem umfassende kommunikative Kompetenzen inklusive Konfliktlösung, Mediation, Moderation, Brainstorming, Entwicklung von Zukunftsszenarien etc. zur Verfügung stehen. Unter Umständen bieten sich hier auch paradoxe Interventionen in der Form an, dass auch Ideen zur Diskussion gestellt werden, die aller Erfahrung nach von vielen nicht bzw. unter keinen Umständen in Erwägung gezogen werden.

In einer Einwanderungsgesellschaft mit all den damit (vermeintlich) zusammenhängenden Konflikten ebenso erforderlich ist eine interkulturelle Kompetenz der GemeinwesenarbeiterInnen und ein Gespür für das Umgehen mit Problemen, die oft auf ethnische Ursachen zurück geführt werden. Hier gilt es die richtige Balance zwischen dem empathischen Anhören der Sorgen und Klagen, der sachlichen Erörterung und der oft notwendigen Entwicklung von Gegenbildern bzw. einer Gegenöffentlichkeit zu finden.

Als ganz wichtig erachtet wird, unabhängig wer die finanzierende Stelle ist, ein entsprechendes Commitment mit den kommunalen Strukturen bzw. mit der Hausverwaltung, falls es sich nicht um einen klassischen kommunalen Wohnbau, sondern um Übertragungswohnungen handelt, und die Bereitschaft der Kommune bzw. der Verwaltung zu einer „ernsthaften Beteiligung“ und zum Aufgreifen der Ideen der BewohnerInnen: *„Die Zuständigen müssen im Boot sein.“*

Zu den wünschenswerten Rahmenbedingungen gehört auch das Anliegen an die Kommune, für gemeinwesenorientierte Projekte insgesamt mehr Mittel zur Verfügung zu stellen und eine koordinierende Ansprechstelle zu installieren, die inhaltliche Stoßrichtungen und Standards vorgibt, in gewissem Ausmaß die Weiterführung und Umsetzung von Maßnahmen nach Projektende sichert bzw. für die Reflexion zukünftiger Ansätze zur Verfügung steht.

- Blinkert, Baldo: Sozialwissenschaftliche Sicherheitsforschung: Dimensionen und Kontexte. Rahmen für Forschungsprojekte am Max Plank Institut. Typoskript Jänner 2009.
- Die Wohnungswirtschaft 6/2004, Bosau: Harmoniaverlag.
- Eichener, Volker; Schauerte; Martin unter Mitarbeit von Conny Gehrke, Tanja Heidenfelder, Ingrid Remmers: Sozialarbeit von Wohnungsunternehmen – Arbeitsblätter 2. Sozialarbeit in der bayerischen Wohnungswirtschaft. Neue Herausforderungen für die Wohnungsunternehmen im Zuge des sozialen und demographischen Wandels. Erstellt von InWIS - Institut für Wohnungswesen, Immobilienwirtschaft, Stadt- und Regionalentwicklung an der Ruhr-Universität Bochum. München: Peschke 1999.
- European Social Survey. Exploring public attitudes, informing public policy. Selected findings from the first three rounds. www.europeansocialsurvey.org
- Hanka, Gerhard; Hofinger, Veronika: Dokumentation und Kommentierung polizeirelevanter Forschung in Österreich 2004–2007. Wien: Institut für Rechts- und Kriminalsoziologie 2008.
- Hermann, Dieter: Subjektive Problemlagen, Kriminalitätsfurcht, Kriminalität und Lebensqualität in Weinheim. Institut für Kriminologie der Universität Heidelberg 2007.
- Hirtenlehner, Helmut; Bacher, Johann: Prävention kriminalitätsbezogener Unsicherheitsgefühle durch Sozialpolitik. Vortrag Linz April 2009.
- Individuelle und sozialräumliche Determinanten der Kriminalitätsfurcht. Sekundäranalyse der Allgemeinen Bürgerbefragungen der Polizei in Nordrhein-Westfalen. 2006. Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen. Kriminalistisch-Kriminologische Forschungsstelle. Forschungsberichte Nr.4, 2006. www.lka.nrw.de.
- Liga. Das Magazin der Österreichischen Liga für Menschenrechte. Heft 3/2010.
- Linzer Sicherheitsanalyse. In: Lebendiges Linz. Stadtmagazin. Hrsg. von der Stadt Linz, S.8 ff.
- LQI Befragung 2009. Ergebnisse Graz. Hrsg. von der Stadt Graz – Präsidialamt: Oktober 2009.
- Ortstermin. Die Welt des Herrn Paradeiser. Wie die „AusländerInnen“ in einen Simmeringer Gemeindebau kamen. In: Liga. Das Magazin der Österreichischen Liga für Menschenrechte. Heft 3/2010.
- Sessar, Klaus; Stangl, Wolfgang; Van Swaaningen, Rene (Hrsg.): Großstadtängste – Anxious Cities. Untersuchungen zu Unsicherheitsgefühlen und Sicherheitspolitiken in europäischen Kommunen. Band 1 der Schriften zur Rechts- und Kriminalsoziologie. Wien: LIT-Verlag 2007.
- Schubert, Herbert/Veil, Katja (2011): Kriminalprävention im Sozialraum. Explorative Validierung des ISAN-Präventionsmodells. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform, 94. Jg., Heft 2, S. 83-101.

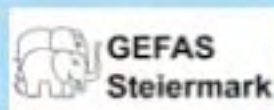
Kontakt und Information:

Friedensbüro

mail: office@friedensbuero-graz.at

www.friedensbuero-graz.at

Tel.: 0043(0)316/872-2183



Das Projekt HASIF ist beauftragt im Sicherheitsforschungs-Förderprogramm vom Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie.